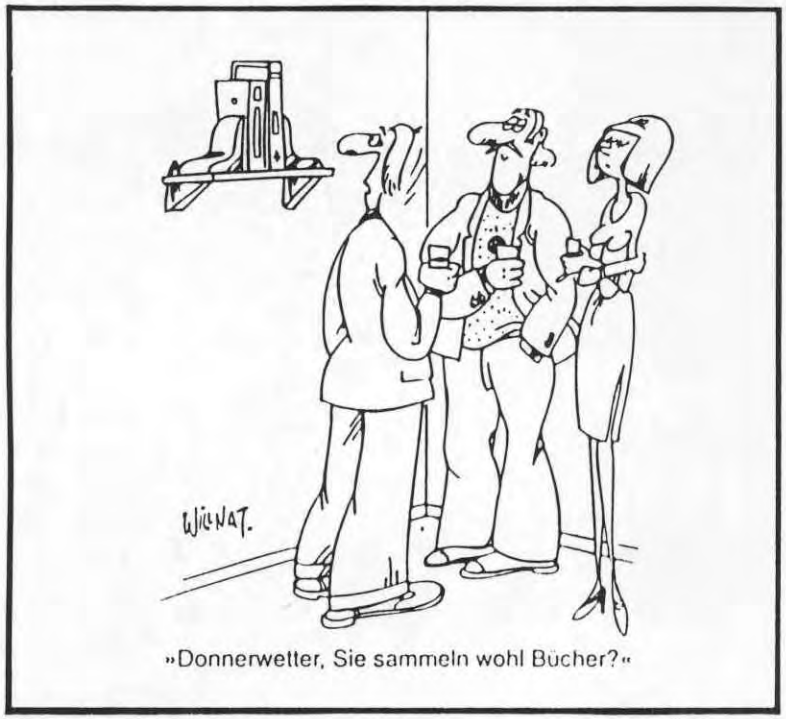


»Donnerwetter, Sie sammeln wohl Bücher?«

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig März/April 1995

2/95

4. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen:

**Mittel- und Osteuropa:
Wissenschaft im
Transit**

und andere

Mit Beiträgen von

**Alexander Nadiraschwili
Rolf Linkohr
Dietrich Ratzke
Eduard Mühle
Jan Winkler
Rein Raud
Georg Schuppener
Uwe Schimank
Anke Burkhardt**

und anderen

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

2/95

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig
Verantwortlich: Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 97 37 850, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de
hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von September bis August.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 13,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 80,-. PrivatabonnentInnen DM 39,-. Nichtverdienende DM 28,- (Abo-Gebühren incl. DM 9,- Versandkosten).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein (möglichst mit Diskette). Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.
Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.
ISSN 0944-7989

hochschule ost märz/apr. 1995

INHALT

Editorial 7

THEMA I: Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit

Alexander Nadiraschwili:
Die Wissenschaftskrise in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. Gemeinsamkeiten und Differenzen 9

Rolf Linkohr:
Das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (ISTC) in Moskau 31

Dietrich Ratzke:
Ein ungewöhnliches Joint-Venture: Das Freie Russisch-Deutsche Institut für Publizistik der Moskauer Lomonossow-Universität 38

Eduard Mühle:
Die rechtlichen Grundlagen der ungarischen Hochschulreform 42

Jan Winkler:
Die Karlsuniversität in den Jahren 1989-1994. Die Periode der Veränderungen 55

Rein Raud:
Die Estnische Humanistische Hochschule Tallinn 71

Georg Schuppener:
Abschluß der ersten Phase des TEMPUS-Programmes der EG 74

Uwe Schimank:
Netzwerk „Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme": Eine internationale Forschungskooperation 82

DOKUMENTATION

HRK-Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa bei der Hochschulerneuerung. Eine Bilanz nach zwei Jahren Tätigkeit 88

Georg Schuppener:
Mittel- und Osteuropakooperation deutscher Universitäten 95

PUBLIKATIONEN
zu MOE- Wissenschaft + deutsch-MOE-Wissenschaftskooperation 105

FORUM

Anke Burkhardt:
„Besser als befürchtet - schlechter als erhofft". Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht 107

REAKTIONEN

Joachim Tesch:
Dissertationen in der DDR. Einwände und Ergänzungen zu zwei Beiträgen in *hochschule ost* 5/94 122

Jan-Peter Domschke:
Der Ostwald-Nachlaß und das Akademie-Archiv. Zu: Wolfgang Knobloch: Vom Zentralen Archiv der ehem. AdW zum Archiv der BBAW, in *hochschule ost* 1/95 127

BERICHTE

Brücken blieben erhalten. Von der DDR übernommene ausländische Stipendiaten schließen ihr Studium erfolgreich ab *(Heinz Wegener)* 129

Norddeutsche Wissenschaftsminister und -senatoren berieten abgestimmte Schwerpunktsetzungen *(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)* 130

Sachsen: Dienstaufgabenverordnung veröffentlicht *(Sächs. Wissenschaftsministerium)* 132

DOKUMENTATION

Edelbert Richter:
Offener Brief an Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 134

STIPENDIEN 139

PUBLIKATIONEN 140

ZUM SCHLUSS 143

"Wie kann man nur so angepaßt sein, entrüstet sich ein Kollege aus München über die DDR-Intellektuellen. Später versucht er mit seiner intimen Kenntnis gewisser *Spielregeln* zu glänzen: Ohne persönliche Beziehungen bekäme man keinen Fuß in die DFG hinein. Ich wolle in einem Aufsatz mit Herrn B. polemisieren? Welche Naivität. Herr B. sei ordentlicher Fachgutachter bei der DFG, auf meinem Gebiet; wenn ich den anginge, könne ich mir eine Projektfinanzierung gleich in den Wind schreiben..."

Hartwig Schmidt in einem Aufsatz in *Berliner Debatte INITIAL* 6/1994

„In nova fert animus mutatas dicere formas
Corpora; di, coeptis - nam vos mutastis et illas -
Adspirate meis primaque ab origine mundi
Ad mea perpetuum deducite tempora carmen!"
So beginnt das erste Buch der „Metamorphosen" des Ovid, in dem er den Wandel der Weltalter beschreibt, deren erstes das Goldene ist.

Wenn man auch heute bezüglich der Veränderungen im Wissenschafts- und Hochschulsystem im post-kommunistischen Europa nicht mehr klassisch-antik von „Metamorphosen" oder dichterisch verdeutscht von „Verwandlungen" spricht, sondern vielmehr den Termini „Transformationsprozesse" oder „Umbrüche" etc. den Vorzug gibt, so treffen doch die obigen Verse auf die Zielrichtung von *hochschule ost*, die „Wandlungen" von ihren Ursprüngen her zu begleiten.

Trotz zyklischen Weltbildes des Ovid sind Zweifel daran erlaubt, daß nun nach dem Zusammenbruch des für viele Eisernen Zeitalters, das sich mit einem ebensolchen Vorhange vergeblich zu schützen versuchte, nun das Goldene anbricht, denn nicht mehr Götter gestalten die Metamorphosen wie noch bei Ovid.

Inwieweit diese Veränderungen den Virtutes der klassischen Antike genügen, wäre zu untersuchen sicher ein lohnendes Feld. Insbesondere die Frage, in welchem Maße die Schaffung neuer Strukturen der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sich an der Prudentia, dem ursprünglichen Sinne nach der Providentia, also an der Klugheit als vorausschauendem Handeln orientiert, besitzt für die Reflexion und Bewertung der Vorgänge in den mittel- und osteuropäischen Staaten hohe Bedeutung. Die von A. Nadiraschwili gegebene Darstellung und Analyse der Wissenschaftslandschaft auf dem Gebiet der vormaligen UdSSR läßt hier Zweifel aufkommen, daß solche Erwägungen eine entscheidende Rolle innerhalb des momentan ablaufenden Prozesses spielen. Vielmehr scheinen die Entwicklungen dort eine nicht unwesentlich auch durch die finanzielle Situation sowie die instabile politische Situation beeinflußte Eigendy-

namik zu besitzen, die für positive Gestaltungsmöglichkeiten zur Zeit nur geringen Spielraum lassen.

Anders verhält sich die Lage in den sogenannten „Reformstaaten" (Polen, Ungarn und Tschechische Republik). So gibt J. Winkler beispielsweise einen Einblick in Probleme und Möglichkeiten, Konzepte und Perspektiven der Veränderungen an der Prager Karls-Universität in den zurückliegenden Jahren.

Ein wichtiger Aspekt liegt weiterhin darin, wie durch internationale Zusammenarbeit die Reformprozesse befördert, vielleicht sogar fruchtbare Rückwirkungen auf die westlichen Partner erzielt werden können. An Hand der Umsetzung des TEMPUS-Programmes in Polen sollen Anspruch und Wirklichkeit solcher Kontakte kritisch betrachtet werden. Das spannungsreiche Wechselverhältnis zwischen Zielsetzung und Realisierung stellt bei allen vorliegenden Artikeln einen wesentlichen Gesichtspunkt dar.

Das Spektrum der Themen und Ansatzpunkte, mit denen der große Komplex des Wissenschafts- und Hochschulwandels in Mittel- und Osteuropa aus der Sicht der Mikro- oder Makroanalyse reflektiert wird, ist, wie ein Blick in das Inhaltsverzeichnisse zeigt, weit gespannt. Trotzdem können viele Gesichtspunkte und Fragen dabei nicht oder nur ansatzweise untersucht und berücksichtigt werden. Die eingehendere Betrachtung solcher Punkte muß, das entsprechende Interesse vorausgesetzt, einem späteren Heft von *hochschule ost* vorbehalten bleiben.

g. s.

THEMA I: Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit

Alexander Nadiraschwili (Berlin):

Die Wissenschaftskrise in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR

Gemeinsamkeiten und Differenzen

Einführung

In den fünfzehn Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR erfolgt gegenwärtig ein komplizierter Prozeß institutioneller, struktureller und kognitiver Wandlungen in den früheren staatssozialistischen Wissenschaftssystemen im Ergebnis des politischen Untergangs der UdSSR und im Zusammenhang mit ihrer gesamtgesellschaftlichen Transformation, oder anders gesagt, in ihnen erfolgt ein komplizierter Prozeß der Transformation des „sowjetischen Modells der Wissenschaftsorganisation" im Gefolge des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Die institutionellen und organisatorischen Strukturen der sowjetischen Wissenschaft und ihr Funktionieren sind im Westen wenig bekannt. Nachdem die UdSSR die ersten Atomkraftwerke baute, den ersten künstlichen Satelliten und den ersten Menschen in den Weltraum beförderte, löste das den bekannten „Sputnikschock" aus, der die Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Technologie seitdem wesentlich beschleunigte und auch militärische und andere Prestigeprojekte geprägt hat. Schon allein diese Tatsachen sollten abwertende Einschätzungen über den Umfang und vor allem das Niveau der sowjetischen Wissenschaft von vornherein beseitigen und ernsthaft nach den Ursachen und dem Charakter des aktuellen Umbruchs der Wissenschaft in der ehemaligen UdSSR suchen lassen - ausgehend von der Tatsache, daß in den einzelnen Ländern eine relativ gut entwickelte und traditionsreiche Wissenschaft (Kontorovich 1994) in eine existentielle Krise geraten ist. Unlängst erklärten Experten der OECD, daß in Rußland die Zahl der Wissenschaftler auf 300.000 herabgesetzt werden muß - im Jahre 1991 belief sich deren Zahl auf eine Million.-, um das Land voll in die Weltwirtschaft zu integrieren. (OECD 1993) Dies rief in der

Wissenschaftlergemeinschaft in Rußland mehr Skepsis und Unbehagen hervor, als daß es als Ausweg aus der Krise angesehen wurde.

Um die makrostrukturellen Prozesse der Wissenschaftstransformation in den Ländern der ehemaligen UdSSR tatsächlich zu begreifen und um die möglichen Szenarien ihrer Entwicklung zu analysieren, muß man vermeiden, daß die Ansätze der wissenschaftssoziologischen- und Transformationsforschung zu kurz zu greifen: einmal zeitlich, zum anderen dimensional. Das heißt, es ist u.E. nicht ausreichend, die Analyse mit einer Bestandsaufnahme der Parameter der Wissenschaft zum Zeitpunkt ihres Zerfalls zu beginnen. Unseres Erachtens ist es notwendig, für einen hinreichend langen Zeitabschnitt die nationalstaatliche Spezifik der „inneren strukturelle Dynamik des Wissenschaftssystems" mit Hilfe quantitativer und qualitativer Indikatoren aufzuzeigen, unter der wir die Entwicklung der institutionellen, organisatorischen und kognitiven Strukturen und der Wissenschaftsressourcen verstehen.

Nachfolgend wird auf zwei Aspekte der Transformation der Wissenschaftssysteme, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen, eingegangen, nämlich auf die Veränderungen des finanziellen und personellen Ressourceneinsatzes für die Wissenschaft und auf die institutionellen und organisatorischen Veränderungen in den Nachfolgestaaten der UdSSR.

Anmerkungen zum „sowjetischen Modell der Wissenschaftsorganisation"

Im politischen System der ehemaligen UdSSR wurde für Wissenschaft und Forschung ein hoher Stellenwert angesetzt, wobei gleichzeitig ihre tatsächlichen Probleme oft mißachtet wurden. Der sowjetische Staat hat in den ersten Tagen seiner Existenz die bedeutsame Rolle von Wissenschaft und Forschung als Faktor des volkswirtschaftlichen Wachstums in der Gesellschaft anerkannt und sie dann in den Dienst des Sozialismus gestellt. Er schuf für sich selbst ein adäquates staatssozialistisches Modell der Wissenschaftsorganisation mit folgenden wichtigen Merkmalen: ideologische Einbindung der Wissenschaft und ihre politische Steuerung und Abhängigkeit, Zentralismus und Autarkie, Planung der Forschung und deren starke Anwendungsorientierung und kurzfristiger praktischer Nutzen, Akademiemodell der Forschungsorganisation und Konzentration der Grundlagenforschung in den Akademien u.a.m., die zusammen mit der ideologischen These von der „Einheit von Wissenschaft und Sozialismus" ihre Entwicklung bestimmten.

Im Verlaufe der Jahrzehnte entwickelten sich unter den Bedingungen des Kommandosystems der Wirtschaftsführung für eine freie Demokratie untypische Wechselbeziehungen zwischen Staat und Wissenschaft. „Der Staat war für die Wissenschaft gleichzeitig der gestrenge Diktator und der relativ großzügige Mäzen. Auch die Wissenschaft spielte eine doppelte Rolle - die des geliebten Kindes bzw. die der hörigen Dienerin". (Nauka Rossii 1992) Die Sowjetwissenschaft - das war

ein eigentümliches System, das durch „enge Bande mit der sowjetischen Planwirtschaft, der Sowjetmacht und der sowjetischen Lebensweise verbunden war". (Mirskaja 1993) Sie unterschied sich von der Wissenschaftsorganisation in westlichen Demokratien in den grundlegenden Mechanismen ihrer Funktionsweise, d. h. darin, daß sie unter den Bedingungen der vollständigen Unterordnung unter eine totalitäre Macht und dem umfassenden ideologischen Druck und ohne autonomen sozialen Raum funktionierte.

Dieses Modell der Wissenschaftsorganisation formierte sich strukturell Ende der 30er Jahre in Sowjetrußland und fand in allen damaligen Unionsrepubliken Verbreitung. In den 40er Jahren wurden nach diesem Modell die Wissenschaftssysteme der baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland und Moldaviens transformiert. Nach dem II.Weltkrieg, in den 50er Jahren, erfolgte eine analoge „Zwangstransformation" in den sozialistischen Ländern Osteuropas (in Bulgarien, der DDR, in Polen, Rumänien, der CSSR) und außerhalb Europas in der Mongolei, in China, in Vietnam und auf Kuba. So erfuhr das sowjetische Modell der Wissenschaftsorganisation weltweite Verbreitung mit der Ausbreitung des Staatssozialismus.

Die Durchführung der Forschung lag in der Zuständigkeit von drei nebeneinander existierenden Sektoren: der Wirtschaft, dem Hochschulsektor, dem außeruniversitäreren Sektor.

Der Wirtschaftssektor. Das ist der größte Sektor der Wissenschaft, gemessen an den finanziellen und personellen Ressourcen und der Zahl der staatlichen Forschungseinrichtungen, die sich vor allem mit angewandter Forschung und Entwicklung in bestimmten Fachgebieten befaßten, die wiederum aus den Anforderungen der Volkswirtschaft abgeleitet wurden. Die Industrieforschung war weitgehend den in Betracht kommenden Fachministerien nachgeordnet, d.h. die wissenschaftlichen Einrichtungen waren vertikal strukturiert und direkt den Industrieministerien unterstellt, die sie auch finanzierten. In den größten sogenannten „Leitinstituten", die für die Steuerung bestimmter Forschungsprogramme zuständig waren, wurde auch Grundlagenforschung betrieben.

Der Hochschulsektor. Der Hochschulsektor ist auch nicht ohne weiteres mit den Hochschulen westlicher Länder vergleichbar, weil die sowjetische Wissenschaftspolitik viele jahrelang bestrebt war, die Grundlagenforschung in den Instituten der AdW zu konzentrieren, so daß den Universitäten und sonstigen Hochschulen in vergleichsweise großem Umfang die Ausbildung und Lehre („Kaderausbildung") von Fachkräften für die Volkswirtschaft als Hauptaufgabe verblieb. Die Forschung stand nicht gleichwertig neben der Lehre. Nur an einigen der größten und bekanntesten Universitäten und technischen Hochschulen wurden Institute und Forschungsbereiche mit Arbeitsstellen ausschließlich für Forschungszwecke geschaffen. Die materiell-technische und apparative Ausstattung der Hochschulen gestattetet kaum Grundlagenforschung in großem Umfang, allenfalls angewandte Forschung.

Der außeruniversitäre Sektor. Zu diesem Sektor gehörten: die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 14 Akademien der Unionsrepubliken, die Akademie der medizinischen Wissenschaften, die Aka-

demie der Landwirtschaftswissenschaften. Einen besonderen Platz im außeruniversitären Sektor nahm die AdW der UdSSR ein. Sie war die führende wissenschaftliche Institution und vereinigte die am meisten anerkannten Gelehrten der Sowjetunion. Sie wurde im Jahre 1918 „als höchste staatliche Wissenschaftseinrichtung" gegründet, und im Verlaufe der Zeit entwickelte sie sich zu einem zentralistisch finanzierten Institutenverbund, blieb aber gleichzeitig eine Gelehrtengesellschaft. Sie war bis zum Jahre 1990 direkt dem Ministerrat unterstellt und spielte eine wesentliche wissenschaftspolitische Rolle bei der Wissenschaftsentwicklung des Landes. Die AdW der UdSSR und die der Unionsrepubliken erfüllten Funktionen wie die Durchführung der Grundlagenforschung, die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung bis hin zur Anwendung von Forschungsergebnissen in der Praxis. Sie war eine integrierte multifunktionale Wissenschaftsinstitution, zu der es kein Pendant in den westlichen Ländern gibt.

Das Verhältnis der Ausgaben für die Wissenschaft zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung war in der UdSSR (1989) 1: 4,6 : 8,3. Das Schwergewicht des Wirtschaftssektors lag auf der angewandten Forschung und der Entwicklung, während die Grundlagenforschung vor allem in den Instituten der AdW durchgeführt wurde. Der Anteil der Finanzierung der Grundlagenforschung im akademischen Sektor war 5mal größer als im Durchschnitt. An den Universitäten und sonstigen Hochschulen wurde überwiegend angewandte Forschung betrieben. Über die Struktur der FuE-Ausgaben nach Forschungstypen insgesamt und innerhalb der Sektoren im Jahre 1989 gibt die nachfolgende Tabelle 1 Auskunft. (Vgl. Tabelle 1)

Im Unterschied zu westlichen Ländern handelte es sich bei allen diesen drei Sektoren um dem staatlichen Zugriff direkt unterstellte Bereiche. Das galt ebenso für den Hochschulsektor, den Akademiesektor wie für den Wirtschaftssektor, so daß es hier hinsichtlich einer möglichen Autonomie und Selbständigkeit nur graduelle, aber keine prinzipiellen Unterschiede gab. Insofern sind auch die festgestellten unterschiedlichen Strukturanteile dieser einzelnen Sektoren an der Forschung von geringerer Bedeutung, als das aus westlicher Sicht erscheinen mag. Alle wissenschaftlichen Einrichtungen dieser Sektoren waren staatliche, und alle FuE -Ausgaben wurden vom Staat finanziert. Ein Teil von ihnen kam aus dem Haushalt, ein weiterer Teil kam aus anderen, ebenfalls staatlichen Quellen: den Industrieministerien, einzelnen Betrieben, regionalen Haushalten, aus denen entsprechend den Prinzipien der Planwirtschaft ein Teil für die Aufwendungen für Wissenschaft und Technik abgeführt wurde.

Tabelle 1: Die Struktur der Ausgaben für FuE nach Forschungstypen insgesamt und innerhalb der Sektoren im Jahre 1989 (in Prozent)

	insgesamt	Grundlagen forschung	angewandte Forschung	Entwicklung
Ausgaben für FuE	100,0	7,2	33,2	59,6
darunter :				
Akademiesektor	100,0	37,5	37,6	24,9
Wirtschaftssektor	100,0	2,5	31,7	65,8
Hochschulsektor	100,0	13,7	60,4	25,9

Quelle: L.Gochberg, Das Wissenschaftliche Potential der UdSSR, Moskau 1991, S.167

Wissenschaftsressourcen in der UdSSR

In der Sowjetunion wurde von Anfang an, unmittelbar nach der Oktoberrevolution 1917 gleichzeitig mit der Bekämpfung des Analpabetentums (60% der Bevölkerung) damit begonnen, die Wissenschaft auf- und auszubauen. Die Bereitstellung von Ressourcen für die Wissenschaft ist trotz einer Reihe von Problemen zielstrebig fortgesetzt worden. Nicht zuletzt hat dieses Wachstum zum einmaligen Aufstieg der Sowjetunion von einem wissenschaftlich rückständigen Land am Anfang dieses Jahrhundert zu einer Weltmacht auch in der Wissenschaft geführt. Vor allem aufgrund ihres extensiven Ressourcenwachstums war bis in die 70er Jahre hinein die Wissenschaft in der UdSSR auch personell und kognitiv dynamisch, indem eine große Anzahl von begabten jungen Leuten aus allen sozialen Gruppen und Nationalitäten in die Wissenschaft strömte. Mit den Stagnationserscheinungen in den 70er und insbesondere in den 80er Jahren kam es hier bereits zu krisenhaften Erscheinungen und auch zu einem immer stärkeren Zurückbleiben hinter den entwickelten Industrieländern.

Kurz vor dem Zerfall der UdSSR war ihr Wissenschaftssystem trotz seiner im internationalen Vergleich relativ geringen Niveaus (z.B. nach SCI-erfaßte Publikationen und Zitationen, nach Patentanmeldungen und -erteilung, nach der Zahl der Nobelpreise und anderen Indikatoren, die in den OECD-Ländern angewendet werden) in der Lage, die Realisierung gewaltiger Programme in der Kosmos- und Atomforschung, auf vielen Gebieten der Rüstungforschung usw. zu bewältigen. Gemessen an quantitativen Parametern war es eines der größten in der Welt. (Vgl. Tabelle 2)

Diese Einschätzung gilt selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß wegen der unterschiedlichen statistischen Verfahren die oben angeführten Daten der UdSSR nicht direkt mit denen der OECD-Länder vergleichbar sind. So hat die UdSSR-Statistik die Wissenschaftler z. B. generell als Personen und nicht in Vollbeschäftigteneinheiten erfaßt, außerdem wurde nur ungenügend die tatsächliche FuE-Tätigkeit berücksichtigt. So reduziert sich die angegebene Anzahl der Wissenschaftler im Hochschulsektor auf ungefähr 20 Prozent, wenn man sie als Beschäftigte für FuE ausweisen will. Außerdem gab es Doppeltzählungen beim Aufwand für FuE, so daß die oben angegebenen Zahlen generell als überhöht anzusehen sind. Ohne Doppeltzählungen betrug die reale Finanzierung 31,6 Mrd. Rubel (und nicht 43,6), die 3,5% des National-

Tabelle 2: Wissenschaftsressourcen in der UdSSR

a) Personal (Personen)	
Beschäftigte in "Wissenschaft und wissenschaftlichen Dienstleistungen"	4.196.000
darunter:	
Wissenschaftler	1.522.200
davon in:	
Akademiesektor	150.000
Wirtschaftssektor	822.000
Hochschulsektor	550.000
Kandidaten der Wissenschaften (Promovierte)	493.000
Doktoren der Wissenschaften (Habilitierte)	50.000
Akademiemitglieder und Professoren	34.000
b) Aspiranten (Doktoranden)	95.310
c) Wissenschaftliche Einrichtungen	5.111
d) Finanzierung (6,6% des Nationaleinkommens)	43,6 Mrd. Rubel

Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1989 godu, statisticeskij eshegodnik, Goskomstat SSSR, Finansy i statistika, Moskau,1990, S.S.290,291,293

einkommens ausmachten (und nicht 6,6%), das heißt, sie war wesentlich geringer als in der staatlichen Statistik der UdSSR ausgewiesen (Mindeli 1992).

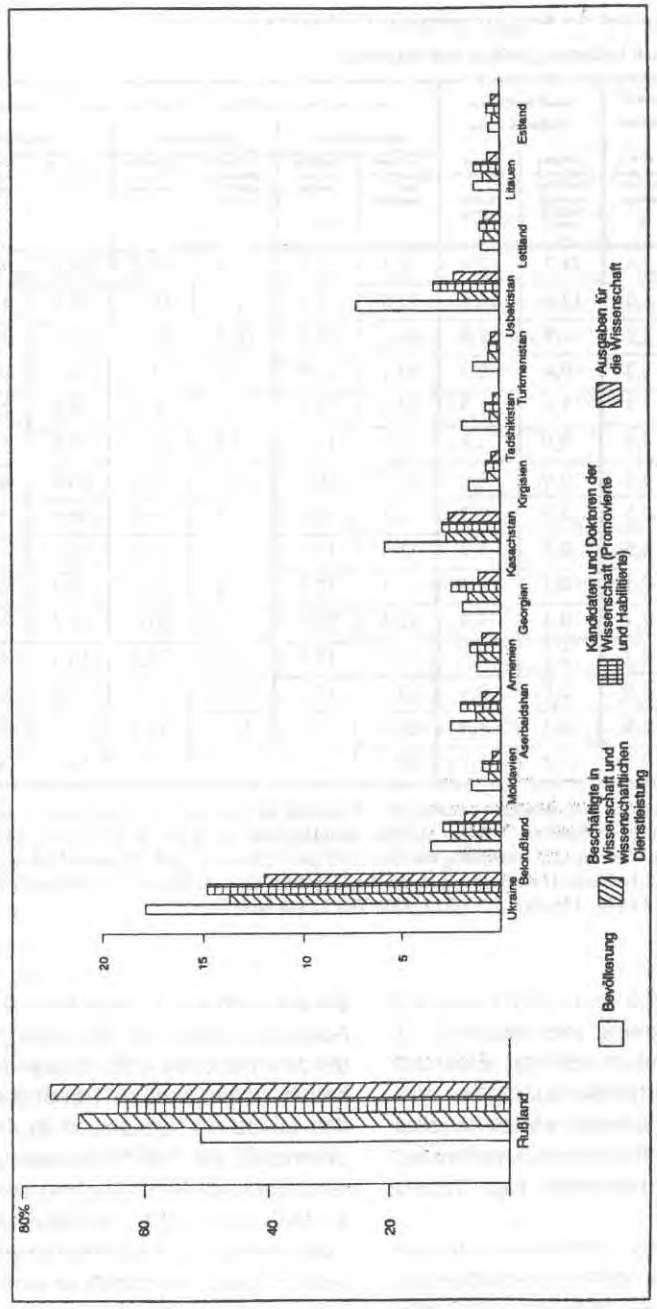
Die Dissipation des Erbes der Sowjetwissenschaft

Die gegenwärtige radikale Veränderung der Rahmenbedingungen für die Wissenschaft wird dadurch bestimmt, daß der politische Zusammenbruch, die schleichende tiefe wirtschaftliche Krise und der territoriale Zerfall der UdSSR, begleitet von nationalen und territorialen Konflikten, zu einer Desintegration ihres gesamtstaatlichen Wissenschaftssystems und zum Zerfall des einheitlichen Wissenschaftspotentials in fünfzehn Teile führten, die in ihren quantitativen und qualitativen Parametern und in ihrer internationalen wissenschaftlichen Bedeutung sehr ungleich sind. Sie bildeten gleichzeitig den Ausgangspunkt, den Beginn eines grundlegenden Transformationsprozesses der Wissenschaftssysteme in den Nachfolgestaaten.

Die graphische Darstellung (Abb. 1) vermittelt nur ein vereinfachtes Bild von der Verteilung der personellen und finanziellen Ressourcen für die Wissenschaft unter den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR.

Makrostrukturelle Vergleiche zeigen, daß trotz der einheitlichen Prinzipien bei der von der UdSSR planmäßig betriebenen Schaffung und Entwicklung des Wissenschaftspotentials bedeutende Unterschiede nicht nur beim Umfang der finanziellen und personellen Ressourcen, sondern auch bei institutionellen und kognitiven Strukturen existierten. Diese Unterschiede ergaben sich aus der Struktur der Wirtschaftszweige in den einzelnen Republiken und aus der wissenschaftlichen Arbeitsteilung innerhalb der UdSSR. Die Unterschiede in der Rolle und Funktion der Wissenschaft in den einzelnen Republiken werden einmal am durchschnittlichen Anteil der Wissenschaftsaufwendungen am Nationaleinkommen (0,5 Prozent

Abb. Der Anteil der einzelnen Unionsrepubliken an ausgewählten Wissenschaftsressourcen (in %, UdSSR=100)



Quellen: Eigene Berechnungen nach:
"Svodnaja schema razvitija i razmescenija otrasli narodnogo chozjajstva "Nauka i naucnoe obslushivanie" na period do 2005 goda", Moskau, 1989 Pokazateli razvitija Nauki v stranach SNG, Moskau, 1993

Tabelle 3: Struktur des Ressourceneinsatzes der Sowjetwissenschaft nach Unionsrepubliken und Sektoren

	Anteil der Ausgaben für die Wissenschaft am Nationaleinkommen %	Anteil der Unionsrepubliken an den		Anteile der Sektoren am Ressourceneinsatz in den einzelnen Republiken					
				Akademiesektor		Hochschulsektor		Wirtschaftssektor	
		Laufenden Ausgaben für die Wissenschaft (UdSSR 100%) %	Wissenschaftlern (UdSSR 100%) %	Laufende Ausgaben für die Wissenschaft %	Anzahl der Wissenschaftler %	Laufende Ausgaben für die Wissenschaft %	Anzahl der Wissenschaftler %	Laufende Ausgaben für die Wissenschaft %	Anzahl der Wissenschaftler %
Rußland	3,6	74,7	67,8	6,1	5,2	7,6	32,0	86,3	62,8
Ukraine	3,0	12,6	14,4	13,8	7,2	11,3	45,9	74,9	46,9
Belorußland	2,2	1,9	2,9	18,5	13,7	10,1	39,0	71,4	47,3
Moldavien	1,2	0,4	0,7	32,1	11,9	9,6	44,1	58,3	44,0
Aserbaidshan	1,3	1,0	1,5	19,3	20,7	5,9	38,0	74,8	41,3
Armenien	3,9	0,9	1,4	15,7	14,6	8,5	34,7	75,8	50,7
Georgien	2,0	0,9	1,9	24,3	20,5	10,3	32,2	65,4	47,3
Kasachstan	0,5	3,6	2,7	7,1	10,9	6,9	44,3	86,0	44,8
Kirgisien	1,5	0,3	0,7	19,4	15,1	12,0	43,3	68,6	41,6
Tadshikistan	2,1	0,3	0,6	17,1	17,1	6,8	58,3	76,1	24,6
Turkmenistan	2,7	0,4	0,4	12,6	20,0	2,0	40,0	85,4	40,0
Usbekistan	2,3	2,2	2,6	10,9	11,0	5,0	58,3	84,1	30,7
Lettland	3,0	0,9	0,9	22,4	12,3	15,8	43,7	61,8	44,0
Litauen	1,6	0,5	1,0	22,6	12,2	26,2	54,1	51,2	33,7
Estland	2,5	0,4	0,5	28,7	17,1	14,7	47,6	56,6	35,3

Quelle: nach eigenen Berechnungen anhand von: "Svodnaja schema razvitija i razmescenija otrasli narodnogo chozjajstva "Nauka i naucnoe obslushivanie" na period do 2005 goda",(Aufstellung zur Entwicklung und Verteilung der Branchen der Volkswirtschaft. Wissenschaft und wissenschaftliche Dienstleistungen, für den Zeitraum bis zum Jahre 2005) Moskau 1989 , Teil 1, S.S.21,186, 196, 200, 220, 223, 238; Teil 2, S.S.269, 501.

in Kasachstan, 3,0 und mehr Prozent in Lettland, der Ukraine und Rußland, 3,9 Prozent in Armenien) sichtbar, aber auch in der differenzierten Bedeutung des Wirtschaftssektors, obwohl dieser in allen Republiken über 50 Prozent Anteil an den FuE-Ausgaben realisierte. (vgl. Tabelle 3)

Der Vergleich des Forschungsaufwands der einzelnen Republiken in Relation zum Nationaleinkommen läßt sich durch eine Berechnung der je Einwohner ermittelten Ausgaben ergänzen. So ergibt sich z.B. die dominierende Rolle Rußlands im Verhältnis zu den anderen Republiken. Unter den restlichen Republiken ist die größte „Intensität" der FuE-Finanzierung in Lettland, Estland, Armenien und der Ukraine zu beobachten und - im Gegensatz dazu - die niedrigste in Tadshikistan und Moldavien. Zugleich vermittelt er eine Vorstellung von dem sehr differenzierten Bild der

Intensität des Personaleinsatzes. Die höchste Intensität des Personaleinsatzes (nach dem Strukturindikator „Zahl von Wissenschaftlern je 1000 Einwohner"), hatten im Jahre 1989 Rußland mit 7,0 und Armenien mit 6,6, und die niedrigste Intensität war in den mittelasiatischen Republiken zu verzeichnen - in Turkmenien mit 1,6, in Tadshikistan mit 1,8 und in Usbekistan mit 2,0.

Eine große Differenzierung zwischen den Republiken gab es auch in der Qualifikationsstruktur der Wissenschaftler, die ihren Ausdruck im Anteil der Doktoren (Habilitierte) und Kandidaten der Wissenschaften (Promovierte) an der Gesamtzahl der Wissenschaftler findet. Dies ist ein „Qualitätsmerkmal" des wissenschaftlichen Personals des Landes. Im Jahre 1989 gab es den höchsten Anteil von Doktoren der Wissenschaften in Georgien mit 5,2%, in Aserbaidshan mit 4,8% und in Estland mit 4,2%. Den niedrigsten Anteil hatten Kirgisien mit 2,0% und Kasachstan mit 2,4%.

Gleichzeitig zeigt die Analyse, daß drei Republiken mit der höchsten Zahl von Wissenschaftlern einen Anteil an Doktoren der Wissenschaften (Habilitierte) aufwiesen, der unter dem durchschnittlichen Wert der UdSSR (3,3%) lag: in Rußland waren es 3,2%, in der Ukraine 3,1% und in Belorußland 2,7%. Und nach dem Anteil der Kandidaten der Wissenschaften (Promovierte) an der Gesamtzahl der Wissenschaftler nahmen diese Republiken die letzten drei Plätze ein. Eine mögliche Erklärung für diese Situation liegt in der hohen Konzentration von Wissenschaftlern in der Industrieforschung (einschließlich der Rüstungsforschung), so daß traditionsgemäß in der UdSSR die Zahl der Personen mit wissenschaftlichen Graden niedrig war.

Während für die Verteilung der personellen und finanziellen Forschungsressourcen auf die einzelnen Unionsrepubliken in erster Linie arbeitsteilige Gründe oder aus der jeweiligen Wirtschaftsverfassung resultierende Umstände eine Rolle spielen, ist die innerhalb der Unionsrepubliken in Erscheinung tretende unterschiedliche Gewichtsverteilung auf die einzelnen Sektoren der Wissenschaft und innerhalb dieser Sektoren (z.B. nach Wissenschaftszweigen, Forschungstypen und nationalen Forschungsschwerpunkten) zum Teil auch auf historische Ursachen zurückzuführen, woraus sich z.B. die überdurchschnittliche Größe des Hochschulsektors in den baltischen Staaten ergibt.

In Bezug auf zwei Strukturmerkmale der „Intensität" des Ressourceneinsatzes für die Wissenschaft - zum einen die finanziellen Ressourcen (FuE-Ausgaben je Einwohner) und zum anderen die personellen Ressourcen (Wissenschaftler je 1000 Einwohner) - erhält man folgendes Bild. (Vgl. Abb. 2)

Aus der Anaylse geht hervor, daß zwei Ländergruppen besonders herausragen: die erste - das ist Rußland mit den höchsten Werten bei allen drei Indikatoren, und die zweite - das ist eine Gruppe von benachbarten Ländern (Kasachstan, Kirgisien, Tadshikistan, Turkmenien, Usbekistan), die einen geschlossenen geopolitischen Raum bilden und die niedrigsten Werte bei allen drei Indikatoren aufweisen.

Die Wissenschaft in der ehemaligen UdSSR war also kein homogenes Gebil-

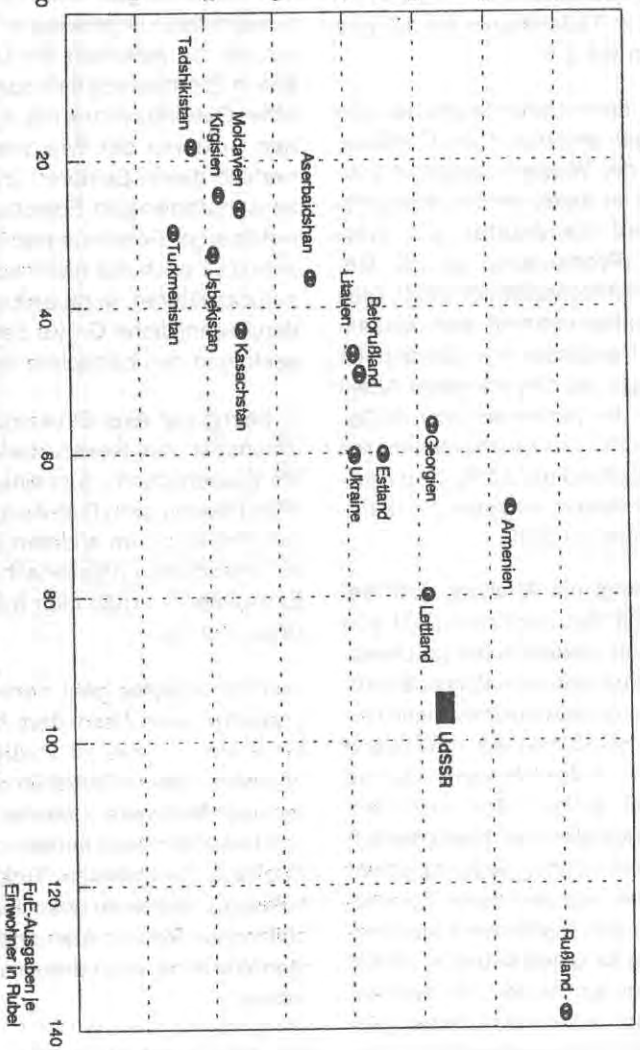
de; sie war sowohl durch Gemeinsamkeiten als auch durch nationale Besonderheiten innerhalb dieses Staatenbundes in gleichem Maße geprägt, wie das für die Wissenschaftssysteme in den demokratischen Gesellschaften des Westens festzustellen ist. Demzufolge ist die Aufteilung des sowjetischen Wissenschaftspotentials ganz und gar nicht vergleichbar mit dem Aufschneiden einer geschichteten Torte in Stücke, die in ihrem Inhalt identisch und nur in ihrer Größe unterschiedlich sind. Es sind vielmehr auch in ihrer Struktur ganz unterschiedliche Erbschaften der Sowjetwissenschaft von den einzelnen Nachfolgestaaten übernommen worden, wobei es dadurch z. T. zur Bildung von Fragmenten gekommen ist, die erst wieder auf neuer Basis zu einem System gefügt werden können, und zwar in jedem dieser Länder wie auch in ihrem Verbund .

Differenzierung nach Ländergruppen

Anhand der gewonnenen statistischen Werte kann man annehmen, daß es einzelne Länder oder Ländergruppen der ehemaligen UdSSR gibt, die aus statistischer Sicht über ähnliche bzw. deutlich abweichende Ausgangspositionen des Ressourceneinsatzes für die Wissenschaft bei der Transformation der nationalen Wissenschaftssysteme verfügen. Außerdem verweist eine ähnliche Differenzierung anhand unterschiedlicher Intensitätskennziffern des Ressourceneinsatzes in den einzelnen Unionsrepubliken indirekt auch auf das Vorhandensein von qualitativen Differenzierungen unter ihnen. Unter Berücksichtigung dieser unterschiedlichen Ausgangsbedingungen oder Erbschaften der Sowjetwissenschaft bei der Analyse der entscheidenden wirtschaftlichen, soziokulturellen und geopolitischen Faktoren, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Erringung der Unabhängigkeit durch die Republiken qualitativ neue Dimensionen erlangt haben, kann man unter großen Vorbehalten die Länder der ehemaligen UdSSR in mehrere Gruppen unterteilen, innerhalb derer die Transformation der Wissenschaftssysteme wahrscheinlich eine mittelfristige Ähnlichkeit aufweisen wird, während sich diese zwischen den Gruppen deutlich unterscheiden werden.

Zur ersten Gruppe zählen Rußland, die Ukraine und Belorußland (die slawischen Staaten), die den größten Anteil an den Wissenschaftsressourcen der ehemaligen UdSSR hatten (83 Prozent der Ausgaben, 85 Prozent des Personals und 76 Prozent der wissenschaftlichen Einrichtungen) und zwischen denen die engste Zusammenarbeit bestand. Die Wissenschaft dieser Staaten war und ist nach wie vor wahrscheinlich am stärksten durch das sowjetische Modell der Wissenschaftsorganisation geprägt. Hier dominiert eindeutig Rußland hinsichtlich der quantitativen und qualitativen Parameter (wie wissenschaftliche Schulen, Forscher von internationalem Rang und internationale Netzwerke); hinzu kommt, daß es auch bestrebt ist, seinen Einfluß auf diese beiden großen Nachbarn zu verstärken. Vor kurzem hat Weißrußland seine Bereitschaft erklärt, mit Rußland eine Währungs- und Wirtschaftsallianz zu begründen, und auch die Wirtschaftskrise in der Ukraine mit dem unübersehbaren Energiemangel wird wahrscheinlich nur über

Abb.: Differenzierungen nach relativem Aufwand an Ressourcen (Finanzen und Personal) für die Wirtschaft



Quelle: Alexander Nadiraschwili: Die Transformation der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR. 1994, Berlin, WZB P94-401, S. 47

eine engere Zusammenarbeit mit Rußland bewältigt werden können.

Eine zweite Gruppe bilden die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland. Sie sind keine Mitglieder der GUS und orientieren sich vollkommen auf eine Integration mit der Europäischen Union, insbesondere mit den skandinavischen Ländern. Für die Wissenschaftstransformation haben sie sich auf das sogenannte „schwedische Modell" ausgerichtet. In den Ländern dieser Gruppe offenbaren sich besonders deutlich Ähnlichkeiten in bezug auf die Merkmale, Phasen, Abläufe und mögliche Szenarien der Wissenschaftstransformation sowie ihrer künftigen Integration in die europäische Wissenschaftslandschaft.

Eine dritte Gruppe bilden Armenien und Georgien sowie mit Einschränkungen auch Aserbaidschan, d. h. die kaukasischen Staaten. Diese Länder wollen sich eigentlich an Europa orientieren; die langwierigen lokalen Kriege, die nationalen und territorialen Probleme haben sie aber gezwungen, der GUS beizutreten (Georgien und Aserbaidschan 1993). Der völlige Zerfall ihrer Wirtschaft macht es diesen Ländern unmöglich, ihre Wissenschaftsressourcen im bisherigen relativ hohen Umfang zu erhalten. Hier werden Anlehnungen an Rußland, kombiniert mit nationalen spezifischen Wegen, die weitere Entwicklung prägen. Insgesamt ist diese Gruppe durch relativ gute Ausgangswerte, aktuelle Schwierigkeiten und die Notwendigkeit, sich an großen und relativ starken Nachbarn zu orientieren bzw. an diese anzupassen, charakterisiert.

Eine vierte Gruppe bilden die mittelasiatischen Länder und Kasachstan, die gleichzeitig (außerdem noch Aserbaidschan; s.o.) die moslemisch dominierten Länder sind. Aufgrund ihrer kulturellen Traditionen und der geopolitischen Lage sind sie mehr auf den Osten als auf den Westen orientiert; hinzu kommt, daß ihre bisherigen Wissenschaftsressourcen in Relation zur stark gewachsenen Bevölkerung weit unter dem Durchschnitt der früheren Sowjetunion lagen. *Zu einer fünften Gruppe* gehört Moldawien. Obwohl es territorial und kulturell Europa zuzurechnen ist (bis 1940 war Moldawien ein Teil von Rumänien), weist es aufgrund der Schwäche seines Wissenschaftspotentials Ähnlichkeiten mit den Ländern aus der vierten Gruppe auf.

Eine differenzierte Aufteilung der Nachfolgestaaten in Gruppen kann unserer Meinung nach die Voraussetzung dafür sein, um tiefergehende Vergleiche vorzunehmen und um Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Transformation der Wissenschaftssysteme in den einzelnen Ländern oder Ländergruppen der ehemaligen UdSSR zu ermitteln.

Genereller ökonomischer und politischer Kontext des Transformationsprozesses

Umgestaltungen und Reformen unterschiedlichen Inhalts wurden auch früher (Reformen der 60er und 80er Jahre) in diesen Ländern durchgeführt, wenngleich sie alle unter relativ stabilen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen abliefen. Dabei blieben die Ressourcen der Wissenschaft zumindest

auf dem existierenden Niveau erhalten. Unter qualitativ anderen, äußerst instabilen Rahmenbedingungen vollzieht sich die gegenwärtige Transformation des Wissenschaftssystems, wobei es zu beträchtlichen Kürzungen des Ressourceneinsatzes für die Wissenschaft kommt. Die Spezifik des Transformationsprozesses in diesen Ländern besteht in der *Gleichzeitigkeit* der grundlegenden Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wissenschaftssystem: der äußeren Bedingungen, der inneren Bedingungen und der internationalen Faktoren.

Wir gehen davon aus, daß in *der gegenwärtigen Transformationsphase wahrscheinlich Veränderungen in den äußeren Bedingungen die entscheidenden Ursachen für die strukturellen Veränderungen eines nationalen Wissenschaftssystems sind*, da sie Einfluß auf die Bedingungen wissenschaftlicher Forschungstätigkeit nehmen und im Extremfall bis zu deren ernsthafter Behinderung oder sogar zur Verhinderung durch den völligen Entzug von Arbeits- und Existenzmitteln für Wissenschaftler führen.

a) *Die Auflösung eines internationalen und supranationalen sozialistischen Wissenschaftssystems*

Das sogenannte „zweite Weltsystem Wissenschaft") war unter Führung der UdSSR im Rahmen des RGW organisiert und in verschiedenen Formen institutionalisiert. Dazu gehörten die bi- und multilaterale Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, große Forschungsprogramme, wie z.B. Interkosmos, aber auch internationale Informations- und Dokumentationssysteme, gemeinsame Forschungs- und Weiterbildungszentren (für Elektronenphysik in Dubna, für Mathematik in Warschau, für Elektronenmikroskopie in Halle/Saale usw.). Diese spezifischen Organisationsformen waren von den sowjetischen Wissenschaftlern genutzt worden, um intensive Kooperationsbeziehungen und eine spezifische Scientific Community im RGW-Raum zu schaffen und teilweise die Isolierung (COCOM-Liste) von West-Wissenschaftszentren auszugleichen. Es gab auch eine Quotenregelung bei den führenden Universitäten für Studenten und Aspiranten (Doktoranten) aus allen Unionsrepubliken. Das wurde durch die Verbreitung der russischen Sprache auch in der Wissenschaft unterstützt und wirkt bis heute nach. Auch die eher wirtschaftsbezogene internationale wissenschaftliche Kooperation im Rahmen des „Komplexprogramms zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000" ist mit der Auflösung des RGW eingestellt worden. Der Zusammenbruch dieser internationalen Beziehungen wirkt sich erst einmal auf alle Länder negativ aus; insbesondere jedoch auf Rußland, die Ukraine und Belorußland, die in hohem Maße an dieser RGW-Zusammenarbeit beteiligt waren.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß sie noch nicht durch neue Netzwerke zwischen den ehemaligen Ostblockstaaten bzw. auch mit Wissenschaftlern aus industriell entwickelten Ländern ersetzt werden konnten, obwohl sich hier intensive Kontakte unter den Bedingungen von „Glasnost und Perestroika" schon Ende der 80er Jahre entwickelt haben. Eine von

uns durchgeführte soziologische Befragung und Interviews mit Wissenschaftlern der AdW der Ukraine (1994) zeigen, daß die Isolation der Wissenschaftler trotz gewonnener Freiheit nicht geringer geworden ist, da Valutamittel fehlen, um internationale wissenschaftliche Zeitschriften und Literatur zu erwerben und um notwendige internationale Kontakte zu unterhalten, ohne dabei überhaupt moderne elektronische Kommunikationsmittel zu erwähnen.

Die negativen Auswirkungen werden dabei durch den erwähnten Zusammenbruch der innerstaatlichen früheren Wirtschaftsbeziehungen, den faktischen Abbau der bisherigen Arbeitsteilung und Kooperation in der Wissenschaft der UdSSR selbst verstärkt. Letztere Bedingungen wirken sich besonders nachteilig für die kleineren Länder der ehemaligen UdSSR aus, die in der Vergangenheit keine eigenen selbstständigen internationalen wissenschaftlichen Beziehungen unterhalten konnten und für die die Beziehungen zu führenden sowjetischen Wissenschaftszentren der einzige Zugang zur internationalen Wissenschaft waren. Das erklärt auch die z.T. widersprüchlichen Reaktionen: Obwohl viele Wissenschaftler in den ehemaligen Unionsrepubliken einerseits die Selbständigkeit ihres Landes als Beseitigung der Dominanz Moskaus begrüßen, sind sie andererseits an einer weiteren Zusammenarbeit mit den russischen Wissenschaftler nicht nur interessiert, sondern sogar auf diese angewiesen (Malickij 1993). Stellt man in Rechnung, daß Rußland die Rechtsnachfolge der UdSSR in allen internationalen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Organisationen angetreten hat, so steht den anderen Ländern ein langer und schwieriger Weg in die internationale Wissenschaftlergemeinschaft bevor.

b) *Wissenschaftsorganisatorische und institutionelle Veränderungen.*

Die ehemaligen Länder der UdSSR mit Ausnahme von Rußland und teilweise der Ukraine verfügten faktisch über keinerlei Erfahrungen und entsprechende Strukturen einer selbstständigen Steuerung der Wissenschaft und in der Ausarbeitung einer unabhängigen Wissenschaftspolitik. Sie verfügten über keine eigenständige für die Wissenschaft relevante Gesetzgebung. Wissenschaft und Forschung funktionierten auf der Grundlage der Gesetze und Anordnungen, die von den zentralen Unionsorganen erlassen wurden.

Gegenwärtig gehen diese Länder gleichzeitig mit der gesamtgesellschaftlichen Transformation den Weg der Umgestaltung ehemals regionaler und nicht selten provinzieller Teile des einheitlichen Wissenschaftssystems in eigenständige nationale Wissenschaftssysteme unabhängiger Staaten. Es geht um die Neukonstituierung nationaler Wissenschaftssysteme, die zumeist mit Umstrukturierungen der bisherigen wissenschaftlichen Einrichtungen, Gremien und Verfahrensweisen auf allen Ebenen und in allen Sektoren der Wissenschaft verbunden sind und das unter dem Anspruch der internationalen Zusammenarbeit.

Dabei sind analoge Phasen der Transformation der Wissenschaftssysteme zu beobachten. Die *erste Phase* des Transformationsprozesses bildet in der Regel die Zerstörung der alten, lange Jahre existierenden strukturellen Elemente des

zentralisierten Systems der planwirtschaftlichen Wissenschaft und der Austausch der wissenschaftspolitischen Akteure auf höchster Ebene. In der *nächsten Phase*, die die schwierigste von allen ist, werden die wissenschaftliche Einrichtungen, Abteilungen, Forschungsgruppen, einzelne Forscher wissenschaftlich und politisch evaluiert. In einigen Ländern wird diese Phase durch eine Nostrifikation der wissenschaftlichen Grade und Titel ergänzt. In der *dritten Phase* werden neue institutionelle, organisatorische und andere Strukturen geschaffen und es treten neue wissenschaftspolitische Akteure auf. In der *vierten Phase* gibt es eine nationale Diskussion unter Hinzuziehung internationaler Experten über die realen Reformen der Wissenschaft, die Richtungen und Zeiträume, um diese durchzusetzen und die Lösungen von Problemen, die mit ihrer praktischen Realisierung verbunden sind. Schließlich muß man berücksichtigen, daß diese Veränderungen in den einzelnen Ländern inhaltlich wie zeitlich sehr unterschiedlich verlaufen.

Die Umgestaltungen reichen von relativ geringen wissenschaftsorganisatorischen und institutionellen Veränderungen und einer weitgehenden Beibehaltung zentralstaatlicher Regelungen bzw. Neuinstallation in der Ukraine und in Belorußland (Ministerien für Wissenschaft und einer obersten Attestationskomission (VAK) zur staatlichen Bestätigung von wissenschaftlichen Graden und Titeln) über den fast völligen Verzicht auf staatliche Regulierung in den baltischen Staaten bis hin zu chaotischen Zuständen insbesondere in den von bürgerkriegsähnlichen Zuständen betroffenen den kaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

In den Nachfolgestaaten erfolgen seit einiger Zeit gewisse institutionelle Veränderungen im Akademie-, Hochschul- und Wirtschaftssektor und eine Konversion der Rüstungsforschung. Die Reformen in den Akademien der Wissenschaften in *den baltischen Staaten* und *den slawischen Staaten* der ehemaligen UdSSR verlaufen auf völlig unterschiedliche Weise. In der Öffentlichkeit geht es vor allem um die Beibehaltung oder Auflösung der AdW, die als Merkmal des sowjetischen Wissenschaftsmodells angesehen werden kann.

In *Lettland* (Kristapsons 1993) und ebenso in *Litauen* kam es zur Aufgliederung der AdW in eine Gelehrtengesellschaft und in unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen, die durch den „Wissenschaftsrat des Landes" eine Grundfinanzierung sowie auf Antrag Projektmittel erhalten. Dem Wissenschaftsrat, der mit Expertenkommissionen arbeitet, gehören Vertreter der Regierung, der Akademie, der Hochschulen, von wissenschaftlichen Organisationen u.a. an. In *Rußland* vollzieht sich ein komplizierter Prozeß der Vereinigung und der Reorganisation der neugegründeten (1991) Russischen Akademie der Wissenschaften mit der ehemaligen AdW der UdSSR. Strukturen und Funktionen der inzwischen vereinigten Akademie sind noch nicht eindeutig festgelegt. In *Belorußland* sollen z. Z. die frühere Struktur und die Funktion der AdW beibehalten werden, wobei gleichzeitig eine deutliche Reduzierung der Finanzierung durch den Staat erfolgt. In der *Ukraine* haben sich der Platz und die Funktionen der AdW in der Wissenschaftslandschaft des Landes nicht verändert, ihre Position wurde eher gefestigt. Im Jahre 1992 wurden ihr sogar

weitere 27 wissenschaftliche Institute zugeordnet. Die meisten von ihnen waren zu Zeiten der UdSSR als Unions-Institute unmittelbar den Industrieministerien untergeordnet. Insgesamt hat sich die Anzahl der AdW-Einrichtungen damit dort auf 163 im Jahre 1993 erhöht.
Die institutionellen Veränderungen umfassen gegenwärtig ein breites Spektrum und werden oft durch nationale Traditionen der Wissenschaftsorganisation bestimmt, wodurch z.B. in Rußland, in Belorußland und in der Ukraine die Akademie der Wissenschaften ein fester Bestandteil der nationalen Kultur ist. Das trifft in diesem Maße für andere Länder, z.B. die baltischen Staaten, nicht zu, so daß hier das Akademiemodell als typisch sowjetische Institution viel leichter zur Disposition gestellt wird.

Die Gemeinsamkeiten der Umbruchserscheinungen der Wissenschaft (ausgewählte Probleme bzw. Beispiele)

Drastische Kürzung der finanziellen Ressourcen. Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Selbständigkeit verschärften sich in allen Nachfolgestaaten die Widersprüche zwischen der Wirtschaftskraft eines im Produktivitätsniveau zurückgebliebenen Landes und dem von ihm geschaffenen großen wissenschaftlichen Potential. Dieser Widerspruch, der ausnahmslos charakteristisch für alle Nachfolgestaaten ist - angefangen bei Rußland, das über Ambitionen verfügt, den Platz einer Großmacht einzunehmen, bis hin zu dem kleinsten, Estland - führte zu einer mehr oder minder drastischen Anpassung der Wissenschaftsaufwendungen an die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Außerdem spielt die Veränderung der staatlichen Prioritäten bei der Verteilung der Finanzen eine Rolle, worin sich eine gewisse Verminderung des Stellenwertes von Wissenschaft und Forschung in der Transformationsgesellschaft ausdrückt.

Ein deutlicher Ausdruck für den Niedergang der staatlichen Priorität von Wissenschaft und Forschung ist der Rückgang des Anteils an den Gesamtaufwendungen für die Wissenschaft am Bruttoinlandsprodukt. *In der Ukraine* haben sich die Aufwendungen für die Wissenschaft am Bruttoinlandsprodukt von 2,5% im Jahre 1991 auf 1,6% im Jahre1992 und 0,6% im Jahre 1993 verringert. *In Rußland*: von 4,0% im Jahre 1991 auf 3,1% im Jahre 1992 und 1,4% im Jahre 1993. Wenn man dabei die Verringerung des Bruttoinlandsproduktes selbst von durchschnitlich 20 - 35% berücksichtigt, dann erreichen die Ausgaben für die Wissenschaft ein kritisches Minimum.

Diese Kürzung der staatlichen Förderung konnte nicht durch andere Finanzierungsquellen kompensiert werden. Die andauernde schwierige Krise der Industrie führte zu einer merklichen Kürzung der Finanzierung im Wirtschaftssektor der Wissenschaft, so daß der Staatshaushalt als einzige relativ stabile Finanzierungsquelle für Forschung und Entwicklung verblieben ist. Der Anteil an den Gesamtausgaben für die Wissenschaft durch den Staatshaushalt *der Ukraine* wuchs von 10,0% (1990) auf 50,0% (1992) an. *In Rußland*: von 55,4% auf 72,1%. Eine analoge Situation ist in Belorußland und in den baltischen Staaten festzustellen.

Im Laufe von drei Jahren der Umgestaltungen erfolgten einige Veränderungen in der Struktur der Finanzierung von FuE. Gegenwärtig gibt es mehrere Quellen der Forschungsförderung, die auf Gesetzen und Anordnungen staatlicher Organe beruhen:
- die direkte Haushaltsfinanzierung;
- die Finanzierung von staatlichen wissenschaftlichen Programmen:
- die Finanzierung über Ministerien und Behörden;
- der staatliche Fonds für Grundlagenforschung.

Die Praxis der Selbststeuerung in der Forschungsförderung aus unabhängigen Fonds und Stiftungen sowie Bankkredite als Finanzierungsinstrument spielen praktisch keine Rolle. Dennoch verringert sich die reale Finanzierung von Wissenschaft und Forschung von Jahr zu Jahr drastisch, wenn man folgendes berücksichtigt: den jährlichen Rückgang im Staatshaushalt; die Hyperinflation und die Tatsache, daß die Regierung ihre Beschlüsse zur Mindestfinanzierung von Wissenschaft und Forschung nicht eingehalten hat. Außerdem muß man berücksichtigen, daß die z. Zt. erfaßten Daten die tatsächliche Situation noch beschönigen: in Rußland, Belorußland, der Ukraine und in einigen anderen Ländern werden die vorhandenen finanziellen Mittel fast ausschließlich für die Lohnzahlung und die stark angewachsenen Ausgaben für kommunale Dienstleistungen (wie Miete, Energie usw.) eingesetzt.

Die drastische Kürzung der Finanzierung und ihre schweren negativen Folgen äußern sich: auf der Ebene der wissenschaftlichen Institutionen; auf der Ebene der Forschungsgruppen, Netzwerke und Projekte; auf der Ebene der einzelnen Wissenschaftler. Die Zusammenhänge auf diesen drei miteinander verknüpften Ebenen wurden bisher noch zu wenig gesehen und in ihren Konsequenzen reflektiert, weil trotz der Tatsache, daß man die Notwendigkeit von Veränderungen und bestimmten Reduzierungen im Wissenschaftssystem erkannt hat, offen bleibt, was reduziert werden muß und insbesondere wie dies geschehen soll.

Die entstandene Situation hat den Rückstand der Wissenschaftler hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen weiter verstärkt. Das Ansehen der wissenschaftlichen Arbeit ist deutlich zurückgegangen, insbesondere wegen des niedrigen Lohns, der darüber hinaus nicht regelmäßig und mit großen Verspätungen gezahlt wird. In der Ukraine ist z. Zt. der Durchschnittslohn im Bereich „Wissenschaft und wissenschaftliche Dienstleistung" um 16% niedriger als der Durchschnittslohn in der Volkswirtschaft insgesamt.

Abbau des Personals. Nach dem Zusammenbruch hat sich in allen Ländern der ehemaligen UdSSR eine starke Reduzierung in der Anzahl des wissenschaftlichen Personals vollzogen, aber sie erreichte noch nicht ihren Höhepunkt. Dabei hat sich die jährliche Rate des Personalabbaus seit 1991 erhöht und nach Schätzungen im Jahre 1993 in Rußland etwa 20%, in Belorußland 12% und in der Ukraine 17 Prozent erreicht. Auch in diesem Zusammenhang geben die zur Zeit verfügbaren statistischen Daten nur eine sehr grobe, fragmentarische Vorstellung von diesem Prozeß.

In der folgenden Darstellung wurden nur beispielhaft ausgewählte Republiken zur Illustration der Lage herangezogen. Ei-

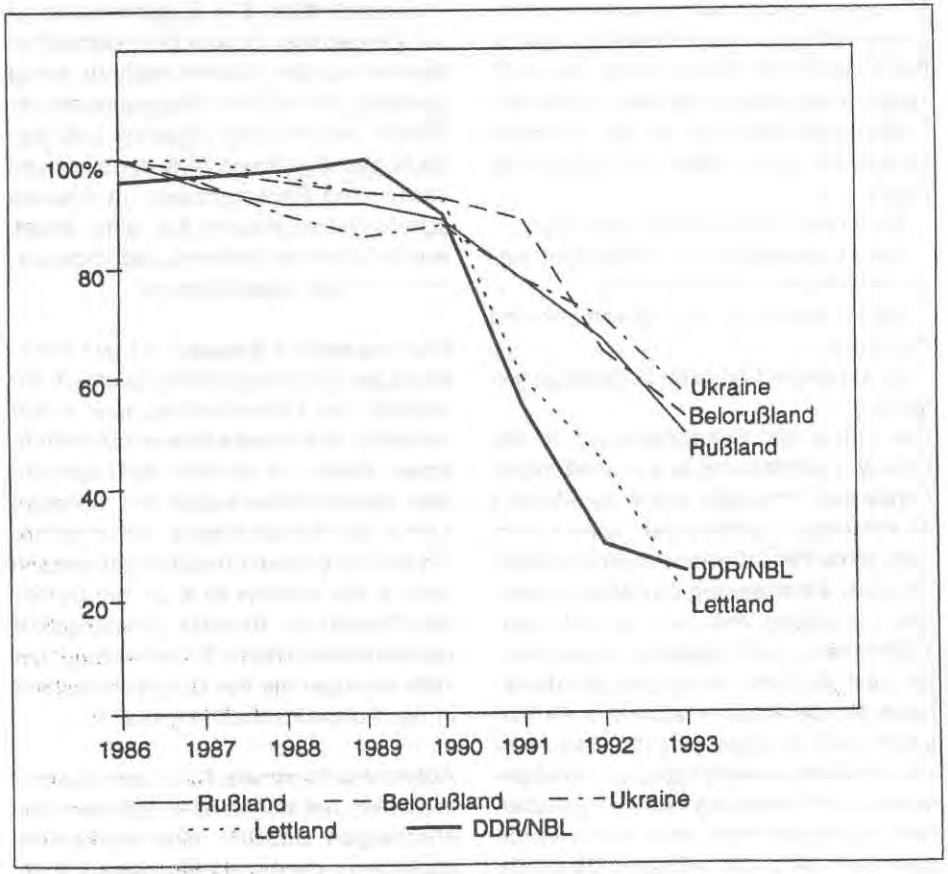


Abb. 3: Veränderungen in der Anzahl der FuE-Beschäftigten in den Ländern der ehemaligen UdSSR im Vergleich mit den neuen Bundesländern (NBL)
(der Höchstwert in dieser Periode in jedem Land = 100% gesetzt)
- eigene Berechnungen -

nen Eindruck vom Tempo und Ausmaß dieser Personalreduzierungen in Wissenschaft und wissenschaftlichen Dienstleistungen in der Ukraine, in Belorußland, Lettland und Rußland im Vergleich mit den neuen Bundesländern (NBL) kann die Abbildung vermitteln. (Vgl. Abb. 3)

Im Verlaufe von drei Jahren ist der (absolute wie relative) Umfang der für die Wissenschaft und Forschung bereitgestellten personellen Ressourcen in allen Nachfolgestaaten drastisch zurückgegangen. Dieser „Übergang" in ein neues FuE-Regime ist vielmehr mit einem „Abbruch" verbunden. Das sich ergebende neue 'Plateau' muß nicht unbedingt erst bei 20 bis 30 Prozent wie in Ostdeutschland liegen; es ist jedoch auch nicht auszuschließen, daß es in einigen Ländern noch niedriger sein wird. (Meske/Nadiraschwili, 1994)

Verschärft wird die Krise in der Wissenschaft durch die rasche Überalterung des Wissenschaftspersonals, da junge Leute abwandern und der wissenschaftliche Nachwuchs fehlt. Der rasche Verfall des sozialen Prestige der Forschungstätigkeit führt dazu, daß sie für die Jugend nicht anziehend ist. Unter den gegebenen Bedingungen erlangen strukturelle und personelle Veränderungen in den Gruppen von Spitzenwissenschaftlern und Nachwuchstalenten große Bedeutung, da insbesondere zum einen erfahrene und ausgewiesene Wissenschaftler durch Emigration, Berentung, Übernahme anderer, auch politischer Funktionen, sowie zum anderen junge Wissenschaftler durch freiwilligen Übergang in die Wirtschaft und andere Tätigkeitsbereiche überproportional die Wissenschaft verlassen.

Das Tempo bei der Kürzung der Zahl von Wissenschaftlern in verschiedenen Sektoren der Wissenschaft war sehr unterschiedlich. Wenn in den ersten Jahren die Kürzungen im Wirtschaftssektor erfolgten, so erreichten sie danach in geringerem Maße den Hochschulsektor und im letzten Jahr auch den Akademiesektor. Die Kürzungen erfolgen vor allem im Wirtschaftssektor, hervorgerufen durch die schwere Wirtschaftskrise im Zuge des Abbruchs alter Wirtschaftsbeziehungen und (noch) nicht als Auswirkungen einer Privatisierung und Sanierung von Betrieben. Das niedrige Tempo des Personalabbaus im Akademiesektor wird damit erklärt, daß für den Personalerhalt in den Akademieinstituten die Praxis verbreitet ist, über mehrere Monate unbezahlte Urlaube zu gewähren, ganze Abteilungen auf halbe Gehälter umzusetzen usw. Dadurch können die Wissenschaftler ihren Arbeitsplatz im Institut formell erhalten und gleichzeitig eine nicht mit der Forschung verbundene Nebentätigkeit ausüben.

Wie die Ergebnisse einer soziologischen Befragung in Instituten der AdW der Ukraine zeigten, haben mehr als 36% der befragten Forscher zusätzliche Verdienstquellen. Dabei ist nur ein geringer Teil der Nebenbeschäftigungen mit dem Hauptberuf verbunden. (Malizkij/Nadiraschwili, 1995)

Exodus. Dazu kommt das Problem der sprunghaft angewachsenen Emigration der wissenschaftlichen Elite ins Ausland als Folge der drastischen Reduzierung der staatlichen Finanzierung für die Wissenschaft und der liberalen Handhabung von Ausreiseanträgen. Dies trifft zur Zeit insbesondere auf Rußland zu. Nach offiziellen Darstellungen sind in den Jahren 1990 - 1993 aus Rußland einige Tausend Spitzenwissenschaftler (Mathematiker, Physiker, Biologen) ausgereist. Allein in die USA sind 4500 Spitzenwissenschaftler ausgereist. Relativ hoch ist der Anteil von emigrierten Spitzenwissenschaftlern aus führenden, international anerkannten Instituten der AdW (1992 = 800). Ein ernsthafteres Problem stellt die Emigration von ganzen Forschungsgruppen bzw. Kernstücken von Forschungsgruppen aus einzelnen Instituten dar, so daß es zur Einstellung der Arbeiten in einzelnen Forschungsrichtungen kommt. Unabhängige Experten sprechen von einer weitaus größeren Zahl und gehen davon aus, daß aus der ehemaligen UdSSR im Jahre

1989 ca. 30.000 Wissenschaftler ausgereist sind, im Jahre 1990 ca. 100.000 Wissenschaftler und in den letzten Jahren soll die Zahl der Ausgereisten die 200.000-250.000 erreicht haben.(Nauka Rossii1992) Das Ausmaß der Migration in anderen Staaten ist im Vergleich zu Rußland gering, wenngleich die Zahl der „potentiellen Migranten" hoch ist.

Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise in den Ländern der ehemaligen UdSSR hat sich der für die Entwicklung der Wissenschaft notwendige internationale Austausch von Wissenschaftlern in eine Einbahnstraße von Ost nach West verwandelt. Die Frage, inwieweit es wahrscheinlich ist, daß die wissenschaftliche Elite zurückkehrt oder die negativen Auswirkungen der Emigration sich auf längere Sicht wiederum günstig auf die Erweiterung und Intensivierung der internationalen Beziehungen auswirkt, bleibt offen - die Zukunft wird es zeigen.

Und schließlich noch einige Anmerkungen zur Rüstungsforschung in der UdSSR. Ein ebenfalls alle Länder, jedoch sehr unterschiedlich betreffendes Problem stellt die Konversion bzw. die Reduzierung des Rüstungssektors dar, die sich auch auf die Wissenschaft stark auswirken wird. Das Ausmaß solcher Veränderungen wird daran deutlich, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Bestandteil der Militärausgaben (1989) waren, immerhin 35,6 Prozent der gesamten Aufwendungen für die Wissenschaft ausmachten. Schwerpunkte der Rüstung lagen und liegen in Rußland, aber auch in der Ukraine, in Weißrußland und in Kasachstan, wo sich z. B. der Weltraumbahnhof Baikonur und das Atomwaffentestgebiet Semipalatinsk befinden.

Die Rüstungsforschung (RF) bildete einen besonderen überdimensional großen und hochentwickelten Bereich der sowjetischen Wissenschaft. Im Rüstungssektor wurde ein eigenes gesondertes System zur Absicherung mit Personal, Forschungstechnik und Finanzmitteln geschaffen. Eine solche Entwicklung zerstörte von Grund auf die Proportionen zwischen dem militärischen und zivilen Bereichen der Wissenschaft zugunsten des ersteren und deformierte die gesamte Wissenschaftsstruktur. Die Grundlage für die RF bildete ein Netz von „geschlossenen Forschungsinstituten und Konstruktionsbüros" des militärisch-industriellen Komplexes, die weitgehend isoliert unter strenger Geheimhaltung arbeiteten. Dadurch waren Austauschbeziehungen und insbesondere spin-off-Effekte der RF für die zivile Forschung und Produktion völlig ausgeschlossen. Die RF verfügte über eine besondere Quelle der Zuführung von Nachwuchswissenschaftlern durch das System der Elitehochschulen, die für die Ausbildung hochqualifizierter junger Spezialisten sorgten. Eine Reihe von Forschungsbereiche an solchen Hochschulen wurden dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt.

Im Rüstungssektor Rußlands wurden 1992 im Vergleich zu 1990 die finanziellen Mittel für die Forschung um 60 Prozent gekürzt. Dies zeugt davon, daß die allgemeine Krise der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR unmittelbar einen noch vor nicht allzu langer Zeit priviligierten Bereich der Wissenschaft erfaßt hat.

Ausblick

Der bisherige komplizierte Transformationsprozeß des „sowjetischen Modell der Wissenschaftsorganisation" in den Ländern der ehemaligen UdSSR verläuft sehr vielfältig und äußerst widersprüchlich. Drei Jahre lang verfolgte man in diesen Ländern die sogenannte „Strategie des Überlebens von Wissenschaft und Forschung". Mit ihr soll von den bisherigen Forschungslandschaften in einzelnen Ländern ein leistungsfähiger Kern des Wissenschaftspotentials erhalten werden. Die praktische Umsetzung dieser Strategie erfolgte in chaotischer und inkonsequenter Weise, ohne klare Konzeption und ähnelte eher dem für die Wissenschaft gefährlichen Prozeß des Selbstlaufes und der Selbstzerstörung, der in eine unkontrollierbare Dynamik mündet.

So ist in diesen Ländern seit 1991 unter den Bedingungen eines nur geringfügigen Wandels der institutionellen Strukturen und des Leitungssystems (mit Ausnahme der baltischen Staaten) die Finanzierung der Wissenschaft drastisch gekürzt worden und die Zahl der Wissenschaftler ist stark zurückgegangen. Die Umbruchserscheinungen sind z.T. so gravierend und weisen in der Tendenz auf eine langwierige Krise, daß die Gefahr besteht, daß sich einige dieser Länder in ein Gebiet wissenschaftlichen und technologischen Notstandes verwandeln, dessen soziale Folgen über die Grenzen der betroffenen Länder hinaus wirken können. Schon jetzt sind die aus der Emigration von Wissenschaftlern und der Abwanderung von Rüstungsexperten in Entwicklungsländer ausgehenden Gefahren ersichtlich.

Die Tatsache, daß Spitzenwissenschaftler - wie international anerkannte Leiter von Forschungsprojekten und Forschungsgruppen - für immer oder längerfristig auf Vertragsbasis das Land verlassen, führte dazu, daß leistungsfähige Forschungsgruppen und erfolgversprechende Netzwerke aufgelöst werden müßen. Dies schwächt in entscheidendem Maße die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems und seine Funktion als innovative Kraft für gesellschaftliche Veränderungen. Demzufolge führt ein geschwächtes oder zerstörtes nationales Wissenschaftspotential unweigerlich zu einer längerfristigen wirtschaftlichen Schwächung des betreffenden Landes.

Eine realistische Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes und die Analyse der strukturellen und kognitiven Veränderungen in den Wissenschaftssystemen der Nachfolgestaaten der UdSSR kann nur gelingen, wenn man folgendes berücksichtigt:
- die historische „innere strukturelle Dynamik" und den gravierenden Faktor des Zerfalls des einheitlichen Wissenschaftssystems der ehemaligen UdSSR;
- die schon früher existierenden und sich heute verstärkenden quantitativen und qualitativen Unterschiede und Besonderheiten in den Wissenschaftssystemen;
- den langfristigen Charakter des Transformationsprozesses der Wissenschaft in den Nachfolgestaaten, der nicht mit einer kurzfristigen einmaligen Umstrukturierung und Reorganisation des Wissenschaftssystems beendet sein kann.

Bezüglich der mittelfristigen Entwicklung läßt sich ein erstes spezifisches und gemeinsames Merkmal der Veränderungen

erkennen: Die gegenwärtige Transformation in den Ländern der ehemaligen UdSSR ist mit einer drastischen Reduzierung des Umfangs der für die Wissenschaft und Forschung eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen verbunden. Der Charakter der mittelfristigen strukturellen Veränderungen in den Wissenschaftssystemen der Nachfolgestaaten wird vom Stellenwert der Wissenschaft in der Transformationsgesellschaft und vom Tempo und dem Grad der Radikalität der politischen und wirtschaftlichen Reformen bestimmt, die in den betreffenden Ländern durchgeführt werden.

Alexander Nadiraschwili, Dr., ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Literaturverzeichnis:

Kontorovich, V. 1994: The future of the Soviet science, in: *Science and Public Policy*, Volume 23, number 2, March, p. 113-123, England

Kristapsons, J., Tiunina, E. 1993: Quantitative Indikators of Latvian Scientific Produktion, Riga

Malizkij, B. 1993: Razvitie nauki i transformazija obscestva: konzepzija dlja Ukrainui, in: *Nauka i Naukovedenie,* Nr. 1-2, Kiew, S. 13-26

Malizkij, Boris und Alexander Nadiraschwili 1995: „Die Umgestaltung des Wissenschaftsystems der Ukraine im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Transformation", in: Renate Mayntz, Uwe Schimank, Peter Weingart (Hrsg.) „Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme", Verlag Leske & Budrich (Opladen)

Meske, Werner und Alexander Nadiraschwili 1994: Umbruch der Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa in: Meinolf Dierkes und Wolfgang Zapf (Hrsg.): Institutionendynamik und Institutionenvergleich, WZB-Jahrbuch 1994, Berlin, Sigma,S.349-376

Mindeli, L.(Hg.) 1992: Nauka v SSSR: Analiz i Statistika, RAN, Moskau

Mirskaja, E., 1993: Problema spravedlivosti v sovetskoj nauke, in: *Vestnik RAN,* Bd.63, Nr. 3, Moskau, S.195-202

Nadiraschwili, Alexander 1994: Die Transformation der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR. WZB, P 94 - 401

Nadiraschwili, A. 1994: „Sovetskaja model' nauki" v uslovijach perechoda k demokratii i rynku (Das „sowjetische Wissenschaftsmodell" unter den Bedingungen des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft), in: *Nauka i naukovedenie* Nr. 1-2, Kiew, S. 47-56

Nauka Rossii 1992: Nauka Rossii segodnja i zavtra. Rossiskaja Akademija Nauk, Analiticeskij centr po problemam social'no-ekonomiceskogo i naucno-techniceskogo razvitija, Moskau

OECD (Hg.) 1993: Rossijskaja Federazija:
Naucno-techniceskaja i innovazionnaja politika, Ozenocnyj doklad, 30.07.1993, Paris

Rolf Linkohr (Stuttgart):

Das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (ISTC) in Moskau

Vorgeschichte

Als nach dem Fall der Mauer und der Auflösung der Sowjetunion der Kalte Krieg zuende war, erlebte auch der gigantische Rüstungskomplex des einstmals roten Imperiums einen tiefen Einschnitt in seiner langen Geschichte. Hunderttausende Beschäftigter, in der Regel hervorragende Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter, mußten um ihren Arbeitsplatz bangen. Für die Entwicklung und Produktion von Waffen waren auf einmal sehr viel weniger Haushaltsmittel vorhanden. Die internationale Szene hatte sich radikal verändert. Waffentechnik schien keine Zukunft mehr zu haben.

Am 31.Juli 1991 schlossen die USA und die Sowjetunion die seit neun Jahren geführten Verhandlungen über eine Verringerung ihrer strategischen Waffen (START - Strategic Arms Reduction Talks) erfolgreich ab. Der als START I in die Außenpolitik eingegangene Vertrag soll während einer sieben Jahre lang dauernden Übergangszeit das offensive Atomwaffenpotential beider Supermächte verringern. Im sogenannten Protokoll von Lissabon (1992) sagten die inzwischen unabhängig gewordenen Republiken Belarus, Kasachstan und Ukraine zu, daß sie dem Vertrag beitreten, ihre Atomwaffen beseitigen und in kürzester Zeit den Nichtverbreitungsvertrag (Non Proliferation Treaty - NPT) unterzeichnen werden. 1993 wurde mit START II ein weiterer Schritt getan, als sich Rußland und die USA verpflichteten, ihr strategisches Nuklearpotential weiter zu verringern. Beide Seiten sollen künftig nicht mehr als 3000 bis 3500 strategische Atomwaffen besitzen, davon nicht mehr als 1750 auf Unterseebooten. Als Datum wurde der 1. Dezember 2003 festgelegt. Falls die USA den Russen finanziell unter die Arme greifen würden, sollte die Zerstörung der Waffen bereits bis 31.Dezember 2000 erfolgen.

Das neue Vertrauensklima hat Anfang 1993 mit der Chemiewaffenkonvention (Chemical Weapons Convention - CWC) ein weiteres Abkommen ermöglicht. Es sieht die weltweite Ächtung aller Chemiewaffen vor und bestimmt Überwachungsmaßnahmen für Entwicklung, Produktion und Lagerung. 180 Tage nach Ratifizierung durch 65 Staaten soll es inkraft treten.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes fiel mit dem Ende des irakisch-iranischen

Krieges zusammen. Der internationale Waffenhandel - 1991 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI noch 22 Mrd $ wert - fiel im kommenden Jahr um ein Viertel. Die ehemalige Sowjetunion, größter Lieferant an konventionellen Waffen, war von diesem Rückgang besonders betroffen. So waren plötzlich viele Fabriken ohne Arbeit, ganze Regionen standen vor dem wirtschaftlichen Niedergang. Außerdem bestand die Gefahr, daß Experten für Massenvernichtungswaffen aus der ehemaligen Sowjetunion Angebote aus Ländern entgegennehmen könnten, die insgeheim selbst an diesen Waffensystemen arbeiteten. Libyen, der Irak, Pakistan, Indien oder Nordkorea wurden als mögliche Interessenten genannt.

In dieser Zeit des Umbruchs entstand die Idee, die Waffenexperten mit friedlichen Aufgaben zu betrauen, so daß sie ihre Erfahrung und ihr Wissen verwerten könnten, ohne in eines der genannten Länder abwandern zu müssen. Daran hatten besonders die ehemaligen Gegner der Sowjetunion - die USA, Japan und Europa - großes, ja existentielles Interesse. Am 27.November 1992 wurde so das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (IWTZ; engl. ISTC = International Science and Technology Centre) in Moskau gegründet, um Waffentechnikern die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten friedlich zu nutzen. Das Angebot galt den GUS-Staaten und Georgien, das damals nicht der GUS angehörte.

Finanziert wird das ISTC durch die USA (25 Mio $), Japan (17 Mio $) und die Europäische Union (20 Mio ECU, also etwa auch 25 Mio. $). Rußland stellt die Infrastruktur (Gebäude, Unterhaltung, Versorgung, etc.) zur Verfügung. Nachdem am 1.Januar 1995 die Europäische Union um drei Staaten erweitert wurde, gehören von nun an auch Österreich, Finnland und Schweden zu den Vertragspartnern. Außerdem hat Kanada sein Interesse bekundet. Auf Seiten der östlichen Partner sind Belarus, Armenien und Georgien dem ISTC-Vertrag zwischenzeitlich beigetreten. Kasachstan gehört seit dem 1. 1. 1995 ebenfalls zu den Teilnehmern.

Anlaufschwierigkeiten

Während die westlichen Vertragspartner den Vertrag bis Ende 1992 unterschrieben hatten, haben die Russen bis heute nicht ratifiziert. Der Vertrag ist deshalb formal bis heute nicht inkraft getreten. Verfassungsrechtliche Probleme in Rußland, Kompetenzgerangel zwischen Präsident Jelzin und dem Parlament, aber auch politische Auseinandersetzungen über einen vermeintlichen Ausverkauf des wissenschaftlichen Potentials Rußlands verhinderten bislang eine Ratifizierung. Um trotzdem mit der Arbeit beginnen zu können, wurde dann am 27. Dezember 1993 von den vier Partnern ein Protokoll unterzeichnet, das wenigstens eine provisorische Anwendung des Vertrags erlaubt. Ohne Ratifizierung durch die Duma, nur mit der Unterschrift des Präsidenten Jelzin versehen, trat der Vertrag dann am 2.März 1994 inkraft.

Zwei wertvolle Jahre waren so verstrichen. In der Zwischenzeit erlebte die russische Wissenschaft einen weiteren Aderlaß. Viele Fachleute haben die Laboratorien der geringen oder nicht ausbezahlten Gehälter wegen verlassen, andere sind abgewandert. Wohin, das wissen wohl - wenn überhaupt - nur die Geheimdienste. Zuweilen arbeiten sie auch im Auftrag westlicher Firmen, doch dürfte ihre Zahl eher gering sein.

Organisationsstruktur

Immerhin, das ISTC konnte nun seine Arbeit aufnehmen. Im März und Juni 1994 nahm der Direktionsausschuß (Governing Board) seine Arbeit auf. Das Zentrum erhielt ein Statut und legte die Haushaltsregeln fest. Für die kommenden zwei Jahre ist das Zentrum in der Luganskaier Strasse 9, im Gebäude des Instituts für Stoßtechnik, untergebracht.

Das Zentrum ist eine selbständige zwischenstaatliche Organisation. Es ist eine eigene Rechtspersönlichkeit und verfügt über entsprechende Privilegien in Rußland und in der Europäischen Union. Seine Organe sind das Sekretariat, der Direktionssausschuß und ein wissenschaftlicher Beirat. Im Direktionsausschuß hat jeder der vier Partner jeweils eine Stimme, doch werden die Beschlüsse nach Möglichkeit im Konsens gefaßt.

Das Sekretariat besteht aus einem Leitenden Direktor und drei Stellvertretern. Sie werden von 18 Mitarbeitern unterstützt. Hinzu kommen drei Abteilungsleiter für Verwaltung, Finanzen und Beschaffung. Ihnen stehen weitere 13 Mitarbeiter zur Seite. Das ist alles in allem kein aufgeblähter Apparat, bedenkt man die komplizierte Struktur mit vier internationalen Partnern. Der Direktionsausschuß wählt die Projekte aus. Ausschlaggebend für die Auswahl sind wissenschaftliche Qualität und die Zustimmung des Staates, auf dessen Territorium das Projekt durchgeführt wird. Artikel VIII des ISTC-Vertrags erlaubt den Projektteilnehmern der Staaten, die ein bestimmtes Projekt mitfinanzieren, volle Einsicht, d.h. auch Besichtigung des Projekts. Transparenz ist also Grundvoraussetzung der Zusammenarbeit.

Die Forschungsarbeiten sollen in einem Bezug zu einem der drei folgenden Gebiete stehen:
- Umweltschutz
- Energieerzeugung
- Nukleare Sicherheit

Für die ersten zwei Jahre stehen 65 Mio $ für Projekte in der Russischen Föderation und anderen GUS-Staaten zur Verfügung. Dabei ist durchaus erwünscht, wenn zwischen den ISTC-Projekten und den von TACIS finanzierten Vorhaben ein Zusammenhang hergestellt wird. Zur Erinnerung: TACIS (Technical Assistance for the Community of Independent States, CIS) ist ein EU Hilfsprogramm für die GUS mit einem jährlichen Umfang von etwa 1 Mrd DM.

Westliche Teilnehmer an den Projekten erhalten keine finanzielle Unterstützung, doch genießen sie eine Reihe steuerlicher Vorteile. Außerdem können sie über

die Projekte Einblick nehmen in die Arbeiten der Russen und ihrer Partner. So können neue partnerschaftliche Beziehungen entstehen, die den Übergang zur Marktwirtschaft beschleunigen helfen.

Die Projekte

Auf der Sitzung des Direktionsausschusses am 17./18.April 1994 wurden 23 Projekte aus den Bereichen nukleare Sicherheit, Umweltschutz, Chemie und Laser-Technologie als förderwürdig ausgewählt. Im Juli kamen weitere 54 Projekte hinzu. Nach der letzten Sitzung des Direktionssauschusses am 8./9. Dezember 1994 werden jetzt insgesamt 93 Projekte im Wert von 47 Mio $ finanziert. Sie beschäftigen mehr als 5000 Wissenschaftler und Ingenieure bis zu drei Jahren in Rußland, Belarus und Georgien. Je nach Projekt können alle oder nur einige Partner teilnehmen. So ist die Europäische Union wohl an vielen, aber nicht an allen Projekten beteiligt. Greifen wir ein paar Beispiele heraus:

Projekt Nr.101: Entwicklung einer wissenschaftlichen und methodologischen Grundlage für die Diagnose und Vorhersage des Zustands von Nuklearabfällen auf dem Grund der Barentssee, der Karasee und im Japanischen Meer
Leiter: S. A. Lavkovsky (Nishni-Novgorod); Dauer: 6 Monate
Finanzierung durch EU, USA, Finnland

Projekt Nr.172 Neue Methoden der Laser Diagnostik
Leiter: G. T. Razdobarin, Joffe-Physiko-Technisches Institut (St.Petersburg)
Dauer 3 Jahre; Finanzierung durch EU, Japan

Projekt Nr.245 Entwicklung einer computerisierten Datenbank zur Auswertung der Strahlenbelastung in der früheren Sowjetunion und zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Wiederherstellung und Vorbeugung
Leiter: A. A. Iskra, Forschungsinstitut für Chemische Technologie (Moskau)
Dauer: 2 Jahre; Finanzierung durch die EU

Diese wenigen Beispiele zeigen zum einen, daß die Projekte eine begrenzte Laufzeit haben, nach der sie bewertet und gegebenfalls auch verlängert werden können. Zum zweiten ist ersichtlich, daß die Projektnehmer von Fall zu Fall verschieden sind. Diese Flexibilität erlaubt eine genaue Zielbestimmung. Teilnehmer sind nur solche Institute, die zum Gelingen des Projekts beitragen. Im Idealfall sind damit Gefälligkeiten ausgeschlossen. Zum dritten ist ersichtlich, daß im Vordergrund durchaus praktische Probleme stehen, die zur negativen Hinterlassenschaft der früheren Sowjetunion gehören, wie die radioaktive Verseuchung, Reaktorsicherheit, gesundheitliche Schäden, etc. Andere, hier der Kürze wegen nicht aufgeführte Projekte beschäftigen sich aber auch mit fortschrittlichen Themen der Energietechnik, der Lasertechnologie, der Informatik oder der Luft- und Raumfahrt. Auch chemische und biologische Fragestellungen werden behandelt, wie etwa die chemische Sicherheit der Biosphäre, die Entwicklung eines Umweltmeßsystems, die Entwicklung von Arzneimitteln oder die Anwendung eines militärischen Infrarot-Lasers in der Zahnmedizin. Mit anderen Worten, es wird sehr konkret der Versuch unternommen, militärisches Know-how nutzvoll im zivilen Bereich anzuwenden, bzw. fortzuentwickeln.

Damit aus dieser Form der Konversion aber kein wirtschaftlicher Flop wird, müßte möglichst bald damit begonnen werden, das neu gewonnene Wissen und die erlernten Fähigkeiten wirtschaftlich zu nutzen. Im Prinzip ist dies in den Statuten des ISTC vorgesehen, wenn etwa in Artkel III explizit der private Sektor als Kooperationspartner angesprochen wird. Eine unternehmerische Begleitung, eine Anleitung zur Gründung von eigenen Unternehmen mit Unterstützung durch das TACIS-Programm oder durch die Londoner EBRD (European Bank for Recovery and Development) könnte kein Fehler sein. Nur so kann ein neuer High-Tech-Sektor in der GUS entstehen.

Perspektiven

Das ISTC ist ein einmaliges Experiment. Von seinem Gelingen wird abhängen, ob wir tatsächlich in der Lage sind, eine internationale Rüstungskonversion in der Praxis zu verwirklichen. Das Moskauer Zentrum könnte längerfristig sogar zum Ausgangspunkt weiterer Ableger werden, um auch anderswo mit internationaler Hilfe militärisch genutztes Wissen einem friedlichen Zweck zuzuführen. Dazu müssen noch einige Hindernisse ausgeräumt werden, die vor allem von den Regierenden in Moskau, aber auch im Westen aufgetürmt wurden.

Als größtes Hindernis könnte sich die Verschlechterung des Klimas zwischen Moskau und dem Westen wegen des anhaltenden Interventionskrieges im Kaukasus herausstellen. In seiner Folge könnte das Interesse Rußlands am ISTC abnehmen. Auch im Westen könnte die Bereitschaft nachlassen, Rußland zu helfen. Versuche in diese Richtung gab es bereits, als etwa die Grünen im Europäischen Parlament gefordert haben, die russische Regierung durch Kürzung der TACIS-Mittel unter Druck zu setzen. Doch aller Erfahrung nach würde eine solche Verweigerung des Westens nur die Falschen treffen.

Es gibt aber auch praktische Probleme. Dazu gehört die Finanzierung von vielen Einzelprojekten in einem Land ohne stabile Währung, ohne Banken mit Devisenkonten. Um die Wissenschaftler nicht nur mit immer wertloseren Rubelscheinen oder Koupons abzuspeisen, muß ein Teil ihres Gehalts in Dollars oder anderen Devisen bezahlt werden. Offenbar wird dies auch versucht. Denn nur so kann unterbunden werden, daß sich einige wenige durch Tauschhandel problemlos bereichern, während andere arbeiten.

Ob das Experiment Erfolg hat, hängt auch von der Fähigkeit des Zentrums ab, mit einem Minimum an bürokratischem Aufwand möglichst vielen Wissenschaftlern eine neue berufliche Per-

spektive zu geben. Das ISTC darf kein westlicher Selbstbedienungsladen werden, wie anfangs TACIS. Vielmehr muß ein Maximum an Mitteln den Wissenschaftlern selbst zugute kommen.

Es wäre im übrigen zu wünschen, daß die angefangenen Öko-Projekte in eine internationale Hilfsaktion einmünden. So könnten zum Beispiel die radioaktiv verseuchten Gebiete um Tschernobyl, Mayak, Nowaya Semlya etc. dank internationaler Kooperation überwacht, ja vielleicht wieder in einen erträglichen Zustand überführt werden. Die Menschen, die dort wohnen, könnten entlastet werden. Manchmal genügt schon wenig, um den Gesundheitszustand zu verbessern. Und die Erfahrungen, die in Rußland gesammelt werden, könnten an anderer Stelle in der Welt genutzt werden. Das ISTC könnte am Anfang einer neuen Zeit stehen, einer globalen Sichtweise, die der sinnlosen Zerstörung von Mensch und Umwelt ein Ende durch solidarisches Handeln setzt. Künftige Themen könnten u.a. auch die Beseitigung anderer Folgen des Kalten Kriegs sein, wie etwa die Renaturalisierung der nuklearen Testgelände, die Beseitigung der vielen Millionen Landminen, die Beseitigung des militärisch nutzbaren Plutonium.

Ob es dazu letztlich kommt, hängt weniger von den Wissenschaftlern selbst ab, als vielmehr von der internationalen politischen Lage. Im Augenblick sieht es leider nicht danach aus, als ob die Aufrüstung durch eine allgemeine Abrüstung abgelöst würde. Vielmehr herrscht der Eindruck vor, als würde lediglich umgerüstet. Schließlich kann man auch mit nurmehr 3000 Atomsprengköpfen die Welt mehrfach vernichten. Und kaum ein Atomwaffenstaat wird auf Dauer seine Atomtests einstellen wollen. Dies wiederum werden andere Staaten zum Vorwand nehmen, um selbst Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. So könnte das ISTC eine schöne Idee bleiben, brauchbar in einer bestimmten Konjunktur der Weltgeschichte, doch ohne Perspektive. Doch das wäre mehr als schade, es wäre die Kapitulation der Vernunft vor dem Irrsinn der Militärs.

Unterstellen wir einmal optimistisch, daß diese Annahme nicht eintrifft, so ist eine andere Entwicklung doch beinahe vorhersehbar. Der Ausstieg aus der nuklearen Rüstung ist auch ein Einstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie. Das einstmals militärisch genutzte Wissen wird in Zukunft zum Bau von Anlagen genutzt, die Strom, nicht aber Bomben produzieren. Ohnehin ist der Nuklearsektor ein rasch wachsender Wirtschaftszweig in den GUS-Staaten. Bereits heute exportiert Rußland nukleare Technik in der Größenordnung von jährlich etwa 1 Mrd $. In wenigen Jahren werden es zwei Mrd $ sein. Rußland wird im Iran den von deutschen Firmen begonnenen Kernreaktor in Bushir fertigstellen. Es wird in China bauen, so wie es den vom Erdbeben zerstörten Kernreaktor in Armenien repariert hat, der in wenigen Monaten wieder ans Netz gehen soll. Und seine Wiederaufarbeitungsfabriken werden weltweit ihre Dienste zu Preisen anbieten, die unter denen der westlichen Anbieter liegen, so wie es bereits mit angereichertem Uran geschieht. Mit anderen Worten, der nukleare Sektor bietet Wissenschaftlern und Technikern längerfristig eine gute Entwicklungsperspektive.

Auch in der Ukraine zeichnet sich eine Industriepolitik ab, die ganz stark auf nukleare Technik setzt. Entwicklungshemmnis ist allein der Mangel an Kapital, nicht aber die Entschlossenheit. Der Presse ist zu entnehmen, daß in Tschernobyl eine Wiederaufarbeitungsanlage errichtet werden soll. Die Ukraine will den Brennstoffkreislauf schließen, um auf Dauer von Rußland unabhängig zu sein.

Damit gehen die GUS-Republiken einen ähnlichen Weg wie China, das sich entschlossen hat, 300.000 (!) Beschäftigte des militärischen Nuklearkomplexes umzuschulen und sie beim Aufbau einer zivilen Nuklearindustrie einzusetzen. Die gewaltigen Energieprobleme, vermutlich auch die Perspektiven einer weltweiten Ab- bzw. Umrüstung haben die Regierung offenbar zu diesem Schritt veranlaßt.

Der Westen wird auf diese Entscheidungen wohl wenig Einfluß haben. Doch könnte er mitwirken, die Probleme dieser Länder rational zu bewältigen. Das ISTC könnte aus einer Konversionseinrichtung durchaus zu einem Forum des Dialogs werden, damit nicht jeder Unsinn, der technisch möglich ist, auch gleich gemacht wird.

Rolf Linkohr, Dr. rer.nat., Dipl.-Phys., ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Europäischen Energie-Stiftung, Straßburg

Dietrich Ratzke (Frankfurt a.M.):

Ein ungewöhnliches Joint-Venture: Das Freie Russisch-Deutsche Institut für Publizistik der Moskauer Lomonossow-Universität

Von den mehreren tausend Journalistikstudenten an der Lomonossow-Universität in Moskau sind mehrere hundert deutschsprachig. Sie bildeten schon immer an der Fakultät eine besondere Gruppe, denn sie verbindet gleiche Ziele: Sie möchten eines Tages bei oder für deutschsprachige Medien oder für deutsche Unternehmen in Rußland als PR-Mitarbeiter tätig werden. Sogleich nach der politischen Wende nahm die Dozentin Dr. Galina Woronenkowa tatkräftig die Gründung eines eigenen Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik in die Hände.

Nach grundsätzlicher Zustimmung durch den Rektor und den Dekan der Universität begann Galina Woronenkowa mit der Partnersuche. Nahezu alle Universitätsinstitute in der Bundesrepublik - alt wie neu - waren von der Idee eines gemeinsamen Instituts in Moskau begeistert. Als es dann um die Realisierung der Idee ging, blieb letztlich nur der gute Wille übrig. Teils haperte es am Geld, teils an den schwierigen bürokratischen Abläufen in den anvisierten Partneruniversitäten.

Auf einer Veranstaltung lernte Galina Woronenkowa Mitarbeiter des F.A.Z.-Instituts für Medienentwicklung und Kommunikation kennen. Deren Geschäftsführer, Dietrich Ratzke, Generalbevollmächtigter der F.A.Z. GmbH, fand sofort Gefallen an der Idee und versprach aktive Mitwirkung bei ihrer Realisierung. Am 21. April 1993 beschlossen die Journalistische Fakultät der Lomonossow-Universität in Moskau, vertreten durch dessen Dekan, Professor J. N. Sassurski, und das F.A.Z.-Institut für Medienentwicklung und Kommunikation GmbH in Frankfurt am Main, vertreten durch dessen Geschäftsführer Dietrich Ratzke, den stufenweisen Aufbau eines Freien Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik (FRDIP).

Nach den Statuten ist das FRDIP eine unabhängige, parteiungebundene wissenschaftliche Non-Profit-Institution. Das FRDIP ist die erste Institution dieser Art in der Geschichte beider Länder. Sein Sitz ist an der Fakultät für Journalistik im alten Gebäude der Lomonossow-Universität gegenüber dem Kreml. Aufgaben und Ziele des FRDIP sind:

- die Aus- und Weiterbildung qualifizierter Journalisten für die russischen und europäischen Medien (einschließlich der Medien der GUS-Länder und Rußlanddeutschen);

- die Aus- und Weiterbildung von Redaktionsfachleuten in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Management- und Medienmarketing bzw. in der Werbung zu ermöglichen;
- die Aus- und Weiterbildung der Journalisten, die über Deutschland bzw. über deutsche Probleme in Rußlandmedien schreiben, zu fördern;
- die russische journalistische Ausbildung in das europäische System zu intergrieren;
- eine Entideologisierung des Lernprozesses in der Journalistik-Ausbildung in Rußland zu gewährleisten;
- die Vertiefung der russisch-deutschen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten zu fördern;
- verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Wisensschaftlern auf dem Gebiet der Publizistik auszubauen und eine Integration zu organisieren;
- eine Hilfe der Fakultäten und Abteilungen für Journalistik der Russischen Föderation bei der Aus- und Weiterbildung der jungen Journalisten, z. B. in Jekaterinburg (früher Swerdlowsk), Rostow am Don, Omsk, Kazan, Woronesh, Petrozawodsk, Tomsk, Chabarowsk zu vermitteln.

Das Institut kümmert sich vor allem auch um den beidseitigen Austausch von Medienwissenschaftlern sowie Journalisten und Studenten und der Bundesrepublik. Es organisiert im Namen seiner Mittel gemeinsame Veranstaltungen.

Die ersten FRDIP-Seminare (Thema: Medien in der Marktwirtschaft) in Moskau begannen mit einer Eröffnungsvorlesung von Dietrich Ratzke am 21. April 1993 vor dem Plenum der Journalistischen Fakultät der Lomonossow-Universität. Die ersten russischen Praktikanten des FRDIP kamen im August 1993 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Deutschland. Im Frühjahr 1994 wurden die ersten FRDIP-Studentinnen und Studenten für Arbeiten über deutsche Medien in Moskau diplomiert.

Zulassung zum Studium

Zu den Aufnahmeprüfungen zugelassen werden Absolventen, die das Abitur an erweiterten Oberschulen, Colleges, Gymnasien und an anderen vergleichbaren Institutionen abgelegt haben und die allgemeine Hochschulzulassung für Deutschland bzw. eine Lizenz von Rußland erlangt haben.

Regeln zum kreativen Wettbewerb, die für die Fakultät für Journalistik der Moskauer Lomonossow-Universität vorgesehen sind, sind gültig für Bewerber des FRDIP. Das Hauptkriterium für den Wettbewerb sind gute Sprachkenntnisse (Deutsch ist obligatorisch). Die Auswahl erfolgt durch eine russisch-deutsche Kommission.

Das Programm des Studiums basiert auf den Studienplänen der entsprechenden Institutionen für Publizistik bzw. Journalistik der deutschen Universitäten. Der Studiengang am FRDIP wird in deutscher Sprache abgehalten. Einige Veranstaltungen werden allerdings in russischer Sprache angeboten. Das Prüfungssystem ist jenem der Bundesrepu-

blik gleichgestellt. Ein integriertes Volontariat ist vorgesehen. Die Absolventen erhalten das europäische Zertifikat.

Das Studium

ist für Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation (Studenten der Moskauer Lomonossow-Universität) kostenlos. Bewerber aus anderen Ländern müssen Studiengebühren bezahlen. Von den zur Verfügung stehenden Plätzen müssen, genau wie in Deutschland, maximal sechs Prozent an ausländische und staatenlose Antragsteller vergeben werden (nicht mehr als drei Plätze).

Das FRDIP wurde offiziell in einer akademischen Feier am 18. Oktober 1994 eröffnet. Der Botschafter der Bundesrepublik in Rußland, Otto von der Gablentz, durchschnitt gemeinsam mit dem Dekan der Journalistischen Fakultät, Professor Sassurski, symbolisch das Band im Eingang zum FRDIP. Der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche segnete das Institut - eine ein- und erstmalige Zeremonie in der Moskauer Universität seit Übernahme der kommunistischen Macht.

Die notwendigen Mittel für das Institut stammen aus Spenden und Zuwendungen von Stiftungen und anderen Institutionen.

Im Laufe des Jahres 1995 wird ein wissenschaftlicher Beirat berufen, der paritätisch von russischen und deutschen Medienwissenschaftlern besetzt sein wird. Hierzu gehören von deutscher Seite Professor Lerg, Leiter des Instituts für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, Professor Rager, Institut für Journalistik an der Universität Dortmund, und Professor Wilke, Institut für Publizistik, Mainz.

Die Gründung einer ähnlich konstruierten Institution an der Lettischen Staatsuniversität Riga ist in Vorbereitung.

Das Freie Russisch-Deutsche Institut für Publizistik wird unterstützt von
- Akademie für Publizistik Hamburg
- Bundespresseamt
- Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
- BRD-Botschaft in Rußland
- Deutsch-Russisches Forum e.V.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
- Institut für Journalistik der Universität Dortmund
- Institut für Journalistik und Management der Hochschule für Musik und Theater Hannover
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- RIA "Novosti"
- Swjato-Daniloff-Kloster/ Moskauer Patriarchie

Die Gründung des Freien Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik erfolgte zufällig und zeitgleich mit einem ähnlichen Institut für die französisch-sprachigen Journalistikstudenten. Dieses Institut wird von der französischen Tageszeitung Le Monde unterstützt.

Die Gründung dieser Institute hat besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des Wandels in der russischen Hochschullandschaft. Der tiefgreifenden Irritation über Lehrgegenstände und Lehrziele sowie die wirtschaftlichen Probleme folgt die Gründung einer Anzahl von privaten Universitäten. Die Qualifikation dieser Institutionen ist völlig ungeklärt und auch ihre Wirkungen auf die künftige wissenschaftliche Ausbildung in Rußland.

Der Schritt der Lomonossow-Universität, mit privatwirtschaftlichen Institutionen wie dem F.A.Z.-Institut oder Le Monde zu kooperieren, hat sicherlich auch das Ziel, diesen privatwirtschaftlichen Aktivitäten im Universitätsbereich zu begegnen. Daß sie sich bei dieser Kooperation höchst renommierter Publikationsorgane aus Westeuropa bedient, spricht für das anhaltende Qualitätsbewußtsein der Lomonossow-Universität.

Wie sind die Aufgaben zwischen dem F.A.Z.-Institut und der Journalistischen Fakultät geteilt? Die Lomonossow-Universität stellt Raum, allgemeine universitäre Infrastrukturen sowie Lehrkräfte zur Verfügung. Das F.A.Z.-Institut besorgt in Deutschland Drittmittel, um das Institut zu unterhalten. Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Journalistischer Fakultät und F.A.Z.-Institut gab es bisher lediglich im Rahmen der üblichen Schwierigkeiten von Joint-Ventures: Hier und da Behinderungen aus undefinierbarer Richtung, hier und da bürokratische Schwierigkeiten, hier und da ein wenig Neid auf das neue Institut mit DM-Quellen. Hier und da auch mal Ärger über fünf gestohlene Kartons Champanskoye kurz vor der Eröffnungsfeier usw. Demgegenüber aber die selbstlose Einsatzbereitschaft aller Beteiligten, Galina Woronenkowa an der Spitze, aber auch des Dekans und vor allem der Studenten selber.

Ein großes inhaltliches Problem für das Institut wird es sein, den Eindruck zu vermeiden, daß lediglich Können und Erfahrung einseitig von Deutschland nach Rußland transportiert werden. In welchem Umfang jedoch Erfahrung und Können der russischen Journalistik-Wissenschaftler auch auf die Reise in die umgekehrte Richtung geschickt werden können, wird sich herausstellen. Hier ist zunächst natürlich an eine wechselseitige Aufarbeitung der historischen Spezifika in den beiden Ländern gedacht, vor allem auch der vormaligen Sowjetunion. Ein erstes wissenschaftliches Forum zum Thema "Sowjetische und deutsche Medien im Zweiten Weltkrieg" ist für das Frühjahr geplant.

Dietrich Ratzke ist Geschäftsführer der Institut für Medienentwicklung und Kommunikation GmbH Frankfurt a.M.

Eduard Mühle (Bonn):

Die rechtlichen Grundlagen der ungarischen Hochschulreform

1. Vorbereitung und Verabschiedung des ungarischen Hochschulgesetzes

Als zu Beginn der 1980er Jahre der wachsende Reformdruck in der ungarischen Gesellschaft auch zu einer Belebung der ungarischen Hochschulpolitik führte, konnten die Reformbestrebungen an Vorschläge und Modelle anknüpfen, die bereits ein Jahrzehnt zuvor entwickelt, damals aber aufgrund politischen Drucks abgebrochen bzw. nicht oder nur teilweise verwirklicht werden konnten. Auch bei diesen erneuerten Bemühungen einer Hochschulreform handelte es sich um eine "von oben" initiierte Reform. Von den vorherigen Versuchen unterschied sie sich jedoch bereits in einem wesentlichen Punkt: Erstmals kam es zu einer maßgeblichen Beteiligung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Repräsentanten am Diskussionsprozeß und seinem Ergebnis - dem neuen Bildungsgesetz des Jahres 1985. Den sich im Verlauf der 1980er Jahre immer deutlicher artikulierenden Ansprüchen der Hochschulen auf eine echte autonome Selbstverwaltung und Interessenvertretung sowie ihren Vorstellungen von einer richtigen Organisationsreform konnte aber auch das neue Bildungsgesetz letztlich noch nicht Rechnung tragen.[1] Trotz seiner vergleichsweise weitreichenden Liberalisierungen, insbesondere im Bereich der Lehrplangestaltung und der zentralistischen, überadministrierten Leitung des Hochschulwesens, die in Mittel- und Osteuropa zum damaligen Zeitpunkt nur in Polen eine gewisse Parallele fanden, konnte es noch immer keine systemsprengende Wende herbeiführen.

Mußten die Reform "von oben" insofern zwangsläufig scheitern, so begannen einzelne Hochschulen auf der Grundlage des neuen Bildungsgesetzes gleichwohl seit 1987/88, "von unten" Reforminitiativen zu entwickeln. Schon im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion über das Bildungsgesetz hatten sich Ansätze einer eigenständigen Interessenvertretung der Hochschulen herausgebildet. In der Atmosphäre des wachsenden Krisendrucks und der nicht erfüllten Reformerwartungen verstärkten sich diese Tendenzen und gewannen bald eine unerwartete Eigendynamik. So formierten sich bereits 1987 die Rektoren der Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus in einem informellen Zusammenschluß zu einer landesweiten "Ungarischen Rektorenkonferenz", die rasch wachsenden Einfluß auf die Hochschulpolitik zu nehmen begann. Im März 1988 konstituierte sich mit der unabhängigen Gewerkschaft der Wissenschaftler (TDDSZ) der erste unabhängige Interessenverband der ungarischen Wissenschaftler und Hochschullehrer. Gleichzeitig begannen sich die Studierenden zu organisieren. Im September 1988 kam es an der Philosophischen Fakultät der Universität Szeged zu einem ersten Studentenstreik, auf den am 23. und 24. November eine das ganze Land umfassende Solidaritätsdemonstration folgte. Aus dieser Studierendenbewegung erwuchs zu Beginn des Jahres 1989 der "Nationale Hochschulverband zum Schutz der Interessen" (OFÉSZ), eine Dachorganisation der studentischen Selbstverwaltungen, die im April 1990 auf einem turbulenten Hochschulforum radikale Reformpläne verkündete, die u. a. eine vollständige Strukturveränderung der Hochschulen, eine deutliche Erhöhung der staatlichen Zuwendungen für den Hochschulbereich sowie eine gewählte studentische Drittelparität in den Hochschulräten forderte.[2] Noch ehe sich die herrschende Sozialistische Arbeiterpartei im Herbst 1989 in eine linke Volkspartei umwandelte und die am 23. Oktober 1989 verkündete neue Verfassung der Republik Ungarn den politischen Systemwechsel endgültig besiegelte brachten diese Initiativen neue Bewegung in die staatliche Hochschulpolitik.

Die neue Verfassung garantierte die Freiheit der Forschung und Lehre.[3] Nun galt es, möglichst rasch auch die gesetzlichen Grundlagen des Hochschulsystems mit der neuen Verfassung und den grundlegend veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Einklang zu bringen. Da dies einstweilen im Rahmen des alten Institutionengefüges zu geschehen hatte, beschränkte man sich zunächst auf einen provisorischen Anlauf. In einer Novellierung des geltenden Bildungsgesetzes wurden am 1. März 1990 vor allem all jene Rechtsvorschriften beseitigt, die an die alten sozialökonomischen Strukturen gebunden waren. Des weiteren wurden erstmals die rechtlichen Grundlagen zur Gründung von Privathochschulen geschaffen und die staatlichen Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen auf ein notwendiges Minimum begrenzt.[4] Eine grundlegende organisatorische Veränderung des Hochschulsystems war mit der Novellierung aber noch nicht verbunden. Diese sollte einem umfassenden Hochschulgesetz vorbehalten bleiben, dessen Erarbeitung Aufgabe der aus den am 25. März und 8. April 1990 durchgeführten ersten freien Wahlen hervorgegangenen Regierung sein sollte.

Mit den Arbeiten an einem ersten Entwurf eines besonderen Hochschulgesetzes - des ersten in der ungarischen Hochschulgeschichte überhaupt - wurde im Herbst 1990 begonnen. Das Bildungsministerium beauftragte eine aus Hochschulvertretern zusammengesetzte Kommission mit der Ausarbeitung einer ersten Konzeption, die im Februar 1991 vorlag und sowohl in den Hochschulen als auch in der breiten Öffentlichkeit eingehend diskutiert wurde.[5] Zu den Leitmotiven der Gesetzeskonzeption gehörten eine allgemeine Anhebung

der Standards des ungarischen Hochschulsystems und seine Anpassung an die westeuropäischen Normen; letzteres vor allem mit Blick auf einen mittelfristig angestrebten Beitritt Ungarns zur Europäischen Gemeinschaft. Des weiteren ging die Konzeption von der Notwendigkeit einer deutlichen Anhebung der Studierendenzahlen und der Schaffung unabhängiger kompetenter Institutionen der Hochschulpolitik und -verwaltung aus, die künftig den Primat der wissenschaftlichen Qualität garantieren sollten. Die Modernisierung und Flexibilisierung des institutionellen Hochschulnetzes, die Gewährung weitreichender Hochschulautonomie und die Rückgabe des Promotionsrechtes an die Universitäten waren die weiteren Kernpunkte der konzeptionellen Überlegungen für das neue Hochschulgesetz.

Unter Berücksichtigung der eingegangenen Kommentare, Ergänzungs- und Änderungsvorschläge wurde im Anfang 1992 ein erster kodifizierter Hochschulgesetzentwurf formuliert. Das größte Problem bei der Ausarbeitung des Gesetzestextes ergab sich aus dem Umstand, daß gleichzeitig eine Reihe anderer, das Hochschulwesen berührender Gesetze erarbeitet werden mußten: ein allgemeines Bildungsgesetz, ein Berufsbildungsgesetz, ein Akademiegesetz, ein Patentgesetz, Gesetze über verschiedene Forschungsförderungsfonds, ein Gesetz über den Öffentlichen Dienst, ein Arbeitsgesetz. Solange diese Gesetze nicht verabschiedet waren, mußte der Hochschulgesetzentwurf zwangsläufig in einer fließenden rechtlichen Umgebung entstehen.[6]

Parallel zu den Arbeiten am Hochschulgesetz wurde im Verlauf des Jahres 1992 auf Initiative der Rektorenkonferenz von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Leitung des Finanzministeriums und der Rektorenkonferenz ein neues mittelfristiges Hochschulentwicklungskonzept erarbeitet. Das noch im gleichen Jahr als Kompromiß aller beteiligten Seiten verabschiedete Konzeptpapier forderte eine deutliche Erhöhung der Studierendenzahlen, eine mittelfristige institutionelle Reintegration des Hochschulsystems durch die Schaffung von übergreifenden Universitäts- und Hochschulzentren, sogenannter "universitates", die Schaffung flexibler Lehr- und Forschungsstrukturen, die Einführung eines neuen Systems der postgradualen Ausbildung, eine Reform der Forschungsförderung, die Schaffung der personellen und materiellen Voraussetzungen für die notwendige Expansion des Hochschulsektors und eine Modernisierung seines Finanzierungssystems.[7]

Sowohl in der Art der Konsensfindung zwischen den beteiligten Interessengruppen als auch in seinen inhaltlichen Aspekten wirkte sich das Konzeptpapier positiv auf den weiteren Gang des Gesetzgebungsverfahrens aus. Es dauerte dann allerdings immer noch bis zum Sommer 1993, ehe das Parlament schließlich mit der Lesung der - inzwischen 28. Fassung - des Gesetzesentwurfs beginnen und den Text schließlich am 13. Juli 1993 als "Gesetz LXXX/1993 über das Hochschulwesen" verabschieden konnte.[8]

Das zum 1. September 1993 in Kraft

getretene neue Hochschulgesetz regelt "das System, die Tätigkeit und die Autonomie der Hochschuleinrichtungen sowie die Rolle des Staates" und sichert mit seinen Bestimmungen "die Freiheit der Lehre, des Studiums, der Wissenschaft und Kunst" (Präambel).[9] Insgesamt führt es die entscheidenden strukturellen Kernfragen der künftigen ungarischen Hochschulentwicklung einer rechtlichen Lösung zu. Diese Kernfragen betreffen in erster Linie die institutionelle Gestalt des ungarischen Hochschulwesens, seinen quantitativen Umfang und seine inhaltlich-strukturelle Diversifizierung; die Finanzierung des Hochschulwesens; das Verhältnis von Hochschule und Staat und damit die Frage nach Umfang und Grenzen, Qualität und Wirkungsweise von Hochschulautonomie; schließlich das Verhältnis von Lehre und Forschung innerhalb der Hochschulen.[10]

2. Zur Reform der institutionellen Gestalt des ungarischen Hochschulwesens

Nach dem neuen Hochschulgesetz gliedert sich das ungarische Hochschulwesen in zwei Hochschularten: Universitäten und Hochschulen (§ 2 Abs. 3). Mit dieser Differenzierung beläßt es das neue Hochschulgesetz bei dem bisherigen hierarchischen Zweigliederung, bei der es zwischen den beiden Ebenen bislang praktisch keine Durchlässigkeit gab.[11] Nach dem neuen Hochschulgesetz soll das offenbar künftig anders werden. Jedenfalls stellt § 85 Abs. 7 zumindest formal eine Übergangsmöglichkeit von der Hochschule zur Universität in Aussicht. Daß die beiden Ebenen künftig stärker als aufeinander aufbauende Stufen verstanden werden sollen, mag auch § 97 Abs. 6 nahelegen, nach dem die in den beiden Hochschularten erworbenen Abschlüsse im Ausland als BA bzw. MA bezeichnet werden können. Überdies können Universitäten eigene Hochschulfakultäten mit dreijährigen "Fachhochschul"-Studiengängen betreiben (§ 47 Abs. 2) bzw. zusätzlich "auch außerhalb einer Hochschulfakultät" eine "(Fach)Hochschulausbildung" anbieten (§ 7 Abs. 6), also unter einem Dach beide Ausbildungsgänge - Kurz- und Langzeitstudium - vereinen.

Neu ist - und da greift das Gesetz die bereits im März 1990 getroffene Regelung auf -, daß die ungarische Hochschullandschaft neben staatlichen Einrichtungen fortan auch nichtstaatliche Hochschuleinrichtungen umfassen kann. Seit 1990 sind nichtstaatliche Hochschuleinrichtungen insbesondere als kirchliche Institutionen gegründet worden, während sich "echte" Privathochschulen bislang praktisch kaum etablieren konnten. Das neue Hochschulgesetz definiert die Bedingungen, die für die Gründung nichtstaatlicher Hochschuleinrichtungen künftig zugrunde gelegt werden sollen. § 6 Abs. 1 fixiert hierzu als Grundbedingung die Zustimmung des Parlaments, d. h. die staatliche Anerkennung. Diese kann erteilt werden, wenn die fragliche Einrichtung "über die in den §§ 3 und 4 genannten personellen und materiellen Voraussetzungen ... sowie über die einen kontinuierlichen Betrieb gewährleisten-

den Bewirtschaftungs- und finanziellen Voraussetzungen" verfügt (§ 6 Abs. 2). Wie die staatlichen Hochschuleinrichtungen, über deren Gründung und Schließung das Parlaments entscheidet (§ 5), müssen die nichtstaatlichen überdies in der Anlage 1 des Hochschulgesetzes verzeichnet sein (§ 2 Abs. 4).

Nach der mit dem Gesetz verabschiedeten Anlage umfaßt das ungarische Hochschulwesen gegenwärtig 59 staatliche Hochschuleinrichtungen, von denen 25 als "Universitäten" und 34 als "Hochschulen" bezeichnet werden. Hinzu kommen 29 nichtstaatliche kirchliche Hochschuleinrichtungen, von denen 5 zu den "Universitäten" und 24 zu den "Hochschulen" zählen. Schließlich gibt es vier "echte" private Hochschulen. Eine private ungarische Universität konnte bislang nicht registriert werden, obgleich bereits 1990 eine Initiative zur Gründung einer privaten Corvinius Universität in Budapest unternommen wurde.[12]

Schließlich gestattet das Gesetz auch ausländischen Hochschuleinrichtungen mit Zustimmung des ungarischen Bildungsministers die Durchführung einer regulären grundständigen Hochschulausbildung in Ungarn. Voraussetzung hierfür ist, daß die betreffende Hochschule in ihrem Sitzland offiziell als Hochschuleinrichtung anerkannt ist (§ 110). Als ausländische Hochschule ist zum Beispiel die von Georg Soros finanzierte "Central European University" in Budapest gegründet worden. Bei ihr, wie bei einigen weiteren privaten Institutionen der tertiären Weiterbildung nach ausländischem Recht, handelt es sich allerdings lediglich um eine Postgraduate School.[13]

Die insgesamt 92 Hochschuleinrichtungen des Landes verteilen sich auf 32 Städte. Allein in Budapest gibt es 42 Hochschulen. Fast zwei Drittel aller Studierenden entfallen auf die Hauptstadt Budapest und die drei Universitätsstädte Pécs, Szeged und Debrecen. Im Vergleich zur Zahl der Studierenden (im Studienjahr 1991/92 waren 107.079, davon 83.191 Vollzeitstudierende immatrikuliert) ist das ungarische Hochschulnetz übermäßig ausgebaut. Die Folge sind unwirtschaftliche Kleingrößen der einzelnen Institutionen. So gab es im Studienjahr 1991/92 lediglich zwei Universitäten mit über 5000 Vollzeitstudierenden, nur sieben Universitäten zählten zwischen 2500 und 5000 Vollzeitstudierende, während in 30 Hochschulen jeweils weniger als 500 Vollzeitstudierende eingeschrieben waren.[14]

Ein zentrales Anliegen der ungarischen Hochschulreform ist es daher, die zersplitterte Hochschullandschaft in einem neugefügten institutionellen Netz wieder stärker zu integrieren. In diesem Zusammenhang wird seit einiger Zeit das Modell der sogenannten "universitas" erprobt. In einer "universitas" schließen sich lokal oder regional nahestehende Hochschulen, aber auch außeruniversitäre Forschungsinstitute zu größeren Hochschulverbünden zusammen. Solche lokal-regionalen Assoziationen sollen praktisch eine Übergangsform zu einer neuen einheitlichen Gesamtuniversität des betreffenden Ortes bilden. Bis

1993 hatten sich bereits 18 "universitates" - neun universitäre und neun Fachhochschulzusammenschlüsse - gebildet.[15] Noch handelt es sich bei diesen Zusammenschlüssen um recht lose Assoziationen, die entscheidende strukturelle Fragen ungelöst und die innere Organisation der beteiligten Institutionen unangetastet lassen. Langfristig sollen gleichwohl durch die Bildung von "universitates" wieder echte multidisziplinäre Universitäten mit einer optimalen Größe von 8.000 bis 15.000 Studierenden entstehen.[16] Das neue Hochschulgesetz bietet hierfür die erforderliche rechtliche Grundlage (§ 11 Abs. 3, § 12 Abs. 1) und gewährt den "universitates", die zuvor lediglich den Statuts privater Vereine besaßen, einen Rechtsstatus innerhalb des Systems der Hochschulbildung und damit auch den für die integrativen Bestrebungen der einzelnen Hochschulinstitutionen notwendigen Spielraum.[17] Auch in einem weiteren wichtigen Punkt, der bislang eine institutionelle Reintegration nicht unwesentlich behindert hatte, bietet das Hochschulgesetz eine positive Lösung an. Die staatliche Aufsicht über die Hochschulen, die bislang auf die verschiedenen Fachministerien verteilt war, ist mit dem neuen Hochschulgesetz für alle ungarischen Hochschulen ausschließlich dem Bildungsministerium übertragen worden.

3. Zur Reform der Hochschulfinanzierung

Eine zentrale Aufgabe der Hochschulreform ist die grundlegende Erneuerung des Systems der Hochschulfinanzierung. Nach dem überkommenen, im Kontext der staatssozialistischen Planwirtschaft seit den 1950er Jahren entstandenen Finanzierungssystem wurden die - ausschließlich - staatlichen Zuwendungen für die Hochschulen nach zentral festgelegten Prioritäten zugeteilt. Das Ergebnis war eine ebenso starre wie willkürliche bürokratische Koordinierung der Hochschulfinanzierung.[18]

Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Planwirtschaft wurde auch das alte Hochschulfinanzierungssystem obsolet. Der wichtigste Anstoß zu Veränderungen im Finanzierungssystem ging von der akuten Finanzkrise aus, der sich das Land in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft ausgesetzt sieht. Sie macht es dem Staat praktisch unmöglich, den Hochschul- und Wissenschaftsbereich in dem selben Umfang wie bisher allein aus dem Staatshaushalt zu finanzieren. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach tertiären Ausbildungsmöglichkeiten aber so groß, daß ein Ausbau des Hochschulwesens unabweisbar erscheint. Ein wesentliches Anliegen der Reformbestrebungen seit 1989 war es daher, alternative Wege und Formen der Finanzierung der Hochschulen und der Forschung zu finden, die zum einen einen effektiveren und leistungsorientierteren Einsatz der verfügbaren staatlichen Zuwendungen ermöglichen, zum anderen den Hochschulen und Forschungsinstituten zusätzliche Mittel erschließen sollen.[19] Das neue Hochschulgesetz hat hierfür die erforderlichen rechtlichen Grundlagen geschaffen. Nach § 9 Abs. 1 können die Hochschu-

len die ihnen vom Staat jährlich zugewiesene "zentrale Haushaltsunterstützung" sowie die "Quellen, die zu anderen Subsystemen des Staatshaushalts gehören", mit zusätzlichen, zum Teil steuerfreien Dienstleistungen in Forschung und Lehre, eigenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und der Einwerbung von Spenden aufstocken. Zwar hat auch nach dem neuen Hochschulgesetz der Staat weiterhin "die grundlegenden materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung des Hochschulwesens und für die Bewältigung der [...] Aufgaben in den staatlichen Hochschuleinrichtungen" zu sichern (§ 9 Abs. 1). Doch wird damit immerhin ein Teil der Gesamtfinanzierung auf die Eigeninitiative, die Findigkeit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Hochschule verlagert.

In den Diskussionen über den Gesetzentwurf waren zum Teil noch weitergehende Modelle erörtert worden, mit deren Realisierung weitaus ausgeprägtere Wettbewerbsstrukturen in das Hochschulsystem eingeführt worden wären. So wurde beispielsweise vorgeschlagen, die Hochschulen künftig ausschließlich über eine indirekte staatliche Finanzierung zu unterstützen, bei der der Staat dem einzelnen Studierenden in Gestalt eines Bildungsgutscheins einen bestimmten Betrag zur Verfügung stellt, den er dann der Hochschule seiner Wahl als Studiengeld weiterreicht. Auf diese Weise sollte ein wettbewerbsorientierter "Universitätsmarkt" aufgebaut werden, in dem die Hochschulen gezwungen worden wären, durch ihr Angebot um die Studierenden zu konkurrieren.[20] Von diesem radikalen Reformmodell konnten letztlich aber nur einige wenige Elemente Eingang in das neue Hochschulgesetz finden. Immerhin hat das neue Hochschulgesetz als eine weitere Einkunftsquelle mit Wirkung zum 1. September 1994 allgemeine Studiengebühren eingeführt (§ 31 Abs. 1). Allerdings konnte gerade dieser Teil des Gesetzes bislang nicht implementiert werden, da es nicht gelang, rechtzeitig das erforderliche Stipendien- bzw. Kreditsystem zu entwickeln. Die Einführung von Studiengebühren wurde daher einstweilen sisitiert.

Wie immer sie letztlich auch gestaltet sein mögen, Studiengebühren werden nach allgemeiner Einschätzung gewiß nur einen geringen Teil der Hochschulfinanzierung bilden können. Der überwiegende Teil der Hochschulhaushalte wird auch weiterhin aus staatlichen Zuwendungen bestehen. Dabei wird die bisherige zentral gesteuerte Direktalimentierung mit dem neuen Hochschulgesetz jedoch insofern modifiziert, als sie zum einen in einem neuen System verschiedener Zuwendungsfonds diversifiziert, zum anderen durch weitere Formen der indirekten staatlichen Finanzierung über intermediäre Förderorganisationen ergänzt und dezentralisiert wird. Neben der Legitimierung nichtstaatlicher Einkunftsquellen regelt das Gesetz damit auch die staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen neu. Das nach § 10 Abs. 1 vom Parlament jährlich zu billigende Gesamtbudget für das Hochschulwesen wird nunmehr allein vom Bildungsministerium auf die einzelnen Insitutionen verteilt (§ 10 Abs. 1 und 2). Neu ist dabei nicht nur die alleinige Zuständigkeit des Bildungsministerium, sondern vor allem die Einbeziehung einer neugegründeten intermediären hochschulpolitischen Institution, des "Hochschul- und Wissenschaftsrates", in den Prozeß der Haushaltsentscheidung (§ 10 Abs. 3).

Die so "unter Anhörung der Meinung" einer objektivierten Interessenvertretung der akademischen Gemeinschaft festgesetzten staatlichen Haushaltsmittel werden den einzelnen Hochschulen künftig in fünf Fonds global zugewiesen: einem "studentischen Fonds", aus dem Stipendien und Sozialleistungen für die Studierenden "für die Studiendauer gemäß den Ausbildungsordnungen" finanziert werden (§ 9 Abs. 3), wobei die Höhe dieses Fonds nach der Zahl der Studierenden "durch die im Haushaltsgesetz pro Person festgelegte Studierendennormative und durch die Unterstützungsnormative für die an der Graduiertenausbildung Teilnehmenden" bestimmt wird (§ 9 Abs. 4); einem Ausbildungsfonds, aus dem die Lehre finanziert wird, wobei die Festsetzung dieses Fonds "in Relation zur Leistung unter Zugrundelegung der Studierendenzahl und unter Berücksichtigung der spezifischen laufenden Bedarfe einzelner Ausbildungsfachgebiete" erfolgen soll (§ 9 Abs. 5 und 6); einem Unterhaltungs- und Programmfonds, aus dem Kosten für die Gebäudeunterhaltung und -renovierung sowie für bestimmte ergänzende Tätigkeiten der Hochschulen aufgebracht werden können (§ 9 Abs. 7); schließlich einem Investitionsfonds, aus dem "wichtigere Renovierungen und Infrastrukturentwicklungen" finanziert werden sollen (§ 9 Abs. 10).

Über die interne Verwendung der in diesen Fonds global zugewiesenen Haushaltsmittel entscheiden die Hochschulen autonom.

Mit dem Berechnungsmodus für den "Ausbildungsfonds" hat das Hochschulgesetz für einen Teil der staatlichen Zuwendungen erstmals objektivierbare Leistungskriterien als Bemessungsgrundlage für die Höhe der staatlichen Unterstützung eingeführt. Damit stellt sich naturgemäß das Problem der Leistungsbewertung bzw. der Instrumente, mit denen Leistungen in Lehre und Forschung verläßlich und für die Betroffenen nachvollziehbar gemessen werden können - ein Problem, das im übrigen auch bei den Überlegungen und Planungen einer institutionellen Reorganisation der ungarischen Hochschullandschaft insgesamt eine entscheidende Rolle spielt (vgl. § 122).[21] Der Aufbau unabhängiger, kompetenter Evaluierungs- oder Akkreditierungsinstrumente, mit denen einzelne Fachrichtungen oder ganze Institutionen einer regelmäßigen Bewertung unterzogen werden können, bildet daher eine vordringliche Aufgabe auch der ungarischen Hochschulreform.

Mit dem Hochschulgesetz ist zu diesem Zweck eine 'Landes-Akkreditierungskommission' eingerichtet worden. Die Mitglieder dieses - neben dem Hochschul- und Wissenschaftsrat - zweiten neuen hochschulpolitischen Gremiums sollen sich nach § 80 Abs. 2 zur Hälfte aus promovierten Vertretern der Hochschulen und zur Hälfte aus solchen außeruniversitärer Forschungsinstitute zusammensetzen. Die Kandidaten für die

Mitgliedschaft werden von den Interessenvertretungen der Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften nominiert und auf Vorschlag des Ministers für Bildung und Unterricht vom Ministerpräsidenten für drei Jahre berufen. Als Aufgabe der neuen Institution bestimmt § 80 Abs. 1 die kontinuierliche "Kontrolle des Niveaus der Ausbildung und der wissenschaftlichen Tätigkeit im Hochschulwesen" sowie die "Durchführung der Qualifizierung". Dazu soll die Akkreditierungskommission zum einen die Qualität der an den Universitäten neu entstehenden Promotionsstudiengänge kontrollieren und jeweils Stellungnahmen dazu abgeben, "in welchem Wissenschaftsgebiet, Wissenschaftszweig eine Universität Graduiertenausbildung durchführen und den Doktorgrad (PhD) verleihen kann" (§ 81 Abs. 1). Darüber hinaus soll sie künftig "regelmäßig, mindestens alle acht Jahre, oder außerhalb der Reihe auf Ersuchen der Hochschuleinrichtung bzw. des Ministers für Bildung und Unterricht das Niveau der Ausbildung und wissenschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Hochschuleinrichtungen" einer Gesamtevaluierung unterziehen.[22]

4. Zur Reform des Verhältnisses von Staat und Hochschule

Die Stellung der Akkreditierungskommission als intermediäres Beratungsgremium, das sich allein wissenschaftlichen Qualitätskriterien verpflichtet sieht, deutet auf das mit dem Hochschulgesetz grundlegend neu geregelte Verhältnis von Staat und Hochschule. In der Tat war die Liberalisierung der staatlichen Hochschulpolitik und die fast vollständige Autonomisierung der Hochschuleinrichtungen die wichtigste, unmittelbar nach dem Systemwechsel 1990 implementierte Veränderung. Mit dem neuen Hochschulgesetz ist dieser Prozeß zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. An die Stelle der zentralisierten, einseitigen staatlichen Kontroll- und Steuerungsfunktion ist ein dezentralisierter wechselseitiger Kommunikations- und Interaktionsprozeß getreten, in dem sich der Staat auf die Rolle eines Koordinators, Beraters sowie des Zuwendungsgebers zurückzieht. Hochschulpolitik wird den Hochschulen nicht mehr aufoktroyiert, sondern in einem gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozeß formuliert und vertreten. Zu diesem Zweck hat das Hochschulgesetz neben der Akkreditierungskommission ein zweites Beratungsgremium - den Hochschul- und Wissenschaftsrat - installiert (§ 76). Der vom Minister für Bildung und Unterricht geleitete Rat stellt ein gemischtes Gremium aus 21 Regierungs-, Hochschul-, Akademie-, Wirtschafts- und Gesellschaftsvertretern dar (§ 77), der bei allen wichtigeren hochschulpolitischen Entscheidungen von der Regierung zuvor angehört werden muß (§ 76 Abs. 3).

Neben der Akkreditierungskommission und dem Hochschul- und Wissenschaftsrat werden im Hochschulgesetz als weitere intermediäre hochschulpolitische Institutionen auch die drei Interessenvertretungen der Hochschulen - die Ungarische Konferenz der Universitätsrektoren, der Rektorenstuhl der Kunsthochschulen und die Konferenz der Hochschuldirektoren - gesetzlich verankert (§ 68 Abs. 1). Insgesamt legitimiert das Hochschulgesetz damit eine neue Rollenverteilung mit dezentralisierten und demokratisierten hochschulpolitischen Verantwortlichkeiten. Das mit dem Hochschulgesetz verankerte neue hochschulpolitische Institutionengefüge hat insgesamt eine tragfähige Basis geschaffen, auf der sich in Zukunft die richtige Balance zwischen den institutionell autonomen Hochschulen und dem Staat wird herstellen lassen.

Die einzelnen Hochschuleinrichtungen definiert das neue Hochschulgesetz als "eine fachlich selbständige, über Autonomie verfügende juristische Person" (§ 2 Abs. 1), die "in allen solchen Angelegenheiten [...], welche nicht durch das Gesetz oder auf Grund einer Ermächtigung durch eine andere Rechtsvorschrift in den Zuständigkeitsbereich des Staates oder der lokalen Selbstverwaltung verwiesen werden" entscheidet (§ 64 Abs. 1). Die ihr in diesem Rahmen übertragenen Selbstverwaltungskompetenzen umfassen insbesondere das Recht zur selbständigen Ausgestaltung ihrer Grundordnung, zur Auswahl ihrer Lehrkräfte und wissenschaftlichen Mitarbeiter, zur selbständigen Regelung der Hochschulzulassung, zur autonomen Gestaltung der Curricula und Forschungsprogramme sowie zur Vergabe entsprechender Zeugnisse und Diplome, zur Ausgestaltung und Entwicklung ihrer internationalen Beziehungen und schließlich zur Ausübung des Verfügungsrechtes über die ihr bewilligten Finanzmittel, Ressourcen und Fonds (§ 64 Abs. 2). Für die Universitäten werden darüber hinaus die Graduiertenausbildung und die Vergabe des Doktorgrades (PhD) sowie das Habilitationsverfahren als Bereiche der akademischen Selbstverwaltung bestimmt (§ 64 Abs. 3).

Den Bereichen der Hochschulautonomie stellt das Gesetz in einem eigenen Abschnitt die Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen staatlichen Institutionen gegenüber. Während das Parlament über Gründung und Schließung der Hochschuleinrichtungen sowie über ihre Entwicklungspläne und Budgets entscheidet (§ 70), ernennt der Präsident der Republik die Rektoren und Professoren der Universitäten (§ 71) und der Ministerpräsident die Direktoren und Professoren der (Fach)Hochschulen (§ 73). Der Regierung bleiben die Entscheidungen in allen Fragen von allgemeiner nationaler Bedeutung vorbehalten, die in weiteren Rechtssetzungen noch näher zu regeln sind. Dazu zählt unter anderem der Erlaß der Ausbildungsordnungen für das grundständige Studium und die fachliche Weiterbildung, die Errichtung und Schließung von Fakultäten und Fächern, die Festsetzung der Verfahrensregeln für die Graduiertenausbildung, die Verleihung des Doktorgrades und die Habilitation sowie die Regelungen bezüglich der Studiengebühren und des Systems der staatlichen Studierendenunterstützung (§ 72). Ausführlich werden schließlich die Befugnisse des Ministers für Bildung und Unterricht definiert, der die allgemeine Rechts-

aufsicht über die staatlichen Hochschulen ausübt (§ 74).

Aus der Sicht mancher westlicher Beobachter hat das Hochschulgesetz damit "ein hoch zentralisiertes Modell zentralstaatlicher Kontrolle" legitimiert, das "eine weitreichende Kontrolle über alle Bereiche der Hochschullehre und -forschung" ermöglicht.[23] Diese Einschätzung läßt freilich den historischen Kontext des ungarischen Hochschulsystems außer Betracht. Tatsächlich knüpft das neue Hochschulgesetz in seiner Regelung des Verhältnisses von Staat und Hochschule an die kontinentaleuropäische Tradition, insbesondere an das preußisch-österreichische Hochschulmodell an, das im Vergleich zum angelsächsischen Modell deutlich staatsorientierter angelegt ist. Mag der Rückgriff auf dieses Modell, das die ungarische Hochschulentwicklung bis 1948 geprägt hat, aus westlicher, insbesondere angelsächsischer Perspektive auch vielleicht eher als Rückschritt erscheinen oder jedenfalls nicht als ein genügend mutiger Schritt in die Zukunft angesehen werden, so bedeutet er im Vergleich zu dem zentralstaatlich kontrollierten Hochschulsystem sowjetsozialistischer Prägung gleichwohl die Wiederherstellung der traditionellen Hochschulautonomie kontinentaleuropäischen Musters.

Die Wiederherstellung der Hochschulautonomie nach außen wird durch eine Demokratisierung der Hochschulleitung und Verwaltungsstrukturen nach innen ergänzt. Dazu verankert das Hochschulgesetz in § 53 Abs. 1 den "Rat der Einrichtung" als "das leitende Gremium der Hochschuleinrichtung". Zu seinen Zuständigkeiten gehört unter anderem die Festlegung der Grundprinzipien der Tätigkeit der Hochschuleinrichtung, die Erstellung ihrer Grundordnung, die Genehmigung der Studienpläne, die Festlegung der Forschungsprogramme und die Bewertung der Forschungsergebnisse, die Unterbreitung von Vorschlägen für das Amt des aus dem Kreis der Professoren zu bestellenden Rektors (§ 56 Abs. 1 und 2) und die Ernennung der Professoren (§ 53 Abs. 2). Der vom Rektor der Einrichtung geleitete Rat (§ 55 Abs. 2) entscheidet auch über den Haushalt der Hochschule (§ 53 Abs. 3). Seine für drei Jahre gewählten Mitglieder setzen sich zu "mindestens ein[em] Viertel, höchstens aber ein[em] Drittel" aus Studierenden, "mindestens ein[em] Drittel" aus den leitenden Lehrkräften (Professoren und Dozenten) sowie Vertretern "der anderen Lehrkräfte und Beschäftigten" zusammen. Ex-officio gehören ihm die "Leiter der Fakultäten" (Dekane, Generaldirektoren) und der Vorsitzende der studentischen Selbstverwaltung an (§ 55 Abs. 1-5).

Das Pendant zum "Rat der Einrichtung" auf Fakultätsebene ist der "Fakultätsrat". Er wird von einem aus seinem Kreis für drei Jahre gewählten Dekan geleitet (§ 61). Die erneuerten Kollegialorgane, zu denen das Gesetz auch eine gesonderte "studentische Selbstverwaltung" zählt (§ 66 und 67), ermöglichen den gewählten Vertretern der verschiedenen Hochschulgruppen eine wirksame Kontrolle der Hochschul- und Fakultätsleitungen und eine aktive Mitwirkung an der Leitung und Gestaltung des Hochschullebens. Die auf diese Weise gesetzlich verankerte Demokratisierung der hochschulischen Binnenstrukturen kann als eines der wichtigsten Ergebnisse der Hochschulerneuerung seit 1989/90 angesehen werden. Sie hat die akademische Gemeinschaft insgesamt wieder in ihre traditionellen Selbstverwaltungsrechte eingesetzt und damit den Hochschulangehörigen ermöglicht, ihre Geschicke wieder weitgehend selbst in die Hand zu nehmen.

Eduard Mühle, Dr. phil., ist Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten im Sekretariat der Hochschulrektorenkonferenz

Anmerkungen:

[1] Vgl. A. Pribersky, Hochschulpolitik und politische Kultur. Thesen zur Rolle von Hochschulpolitik und Intelligenz in der politischen Entwicklung Ungarns nach 1945, in: Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven, hrsg. v. P. Bachmaier, Wien 1991, S. 161-173, hier S. 169.

[2] I. Bessenyei, Bildungspolitik zur Zeit der politischen Wende in Ungarn, in: Systemwandel im Bildungs- und Erziehungswesen in Mittel- und Osteuropa, hrsg. v. O. Anweiler, Berlin 1992, S. 152-163, hier S. 160-161.

[3] Die Verfassung der Republik Ungarn, § 70/6 (1) und (2); ich danke Herrn Prof. Dr. Georg Brunner, Köln, für die Überlassung einer deutschen Übersetzung des Verfassungstextes.

[4] Gesetz XXIII/1990 über die Modifizierung des Gesetzes I/1985 über die Bildung, in Auszügen in deutscher Übersetzung in: S. Baske, M. Benes, R. Riedel, Der Übergang von der marxistisch-leninistischen zu einer freiheitlich-demokratischen Bildungspolitik in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1991, S. 204-211.

[5] Concept for Higher Education Development in Hungary, hrsg. v. I. Bakos, Budapest 1991.

[6] Hierzu und zum gesamten Diskussionsprozeß über das Hochschulgesetz bis ca. Mitte 1992 vgl. I. Bessenyei, Die Hochschulpolitik in Ungarn von 1945 bis zur Gegenwart. Teil II: Die gegenwärtige Hochschulpolitik, unveröffentlichtes, im Auftrag des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Abteilung für Bildungs- und Kulturpolitik Klosterneuburg erstelltes Manuskript, Wien-Budapest 1992, S. 12-13, 20-25. Ich danke dem Institut für die Überlassung einer Kopie des Manuskripts.

[7] A Magyar Felsöoktatás Fejlesztése 2000-IG, Budpest 1992; eine englische Zusammenfassung unter dem Titel "Higher Education 2000. Conception for the Development of Hungarian Higher Education" hrsg. v. der Ungarischen Rektorenkonferenz, Budapest 1992; vgl. auch Gy. Fabri, Higher Education and Research in Hungary During the Period of Social Transformation: 1990-1992, Wien 1993, S. 27-32; J. Hámori, Reforms in Hungarian Higher Education 1990-1993, in: Perspectives on the Reform of Higher Education in Central and Eastern Europe, hrsg. v. E. Mühle, Bonn 1994, S. 36-51, hier S. 47 [Dokumente zur Hochschulreform 90/1994, hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz].

[8] Zum Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens in der Schlußphase vgl. A. Róna-Tas, The New Higher Education Act, in: The Hungarian Quarterly 34 (1993) S. 130-140, hier S. 136-137.

[9] 1993. évi LXXX. törvény a felsöoktatásról, in: Magyar Közlöny Nr. 107 vom 3. 8. 1993. Das Gesetz wird im folgenden mit Verweis auf die entsprechenden Paragraphen (§) und Absätze (Abs.) jeweils nach der deutschen Übersetzung in E. Mühle, Hochschulreform in Ungarn. Das ungarische Hochschulgesetz vom 13. Juli 1993, Bonn 1994 (=Dokumente zur Hochschulreform 93/1994, hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz) zitiert.

[10] Die nachfolgenden Darlegungen basieren unter anderem auch auf Informationen und Einsichten, die im Rahmen der engen Zusammenarbeit zwischen der Ungarischen Rektorenkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz in den letzten Jahren gewonnen werden konnten. Auf den Bereich der Hochschulforschung kann dabei an dieser Stelle aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

[11] Vgl. J. Setényi, Pre-Review of Higher Education in Hungary. Background Report to OECD, Budapest 1993, S. 14.

[12] The Chronicle of Higher Education v. 18. 7. 1990, A 39.

[13] Zur Central European University vgl. Gazette. The Chronicle of the Central European University, Prague 1991 ff.

[14] Setenyj (wie Anm. 11) S. 14.

[15] I. Bessnyei, P. Debreczeni, J. Setényi, Report on Hungarian Higher Education, in: Issues in Transition. The Reform of the Higher Education and Research Systems in Central Europe, Wien 1994, S. 37-95, hier S. 70-72. Die Idee der "universitas" knüpft dabei an Überlegungen an, die bereits seit den ausgehenden 1960er Jahren hinsichtlich einer Stärkung der regionalen bzw. lokalen Hochschulkooperation diskutiert wurden, vgl. J. N. Gagy, Problemy territorial'nogo razmescenija i regional'nych svjazej vyssich ucebnich zavedenij v Vengrii, in: Sovremennaja vyssaja skola 1980, 3, S. 95-101.

[16] Vgl. Fabri, Higher education and Research in Hungary (wie Anm. 7) S. 28-29, 33; kritisch zur Idee der "universitas" B. Pokol, Hochschulen und Wissenschaftspolitik in Ungarn, in: Transformation und Modernisierung. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven, hrsg. v. C. Burrichter, M. Knogler, Erlangen 1992, S. 197-210, hier S. 209; Pokol befürchtet, "daß der Plan der 'universitas' lediglich eine Rationalisierung des akademischen Systems nach Art des französischen Zentralismus bedeuten würde, was nichts anderes heißen könnte, als daß die Monopolstellung der einzelnen Fakultäten für die jeweiligen Ausbildungszweige nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil noch verstärkt würde."

[17] So auch das Urteil des OECD-Examiners's Reports 'Review of Education Policy in Hungary', OECD Document 009323, Paris 1993, S. 52.

[18] Vgl. T. Kozma, J. Setényi, Changing Policies and Dilemmas in Higher Education Finance. The Hungarian Situation as Compared to that of other Eastern European Countries, in: Higher Education in Europe 17 (1992) 1, S. 107-117, hier S. 108-109.

[19] Vgl. I. Polonyj, Plans for Financing Reform in Higher Education, in: Concept (wie Anm. 5) S. 41-57, hier S. 41-42.

[20] Pokol (wie Anm. 16) S. 207-208.

[21] Zu der im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß heftig diskutierten Frage der Evaluation vgl. allgemein L. Ryan, Prolegomena to Accreditation in Central and Eastern Europe, in: Higher Education in Europe 18 (1993) 3, S. 81-90; OECD Examiners' Report (wie Anm. 17) S. 56.

[22] Zur Aufgabenstellung und bisherigen Tätigkeit der Akkreditierungskommission, die auf der vorbereitenden Tätigkeit einer bereits 1992 eingerichteten Interims-Akkreditierungskommission aufbauen konnte vgl. auch A. Róna-Tas, Accreditation in Hungary and the Hungarian Accreditation Committee, in: Higher Education in Europe 18 (1993) 3, 100-110.

[23] OECD Examiners' Report (wie Anm. 17) S. 49.

Jan Winkler (Prag):

Die Karlsuniversität in den Jahren 1989-1994 Die Periode der Veränderungen

Es war ein Zufall - als der Mitarbeiter der Redaktion *hochschule ost* die Karlsuniversität betrat, konnte er gleich im Vestibül des Rektoratsgebäudes die Ausstellung „Die Karlsuniversität 1989-1994" besichtigen. Der retrospektive Blick auf die vergangenen fast fünf Jahre der wieder freien Prager Universität war für die breite Öffentlichkeit bestimmt (die Ausstellung war zum 646. Gründungsjubiläum installiert), sollte aber auch die Mitglieder der akademischen Gemeinde ansprechen, und an das eingehende Suchen und Finden der Wege zu Änderungen erinnern. Gerade diese Periode der Umgestaltung, ihr Inhalt und Umfang, interessierte auch die Redaktion der Leipziger Zeitschrift. Sie ist das Hauptthema der folgenden Ausführungen.

1. „Zielsetzung" vor den Wahlen

Im Verlauf der ersten Tage des Jahres 1990 stellten sich, mit ihren Vorstellungen über das zukünftige Bild der Universität, die Kandidaten für das Rektoramt vor. Als die akademische Gemeinde am 18. Januar 1990 Prof. Radim Palouš zum Rektor wählte, drückte sie damit eine Unterstützung der Ziele aus, die etwa so formuliert waren:

Die Universität ist ihrer Sendung nach keine „Fachschule", die nur und hauptsächlich auf die Vorbereitung einer ausgeprägt spezialisierten Arbeitskraft (im Sinne einer Fachhochschule oder vocational training) hinwirkt. Fachkenntnisse sind eine selbstverständliche Bedingung, die Idee der Universität führt aber zu einem Gesamtüberblick. Der Unterricht muß auf Forschungsarbeit begründet sein, und ihr Ziel ist ein Absolvent mit der Kenntnis breiter Zusammenhänge in seinem Fach und der Fähigkeit, in diesen breiteren Zusammenhängen Erwägungen anzustellen.

Ein konkretes Ergebnis dieses Ausgangspunktes war z.B. die Entscheidung, die Fakultät für Journalistik nicht aufzulösen, wie hinsichtlich des Standes und Rufes der Fakultät allgemein erwartet wurde, sondern sie als einen Bestandteil einer breit konzipierten, neu gebildeten Fakultät der Sozialwissenschaften zu übernehmen. Es handelte sich um einen Schritt, die Vorbereitung auf eine bestimmte Profession durch die Möglichkeit, mit der Entwicklung der Ge-

sellschaft verbundene Wissenschaften zu studieren und sie dann - mit tieferen Kenntnissen und einem größeren Überblick - zum Beispiel auch als Journalisten zu kommentieren, zu verbinden. Zur Grundlage der neuen Fakultät wurde das rehabilitierte Institut der Wirtschaftswissenschaften und das Institut für soziale und politische Wissenschaften. Sich mit einer solchen Auffassung der Universität auseinander zu setzen ist und bleibt selbstverständlich eine wichtige Aufgabe, besonders auch der Fakultät für Körpererziehung und Sport oder der pädagogischen Fakultät. Gleiche Gründe hatte dann auch die teilweise Veränderung der Fakultät für Kindermedizin und der Fakultät für Hygiene in eine 2. und 3. medizinische Fakultät, also mit der Deklaration „einer allgemeinen" medizinischen Bildung, obwohl schon heute beide Fakultäten wieder ihre speziellen Züge - bei der ersten die „Entwicklungsmedizin" und bei der zweiten „die präventive Fürsorge für Gesundheit und Hygiene" - betonen.

Die zweite wichtige Erwägung über das Wesen der Universität ist die Ansicht zu zwei Wirkungsrichtungen der Universität. Einerseits ist sie eine Hochschule mit universaler Sendung - ein so großer Anteil der Studenten als nur möglich soll zu einer hohen Bildungsstufe geführt werden, und zwar in Hinsicht auf den wissenschaftlich-technischen Charakter der gegenwärtigen Zivilisation. Anderseits wird von der Universität erwartet, außerordentliche Forschungsergebnisse zu unterstützen. Solche Ergebnisse sind aber nur von wenigen zu erwarten, und deshalb muß die Universität unter denselben Bedingungen eine gewisse, für die „Erwählten" bestimmte Intimität hervorbilden.(1)

Im Geiste dieser Erwägungen über den Charakter der Universität wurde das Institut für Bildungsgrundlagen - ein Universitätsinstitut mit Arbeitsstätten an den Fakultäten, gegründet, welches den Gedanken einer allgemeinen (philosophischen, ethischen, historischen...) Bildung der Absolventen verfolgt. Den zweiten Pol der Erwägungen stellt dann die Gründung des Zentrums für theoretische Studien dar, gleichfalls eine Arbeitsstätte der Universität, welche sich um die Hervorbildung von Bedingungen für die außerordentlichen Denk- und Forschungsergebnisse bemüht.

In dieser Etappe muß auch die aus dem Ausland importierte Absicht der Gründung eines Zentrums für Wirtschaftsforschung und postgraduale Bildung (CERGE) erwähnt werden, die aber auf ganz unvorbereiteten Boden fiel. Aus demselben Grund traf auch die Absicht, außerhalb der Fakultäten das erste Zentrum eines Doktorandenstudiums mit interdisiziplinärem Charakter zu gründen, auf kein Verständnis, und das CERGE wurde zu einem Bestandteil der Fakultät für Sozialwissenschaften. (Erst im Jahre 1933 - nach der Gründung anderer interdisziplinaren Arbeitsstätten - kam es zur Änderung des Statutes dieses Zentrums.)

Wir können diesen Teil unserer Ausführungen mit der Feststellung abschließen, die schon angedeutet wurde: Außer in bezug auf die erwähnten verwirklichten Grundgedanken war die Universitätsleitung gegenüber den spontanen Vorschlägen in einer Defensive. Im Jahresbericht 1990 wird konstatiert, daß „der von der Bestrebung geleitete Prozeß, so bald als nur möglich die Lücken in den Fächern und der Qualität auszufüllen, sehr spontan verlief. Er führte zu einer Multiplizität der Fächer an der Universität, was in der Zukunft in Hinsicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schule die Notwendigkeit einer neuen Einschätzung hervorrufen kann."(2)

2. Ausländische Einflüsse und weitere Anregungen

Gegen den mehr oder weniger klar ausgesprochenen Widerstand der akademischen Gemeinde, gegen die Eingriffe „aus dem Zentrum" in den Verlauf der Dinge und gegen eine langfristige bindende Planung stand das unklar ausgesprochene Gefühl der Universitätsleitung, daß es notwendig ist, langfristige Ziele zu formulieren und aus ihrer Sicht zehnerlei Vorhaben, Vorschläge oder Probleme, die immer neu auftraten, zu beurteilen. Dieses Gefühl unterstützte das hin und wieder erklingende Rufen nach einer Konzeption auf dem oder jenem Gebiet des Universitätslebens, wie z.B. eine Finanzkonzeption, die Konzeption einer Personalpolitik, Konzeptionen der Studentenheime und Mensen, des Informationssystemes, der Leitung der Wissenschaft, des Aufbaus usw. Es war dabei ganz klar, daß jede dieser Konzeptionen eine Verankerung in der Formulierung allgemeinster Vorstellungen über die Universität am Ende dieses Jahrhunderts besitzen muß.

Diese Gefühle nahmen, besonders unter dem Einfluß der im Ausland gewonnen oder aus dem Ausland kommenden Kenntnisse eine immer konkretere Form an. Sie betrafen einerseits inhaltliche Einzelheiten - z.B. die Arten und Organisation des Studiums an ausländischen Hochschulen - andererseits Fragen der Leitung und die Implementation der Vorhaben. Es war von der individuellen Orientierung, den Interessen und anvertrauten Gebieten der Verantwortung der Leitungsmitglieder abhängig, ob sie sich mehr für institutionelle Fragen (Leitung, Strategie, Planung) oder für die Lösung bestimmter Themen interessierten (Studienformen, Lebensbildung, soziale Fürsorge um die Studenten usw.).

Für das Gebiet der strategischen Planung hatte besonders die Teilnahme an den Projekten der OECD eine Bedeutung, die mit der 10. Generalkonferenz über die institutionelle Leitung der Hochschulen (IMHE) im September 1990 begonnen hatte. Das Projekt einer Bewertung der Hochschulen in der Tschechoslowakei, ausgearbeitet von einer tschechoslowakischen Fachgruppe (3) für die OECD, war ein wichtiger Impuls für die analytische Phase und gleichfalls auch ein Beweis dafür, wie über gewisse Fragen in breiteren Zusammenhängen Erwägungen angestellt werden können. Die Empfehlungen der OECD-Experten (4) die als Schlußfolgerung zum Bewertungsbericht formuliert waren, wurden gleichfalls zu einer wichtigen Unterlage.

Eine weitere wichtige Aktivität bildete

die Tätigkeit des European Centre for Strategie Management of Universities (ECSMU) mit Sitz in Brüssel. Dieses Zentrum bereitete eine Serie von Seminaren über die Strategie der Hochschulleitung vor, auf welche die Rektoren und weitere Vertreter der Universitäten der osteuropäischen Länder geladen wurden. Das Treffen in Louvain im Februar 1991 befaßte sich mit den Erfahrungen der Universität Louvain, deren Administrativ-Direktor Prof. Karl Tavernier schon auf der Konferenz der OECD in Paris Aufmerksamkeit hervorrief.(5) Aus der Tschechoslowakei nahmen die Rektoren Palouš und Švec am Seminar teil. Das Vorgehen der Gastuniversität bei der Entfaltung der Methoden der strategischen Leitung und ihr mission statement wurden zur Inspiration für weitere Schritte an der Karlsuniversität. Die Zusammenarbeit mit dem ECSMU wurde auch in den folgenden Jahren weitergeführt und erreichte mit der Veranstaltung eines Seminares an der Karlsuniversität im April 1992 ihren Höhepunkt.

Zu einer bedeutenden Informations - und Ideenquelle wurde für den Autoren dieser Zeilen sein Aufenthalt an der University of Sussex (Juli 1990) im Seminar von Geoffrey Lockwood, dem Autoren mehrerer Studien über die Leitung von Universitäten.(6) Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit war die Vorbereitung eines dreijährigen Seminarzyklus über die Leitung der Hochschulen für Administratoren in der Tschechoslowakei, und zwar unter Mitwirkung der britischen Conference of University Administrators. Der Prorektor für den Aufbau der Universität wurde im Verlauf seines Aufenthaltes in Basel mit der Vorbereitung und dem Inhalt des strategischen Planes der Universität Basel bekannt. Zusammen mit dem Kanzler absolvierte er dann gleichfalls einen Studienaufenthalt an der University of London (Januar 1992).(7) Eine Persönlichkeit, die desweiteren bedeutend die Denkformen in der Universitätsleitung beeinflußte, war und bleibt Prof. Ladislav Cerych, Autor einer Reihe von Studien über das Hochschulwesen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas und des Buches "Great Expectations and Mixed Performance" (8), welcher auch das Studium der Publikation Priorites pour luniversité (9) empfohlen hatte.

Außer den angeführten Publikationen ist es noch notwendig, den durch seinen Einfluß bedeutenden Sammelband Strategie Choice (10) anzuführen. Zur Disposition standen ebenfalls eine Reihe von Dokumenten aus verschiedenen Hochschulen, von welchen The University of Sussex Planning Statement 1991-1995, der Analysebericht der Universität Basel (11) und der Strategie Plan 1991, vorbereitet für die Universität Twente (Niederlanden), en detail studiert wurden.

Aus den „einheimischen" Aktivitäten kann dann die gemeinsame Anregung der medizinischen Fakultäten zur Lösung des Verhältnisses zwischen der pädagogischen und der Forschungstätigkeit der Fakultäten, der Institute der Akademie der Wissenschaften und der Forschungsinstitute der Resorte vom April 1990 angeführt werden.

3. Der "geheime Rat"

Eine Arbeitsgruppe, die sich bald selbst als „geheimer Rat" bezeichnete, wurde vom Rektor als eventuelles Korrektiv der Erwägungen der Universitätsleitung bestimmt, welche durch ihre Stellung, Funktionen und der daraus hervorgehenden Sicht der Situation zu sehr beeinflußt sein konnte. Einer Empfehlung der Mitarbeiter des ECSMU folgend, wurde die Gruppe nur aus einer kleinen Anzahl von Personen zusammengestellt, deren Qualifikation vor allem eine absolute Ergebenheit gegenüber der Universität, gute Kenntnisse des akademischen Milieus und Kenntnisse der Situation in der ausländischen Wissenschaft und Schulwesen waren. Diese Form der Bildung eines wichtigen Beratungsorganes stand im Widerspruch mit den Vorstellungen und dem oft erklärten Willen der akademischen Gemeinde, ein Organ aus Vertretern aller Fakultäten zu bilden, die z.B. durch ein Organ der Selbstverwaltung delegiert wären. Vielleicht deshalb wurde diese Gruppe als „geheim" bezeichnet, und es entspricht der Wahrheit, daß ihre Zusammensetzung zum großen Teil unbekannt blieb.

Die Unterlagen vom März 1991, welche dem Kollegium des Rektors zur Beurteilung vorgelegt wurden, enthielten schon eine Reihe wichtiger Ausgangspunkte, die zur Grundlage aller weiteren Erwägungen über die Struktur des Studiums wurden, aber auch eine Reihe Anregungen, die im Ergebnis der Diskussion schließlich nicht mehr erschienen sind. In der endgültigen Version mit dem Titel „Die Karlsuniversität und ihre Zukunft" (12) wurde unter anderem empfohlen:

- Universitätszentren zu bilden, die in einem bestimmten Fach den prägradualen Unterricht für mehrere Fakultäten gleichzeitig durchführen und in demselben Fach auch das Doktorandenstudium organisieren würden;

- eine mehrstufige Struktur der Universitätsbildung (Bakkalaureat, Magister, Doktor) zu entfalten und, wenn möglich, den Zeitpunkt der Entscheidung über die definitive Spezialisierung hinauszuschieben,

- auf allen Stufen ein paralleles Studium an Fakultäten verschiedener Richtungen zu ermöglichen,

- das Lehrerstudium so zu konzentrieren, daß die Fächer Didaktik und Philosophie der Erziehung im Rahmen der Universität konzentriert werden, der Unterricht der Fachgegenstände aber an den Fakultäten durchgeführt wird.

Dieses Material, welches in seiner ursprünglichen Version z.B. vorschlug, „Außer-Prager Fakultäten eine vollwertige Existenz im Rahmen der Region zu ermöglichen", wurde anscheinend als zu „universitätszentralistisch" betrachtet, was die Rolle der Fakultäten zu sehr zugunsten der Universitätszentren oder des Studiums an mehreren Fakultäten schwächt. Es wurde nie in größerer Zahl publiziert, hat aber die Gedankengänge der „nachrevolutionären" Leitung der Karlsuniversität stark beeinflußt.

4. Die „institutionelle" Gruppe

Die Tätigkeit des Prorektors für Entwicklung zusammen mit dem Kanzler hatte - im Unterschied zum „geheimen Rat" - den Charakter eines quasi offiziellen Handelns. Das Ergebnis einer ersten allgemeinen Analyse war ein „Beitrag zu den Entwicklungstrends der Karlsuniversität", an ihn knüpfte ein „Netz" von Problemkreisen in folgender Gliederung an:

A. Zum Sinn der Existenz der Karlsuniversität:
zum Beispiel die Unterschiede von anderen tschechischen Universitäten, regionale, nationale, internationale Bedeutung, Sinn der Exterritorialitäten - Pilsen, Königgrätz u.a.

B. Krisen:
z.B. Verhältnis der Fakultäten zum Ganzen, Fachdisparität, der Student - seine Ansichten und Vorbereitung, Dislokationsprobleme, soziale Fragen, Informationssysteme u.a.

C. Ausgangspunkte und Prognosen:
z.B. Sprachunterricht und Körpererziehung an der Karlsuniversität, die Rolle des Institutes für Bildungsgrundlagen, thematische Module des Studiums (die Festsetzung von fünf Fakultätsgruppen: 1. die medizinischen Fakuktäten und die Pharmazie, 2. die juristische Fak. und die Fak. für Sozialwissenschaften, 3. zur Vorbereitung von Lehrern (pädagogische Fakultät, philosophische Fak., mathematisch-physikalische Fak., Fak. für Körpererziehung und Sport, naturwissenschaftliche Fak.), 4. Naturwissenschaften (math.-physik. Fak., naturwissensch. Fak.), 5. theologische Fak., Evaluationsmethoden, Zusammenarbeit nach außen usw.

D. Wirtschaftliche Fragen:
z.B. Lösung der Verantwortung für das Universitätsvermögen, Diversifikation der Quellen, Lohnpolitik, Art der Allokation der Mittel innerhalb der Universität usw.

Für die Erarbeitung der eigenen Materialien (wie Erwägungen über ihre Aufgabe, so für die Formulierung der Grundtendenzen der Entwicklung) erhielten die Fakultäten Unterlagen, welche die Beantwortung einer Reihe von Fragen voraussetzten. Dies waren z.B. Erwägungen wie:
- Wann, aus welchen Gründen ist die Fakultät entstanden? Ist dieser Grund noch aktuell? Änderte er sich in der Zeit?
- Unter welchen Bedingungen ist die Fakultät entstanden? Wie haben sich diese geändert?
- Was ist die heutige Grundaufgabe - in regionalem, nationalem, internationalem Kontext?
- Wie erfüllt sich diese Aufgabe in Hinsicht auf die Formen, in Hinsicht auf die Qualität?
- Existieren Spezifika, auf welchen eine akademische Ausnahmestellung aufgebaut werden kann?
Für die Grundtendenzen der Entwicklung:
- Vorstellungen über die Hauptfächer des Studiums, über seine Formen, die damit verbundene Studentenzahl, Zahl der Lehrer und Angestellten?
- Begleitstudienfächer, Studienformen? Stellung der wissenschaftlichen Tätigkeit und Forschung an der Fakultät, ihr Verhältnis zum Unterricht, Möglichkeiten, Ausstattung, Beitrag für den produktiven Sektor?
- Anforderungen an den Studienbewerber, Anforderungen an die Studenten, Absolventen?
- Vorstellungen über Evaluationsmethoden?

Auf der Grundlage der von allen 16 Fakultäten übergebenen Analysen wurde das Material „Karlsuniversität 1991" vorbereitet. Der Text wurde nie zusammenfassend publiziert, obwohl es sich um das breiteste analytische Material der Karlsuniversität aus der letzten Zeit handelt. Ein Auszug aus dem allgemeinen Teil ist in der *Alma Mater* (14) erschienen, und bestimmte Teilerkenntnisse wurden in den Vorträgen des Kanzlers bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich.

Obwohl im Text auch das Kapitel „Strategie der Entwicklung der Universität" enthalten ist, war es nicht gelungen, den Rahmen der Analyse zu übertreten. Der Text enthält keine detaillierte Formulierung der Ziele und konnte nicht die Erwägungen über die Methoden überwinden, wie die Situation verbessert werden soll: Er legt nicht dar, wozu die Änderungen führen sollten. Als wichtiges allgemeines Ziel werden Bemühungen angeführt, das Schulwesen, die Wissenschaft und die Bildung zu Kernmomenten der Staatspolitik zu erheben. Das ist aber von einer Stellungnahme der gesamten Öffentlichkeit abhängig. Die Notwendigkeit, den „Bildungskoefizienten der breiten Massen" zu verbessern, wird konstatiert. Zur Verbesserung der Tätigkeit der Hochschulen wird die Bildung von Fachkommissionen der Experten vorgeschlagen, welche die Konzeption für die Fachgruppen festsetzen sollten. Weiter wird empfohlen, die personellen Veränderungen, die institutionellen Veränderungen und gleichfalls die Einführung einer konsequenten Kontrolle der Ausnützung der anvertrauten Mittel weiterzuführen. Insoweit dann in den detaillierten Analysen der Situation der einzelnen Fakultäten oder Fakultätsgruppen Bemerkungen auftreten, die für das Thema einer Diversifikation des Studiums eine Bedeutung hatten, werden diese im weiteren Text erwähnt.

Ein weiterer Schritt war das Suchen nach einem System zur Erhaltung einer Übersicht über den aktuellen Stand und die Aussichten wie Absichten der einzelnen Fakultäten. Es wurde eine Datenbasis gebildet, welche folgende Angaben enthält: A. Identifikation + Quantitative Werte (Studentenzahl, Zahl der Mitarbeiter, der Lehrer in Gliederung, Koeffizenten usw.); B. Fakultätsstruktur + Haupt- und Nebenfächer des Studiums; C. Wissenschaftliche Arbeit (Zahl der Mitarbeiter, Monographien, Stipendien, ausländischer Widerhall usw.); D. Unterrichtssystem + Aufnahmeverfahren; E. Wirtschaftsindex (Grundmittel, Umfang des Voranschlags, wirtschaftliche und Unternehmertätigkeit usw.); F. Technische Bedingungen (Gebäude, Informationssystem, Ausstattung usw.).

Diese Unterlagen bilden eine Beilage der „Grundtrends der Entwicklung der Karlsuniversität im Jahre 1992", die bisher den aktuellsten Stand einer formulierten Strategie darstellen.

5. Der gegenwärtige Stand der formulierten Strategie

Das Material „Grundtrends der Entwicklung" formuliert in seinem ersten Teil die Ausgangspunkte. In bezug zum verfolgten Thema der Diversifikation können wir aus Art. 1.5, zitieren: Er „deklariert" das Vorrecht der Entfaltung traditioneller Fächer, die schon ihren Platz errungen haben und ein anerkanntes Renommee in der Gesellschaft besitzen, ein besonnenes Handeln bei der Gründung neuer Fächer auf öffentliche Anforderung und Entfaltung des „Studium generale". Im Detail wird dieses Thema im weiteren Teil und in den Beilagen behandelt.

Artikel 2, Struktur des Studiums, konstatiert, daß die Bildung eines Netzes regionaler Universitäten und damit eines Konkurrenzmilieus vorläufig für die Karlsuniversität keine Gefahr darstellt. Im Gegenteil ermöglicht die Situation, zu einer angesehenen Auswahlhochschule zu werden. Bei einer Erhaltung vieler Fächer ist es notwendig, eine Auswahl einzuleiten mit dem Ziel, nur solche Fächer zum Studium anzubieten, die auf einem Niveau gepflegt werden, das dieser Ambition angemessen ist. Weiter wird der interdisziplinäre und transdisziplinäre Zutritt betont, der einerseits als Gegengewicht der Ausbildung einseitiger Spezialisten, andererseits als wirtschaftlich effektivere Methode betrachtet wird. Eine mögliche Auflösung der traditionellen Struktur der Katheder und Fakultäten und ihre Ersetzung durch „Zentren", „Institute" oder „Schulen" wird erwogen.

Das Bakkalaureusstudium sollte einerseits als abgeschlossene Alternative mit eigener Geltungsperspektive, anderseits als Vorstufe des Magisterstudiums konzipiert werden. Die Offenheit der Hochschule gegenüber der breiten Öffentlichkeit ist durch verschiedene Formen des postgradualen Studiums (Kurse) und die Sommerschulen, anderseits durch die "Universität des dritten Alters" an den medizinischen Fakultäten, der juristischen Fakultät, der Fakultät für Körpererziehung und Sport usw. gesichert.

Viel Aufmerksamkeit wurde der Perspektive des integralen Studiums gewidmet, dessen Studienpläne so konzipiert sind, daß das Grundskelett der Studienmodule aus den gegenwärtigen Unterrichtsangeboten der einzelnen Fakultäten im Rahmen der Karlsuniversität hervorgehen. Die Studenten bleiben aber auch weiterhin Mitglieder der Fakultät, an welcher sie immatrikuliert wurden. Dieses Studium ermöglicht eine individuelle Profilierung in den gewählten Fächern: über den Studienlauf entscheidet ein individueller Studienplan. Jedem Studenten wird ein Konsultant (Tutor) bestimmt, der den angeführten Plan und das Gebiet der Diplomarbeit vorschlägt. Es sind Module des „Integralen Studiums des Menschen" und der „Theoretischen Biologie" vorbereitet, die vom Institut der Bildungsgrundlagen gesichert werden, weiter „Fragen der Umwelt" die vom Zentrum für die Umwelt vorbereitet sind. Im Jahre 1993 wurde das dritte Bakkalaureatstudium der humanistischen Bildung an der pädagogischen Fakultät eröffnet.

Zu diesen hier konstatierten Tatsachen fügt die Beilage unter dem Titel „Konzeption der pädagogischen Arbeit" die Forderung hinzu, an der Festsetzung eines einheitlichen Niveaus des Bakkalaureatstudiums in europäischen Maße mitzuwirken.

Aus den Übersichten in den Beilagen zu den „Grundtrends" kann über die Studienformen an den Fakultäten der Karlsuniversität folgende Zusammenfassung formuliert werden:

- Theologische Fakultäten (Kath. theol. Fak., Evang. theol. Fak., Hussitische theol. Fak.) bieten ein Magisterstudium und Fernstudium an;

- die Philosophische Fakultät: Magisterstudium, manche Fächer haben selbständiges Bakkalaureatstudium;

- Juristische Fakultät: Magisterstudium,

- Medizinische Fakultäten: Studium mit Doktorat, verschiedene Formen des Bakkalaureatstudiums: 1. med. Fak. - Krankenpflege; 2. med. Fak. - Fernstudium, Kinderfürsorge; 3. med. Fak. - Physioteraphie (6 Sem.) und Gesundheitswissenschaften (8 Sem. Fernstudium); med. Fak. Königgrätz und Pilsen - Krankenschwester - Bakkalaureatstudium;

- Naturwissenschaftliche Fakultät: Magisterstudium als Fachstudium oder Lehrerstudium, an allen Fächern besteht eine Bakkalaureatstufe, das selbständige Bakkalaureusstudium ist für Lehrer mit einer Approbation bestimmt;

- Pharmazeutische und Pädagogische Fak.: Magisterstudium;

- Fak. f. Körpererziehung u. Sport: Magisterfachstudium und Lehrerstudium für das Fach Körpererziehung und Sport, Bakkalaureusstudium für die Fächer Physiotherapie, Rehabilitation, Körpererziehung für Körperbehinderte;

- Mathematisch-Physikalische Fakultät: ordentliches Magisterstudium, Bakkalaureatstudium als Vorstufe.

- Fak. f. Sozialwissenschaften: ordentliches Magisterstudium für Journalistik, internationale Beziehungen, vorläufiges Bakkalaureatstudium für die Fächer Ökonomie, Politologie, Soziologie und ebenfalls Journalistik.

Praktisch widmen sich alle Fakultäten verschiedenen Formen einer Weiter- und Gesamtlebensbildung, wenn auch die Bezeichnung der Formen ganz unterschiedlich ist: postgraduales (außer dem Doktorandenstudium), erweiterndes, spezialisiertes, Universität des dritten Alters, Abendkurse usw.

Das ganze Material „Grundentwicklungstrends" wurde im Februar 1993 zum Gegenstand einer gemeinsamen Diskussion des Kollegium der Rektors, des akademischen Senates und der Dekane. Die einzelnen Sektionen befaßten sich mit den zuständigen Partien des Materials und nahmen ergänzende und ändernde Schlußfolgerungen an. Die Sektion für Pädagogik konstatierte im Protokoll meistens mit Modifikationen, was schon im ursprünglichen Text angeführt war. Sie bestätigt das Interesse, weiter die Formen des Bakkalaureatstudiums und zwar in beiden Formen zu entfalten: als abgeschlossenes praktisch

orientiertes, selbständiges Studium und ebenfalls als „offenes" Studium, welches eine Vorstufe des Magisterstudiums bildet. Es wird empfohlen, „die Tendenzen zu stärken, die zu einer größeren Freiheit der Wahl des Bildungsweges, einer größeren Wählbarkeit der Fächer und der Lehrer, im Rahmen der Fakultät sowie auch zwischen denselben führen".

6. Kraft und Schwäche der akademischen Selbstverwaltung.

Die Angehörigen der herrschenden Nomenklatur (aber auch viele gewöhnliche Bürger) der Tschechoslowakei nahmen lange die in der Sowjetunion und Osteuropa am Ende der 80er Jahre begonnene Entwicklung nicht zur Kenntnis. Der November 1989 wurde deshalb zu einem durch bedeutenden Überdruck hervorgerufenen Bruch. Die Veränderung der Verhältnisse, die wir gewöhnlich als Revolution bezeichnen (mit verschiedenen Attributen), wurde so von einer Reihe Erscheinungen begleitet, unter welchen der Pendeleffekt dominiert. Unter diesem Einfluß bildete sich auch im Hochschulwesen ein Zustand hervor, der eine Reaktion auf die Verhältnisse vor dem Umsturz darstellte. Was charakterisierte diese Verhältnisse?:

- ein zentralisiertes Verwaltungssystem (betrifft die Beziehung Ministerium - Hochschule),
- eine in verschiedenen Maße zentralisierte Verwaltung der Institutionen (Beziehung Hochschule - Fakultät),
- Einfluß der politischen Institutionen (KP der Tschechoslowakei, Jugendbund, Gewerkschaften).

Diese Situation führte zu vielen konkreten, gegenseitig verbundenen Folgen, wie z.B. der Unterbindung aller Initiative, der Herrschaft der oft Unfähigen, Einschränkung der internationalen Beziehungen und damit der Möglichkeit eines Vergleiches. Die Hauptschwächen des Hochschulsystemes wurden wie folgt dargelegt:

Uniformität der einzelnen Hochschulen, Fakultäten, Institute und Lehrer
Es verschwanden ausgezeichnete Persönlichkeiten und Arbeitsstätten, deren Arbeit einen Weltruf hatte, es fehlte eine inspirierende Umgebung.

Disparität der Fächer
Viele Fächer sind in der vergangenen Epoche als Ergebnis intuitiver persönlicher Ansichten leitender Funktionäre entstanden.

Devastierte Studienmoral
Kennt den Begriff des Opfers und der Selbstüberwindung nicht.

Devastierte Moral der Lehrkräfte
Es kam zu keiner radikalen Auswechselung des Lehrkörpers, der jahrzehntelang die Reinheit der persönlichen Stellungnahmen schwächte, nach dem Fall des Regimes.

Keine Vorbereitung der Studenten mit Abitur
Fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Fähigkeit, mit der Literatur zu arbeiten wie überhaupt selbständig zu arbeiten.

Dislokation der Hochschulen, Fakultäten, Lehrräume, Wohn- und Verköstigungseinrichtungen, ungenügende technische Ausstattung
Die Verteilung der Hochschulen und einzelnen Arbeitstätten wurde bedeutend von politischen Hinsichten und Finanzfragen beeinflußt. Die Schulen sind nicht ausreichend mit elektronischer Technik ausgestattet, es besteht kein Zugang in das internationale Informationsnetz.

Lohndiskriminierung der Intelligenz
Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Qualität der geleisteten Arbeit und der Gehaltshöhe.(16)

Gegen diese verhängnisvollen Folgen und ihre vorausgesetzten Gründe richteten sich die ersten Schritte der neu erwachten akademischen Gemeinde. Zu den Forderungen der spontan entstandenen akademischen Senate gehörten: Demokratisierung des Lebens der Hochschulen nach innen und nach außen, Autonomie, Selbstverwaltung, akademische Freiheiten und wieder und wieder Selbstverwaltung, Selbstverwaltung. Dies waren bestimmt richtige Prinzipien, von welchen auch die Vorbereitung des neuen Hochschulgesetzes vom Sommer 1990 getragen wurde.

In den Institutionen trat das Prinzip der Selbstverwaltung durch die Legalisierung der akademischen Senate und der Zuerkennung bedeutender Entscheidungsbefugnisse an diese Senate in Erscheinung. Außerdem wurden auch die Fakultäten zu autonomen Selbstverwaltungsobjekten erklärt und ihnen Rechtssubjektivität zuerkannt. Die Selbstverwaltung der akademischen Angelegenheiten wurde so um eine allgemeine Selbstverwaltung erweitert. Das Gesetz regelte die Form der Bildung und Zusammensetzung des Senates so, daß jede Fakultät mit einer gleichen Mitgliedszahl vertreten ist. Die Mitglieder des Senates sind der akademischen Gemeinde verantwortlich. Die Zusammensetzung des Senates (d.h. die Zahl der Vertreter der Fakultäten, die Struktur-Vertretung der Lehrkräfte, Studenten und anderer Angehörigen der akademischen Gemeinde) überließ das Gesetz den Statuten und so der Entscheidung des akademischen Senates jeder Hochschule. Die Definition der akademischen Gemeinde blieb ebenfalls dem Willen des Senats und den Statuten überlassen.

Als weitere Erscheinung der Demokratisierung wird konsequent das Wahlprinzip für akademische Würdenträger festgesetzt, die Wahlperiode ist auf drei Jahre beschränkt, mit der Möglichkeit nur einer Neuwahl. Das neu gebildete System hatte von den ersten Anfängen an Probleme mit dem Suchen eines solchen modus operandi, welcher eine effektive Leitung in den Bedingungen beschränkter Quellen sichern würde. Vom ersten Moment an sind die Hochschulen den Konsequenzen des Transformationsprozesses ausgesetzt, besonders den Folgen einer restriktiven Finanzpolitik, den Folgen der Restitutionsgesetze, dem schnellen Anwachsen der Energiepreise und der Lebenskosten überhaupt. Die erfolgreiche Bewältigung der Situation ist vom Maß der Verantwortung, dem Maß der Fähigkeit und dem Maß der Toleranz, mit welcher alle Beteiligten handeln werden, außerordentlich abhängig.

7. Die Verantwortung

Die Frage der Verantwortung ist für eine Klärung des Mechanismus jedes Systemes oder Institution eine Schlüsselfrage. Über die einzelnen Hochschulen sagt das Hochschulgesetz in §13 klar, daß die Institution vom Rektor geleitet wird. Er ist für seine Tätigkeit dem akademischen Senat verantwortlich, der ihn wählt und abberufen kann. In Angelegenheiten des Haushaltsplanes und seiner Durchführung, bei der Bildung und Registrierung der Statute und in Angelegenheiten des Prüfungsrechts und der Leitung ist er dem Minister unterstellt. Es wird nicht gesagt, ob der Minister einen Antrag auf Abberufung des Rektors stellen kann. Der Mechanismus der Verantwortung des Rektors ist aber verhältnismäßig klar beschrieben.

Eine bestimmte Unklarheit bringen jedoch die Befugnisse der akademischen Senate. Sie bestätigen u.a. die Aufteilung der Finanzmittel des Jahres, wofür aber der Rektor dem Minister verantwortlich ist. Außerdem bestätigt der Senat der Hochschule das Statut, welches - in Hinsicht auf seine Registrierung durch des Ministerium - zwar keine Tatsachen contra lege regeln kann, aber es kann - und tut dies auch oft - die Befugnisse der akademischen Funktionäre und anderer Vertreter der Universität weiter einschränken. Der Senat ist der akademischen Gemeinde verantwortlich. Die so formulierte Verantwortung hat zwei Schwächen: erstens ist die Definition der akademischen Gemeinde dem Statut anvertraut (welches vom Senat bestätigt wird), so daß der Umkreis der Mitglieder der akademischen Gemeinde fast willkürlich zum Nachteil der Gruppen eingeschränkt werden kann, die ungenügend im Senat vertreten sind, und zweitens kann diese Verantwortung praktisch nicht appliziert werden, wenn wie an der Karlsuniversität die akademische Gemeinde z.B. aus 3.500 Lehrkräften und weiteren Hunderten Fachkräften besteht. Es kommt also nur in Erwägung, daß z.B. die akademische Gemeinde einer Fakultät ihre Vertreter im akademischen Senat zur Verantwortung ruft. Das betont aber nur wieder, daß die Senatoren nur Delegierte der Fakultäten und nicht Vertreter der ganzen Universität sind.

Der akademische Senat kann sich im Statut jede weitere Entscheidungsbefugnis vorbehalten. Das geschieht auch öfters und die Senate widmen so der Behandlung von Fragen der Wirtschaftsleitung und Universitätsverwaltung mehr Zeit und Energie, als Angelegenheiten der akademischen Selbstverwaltung, wie z.B. der Formulierung einheitlicher Grundsätze für die Studienvorschriften der Fakultäten, den Studienplänen, dem Plan der Evaluation der Mitarbeiter und Arbeitsstätten, den Fragen der Systematisierung und überhaupt dem personellen Aufbau der Institution, der Formulation der Teile der Strategie, die besonders mit der Qualität des Studiums und der Bestimmung der Entfaltung der Studienfächer usw. in Verbindung stehen.

8. Befähigung

Wir sprachen bereits über das Verwaltungssystem des Hochschulwesens, eingeschlossen seiner Schwächen, die aus Unklarheiten in der Verantwortung und einem Übermaß der Autonomie hervorgehen. Es bewährte sich nicht die Konstituierung der leitenden Körperschaften dieser Institutionen als 1. Versammlung einer gleichmäßigen Zahl von Vertretern aller interessierten Bestandteile, 2. einer Versammlung von fast nur Laien in den Gebieten, in welchen entschieden werden soll, 3. einer umfangreichen Versammlung. Die Verwaltung und besonders die Hochschulwirtschaft als Gesamtheit und der einzelnen Institutionen sollte durch eine Körperschaft geleitet werden, welche außerhalb der Zentralorgane steht. Es sollte sich um eine operative und aktionsfähige Körperschaft handeln (7-11 Personen), zum größeren Teil aus Vertretern der akademischen Instituionen zusammengestellt, zum Teil dann aus Staatsbeamten, ergänzt um die Teilnahme von Experten z.B. aus Finanzkreisen, Industrie, Kultur. Die Vertreter der akademischen Institutionen könnten von der Tschechischen Rektorenkonferenz und in Analogie des Rates der Hochschulen, die aber die Funktion einer Versammlung von Vertretern der akademischen Gemeinde mit beratender Stimme hat, also gestützt auf der Autorität einer solchen Vereinigung, nominiert werden.

An den einzelnen Hochschulen könnte gleichfalls die Stellung und die Rolle des akademischen Senates neu definiert werden und zwar als Organ der akademischen Selbstverwaltung. Der heutige Senat der Karlsuniversität ist nach dem Schlüssel durch zwei Vertreter der Lehrer und zwei Vertreter der Studenten für jede Fakultät und vier Vertreter der Universitätsbestandteile, Institute und des Rektorates gebildet worden. Bei 16 Fakultäten ist die Zusammensetzung des Senates wie folgt:

Studenten 32, d.h. 47 %
Andere: 36, d.h. 53 %
davon Professoren 8, d.h. 11,8 %
Dozenten 15, d.h. 22 %
Assistenten 8, d.h. 11,8 %
Fachkräfte 5, d.h. 7,4 %
Insgesamt 68, 100 %.

Selbstverständlich bringen die Entscheidungen in einem so konzipierten Senat eine Reihe von Problemen mit sich. Jede Behandlung besonders von Fragen, in welchen die Zustimmung das Senates gesetzlich festgesetzt ist, ist sehr zeit- und energieraubend. Der Verlauf der Fragenbehandlung, die in irgendeiner Art die Studenten betreffen (soziale - z.B. Miete im Studentenheim - oder Studienangelegenheiten - z.B. Studienordnung) ist durch das Maß der Vertretung dieser Gruppe im Senat gekennzeichnet. Selbstverständlich ist die Zusammensetzung des Senats vom Statut abhängig (z.B. hat die Technische Hochschule die Vertretung der Studenten auf 30 % beschränkt), aber das Statut wird letzten Endes vom Senat angenommen, und es liegt an seinem Willen, sich selbst zu ändern. In diesem Sinne scheint der Vorschlag einer Gesetzesnovelle, der

die Verhältnisse im Senat so regelt, daß er die Vertretung der Studenten auf 30 %, der Professoren und Dozenten auf 40 % limitiert, einen gewissen Schritt zur Lösung darzustellen. Gleichzeitig wird die Beseitigung der Bestimmung vorausgesetzt, laut welcher die Rektoren und Dekane nicht Mitglieder des Senates sind, ganz im Gegenteil sollen diese Senatsmitglieder ex officio werden.

Es wäre ungerecht nicht anzuführen, daß sich im Verlauf der vergangenen drei Jahre die Zusammenarbeit der Hochschulleitungen und der Senate ausdrücklich besserte und effektiver wurde. Das Hauptverdienst daran hatte der Übergang zu einem Arbeitsstil mittels Fachkommissionen des Senates, ergänzt durch Fachleute, die Unterlagen und Empfehlungen vorbereiteten (z.B. Wirtschaftskommission, pädagogische, soziale, Dislokationskommission usw.). Es bleibt aber ein offenes Problem, ob es im Denken des Einzelnen zu einem Fortschritt gekommen ist, oder ob es gelungen ist, das „Kollektivbewußtein" des Senates zu entfalten oder zu verschieben. Im ersten Falle beginnt dann alles mit dem neu gewählten Senat für die folgenden drei Jahre von neuem. Im zweiten Falle ist die Sache hoffnungsvoller, auch ohne ausgeprägte Änderungen in der Gesetzesnovelle.

9. Toleranz

Wir führten schon an und wiederholen die Hoffnung, daß es den Universitäten, dem Hochschulsystem, ja, der ganzen Gesellschaft gelingt, die Konsequenzen des Pendeleffektes zu überwinden, was von drei Werten abhängig ist: vom Maß der Verantwortung, vom Maß der Kompetenz und dem Maß der Toleranz, mit welchen die daran Interessierten zur Lösung derProbleme herantreten. Das Pendel kann nicht angehalten werden, mit ihm würde auch die Zeit stehen. Es kann aber an einer Entfaltung der angeführten drei Werte gearbeitet werden. Über die Problematik der Verantwortung und der Kompetenz wurde schon gesprochen. Die Toleranz ist für den Erfolg, für die Lösung, die oft in einem Suchen nach einem annehmbaren Kompromiß besteht, fast eine Schlüsselfrage.

Es kann erwartet werden - da im Milieu der Hochschulen, die oft betonen, daß sie eine Gemeinschaft bilden, in welcher der Geist der Kollegialität und Toleranz herrsche - keine Probleme bei der Unterstützung der gemeinsamen Interessen, für einen Kompromiß, für gegenseitiges Verständnis bestehen sollte. Es scheint aber, daß die heutige Situation mit den Tendenzen zur begrüßten Dezentralisation, Demokratisierung und Selbstverwaltung in der Leitung der Institution wegen der restriktiven Finanzpolitik des Staates für die rationale Allokation der ungenügenden Mittel eher den Managerstil der Leitung erfordert. Dies ruft eine gewisse Spannung zwischen den Vertretern der akademischen Selbstverwaltung, der Leitung der Bereiche und der einzelnen Hochschulen hervor. Besonders die Vertreter der Wirtschaftsleitung, die Administratoren, sind verschiedenem Druck ausgesetzt und müssen einem bedeutenden Widerstand entgegentreten, wenn sie versuchen, Spar- oder Rationalisierungsmaßnahmen zu verwirklichen, die als Einschränkung der akademischen Privilegien aufgefaßt werden. Auch die Bemühungen, alternative Quellen der Finanzierung der Hochschulen zu finden, wurden zu einem Gegenstand fast eifersüchtiger Aufmerksamkeit, denen teilweise der Neid gegen solche Arbeitsstätten oder Personen nicht fehlt, die eine Form gefunden haben, ihre Wirkung an der Universität mit einer annehmbaren Unternehmeraktivität zu verbinden.

Wir können uns leicht überzeugen, daß die Atmosphäre eines gewissen Mißtrauens zwischen der Administration und dem akademischen Teil der Hochschulen keine Ausnahme bildet, Kollegen aus vielen Ländern sprechen darüber. Sicher hat auch das System der Hochschulleitung seinen Anteil daran, welches die Behandlung oder sogar Bestätigung solcher Maßnahmen in den Selbstverwaltungsorganen verlangt. Eine besondere Atmosphäre oder fast Psychose, die manchmal die Verhandlungen der Vertreterkörperschaften in den neuen Demokratien begleitet, bewirkt oft, daß mit Kommissionen und Einzelpersonen erfolgreich besprochene Vorschläge abgelehnt oder verschiedene komplizierende Bedingungen gestellt werden. Dies geht, allem Anschein nach, meistens aus den schon erwähnten Disproportionen zwischen den Befugnissen und der Verantwortung hervor. Aber auch das scheint keine neu oder ungewöhnliche Sache zu sein, wie wir schon nach dem antiken Sprichwort „Senatores boni viri, senatus mala bestia" annehmen können. Die einzige Medizin ist hier ein dauernder Appell an die Toleranz, an das gegenseitige Verständnis, wir alle müssen lernen, in den neuen Bedingungen zu handeln. Wir können uns hier noch an ein juristisches Sprichwort erinnern: In dubio pro reo. Versuchen wir also bei Zweifel im Handeln des andern eher den guten Willen zu suchen.

Jan Winkler, JUDr., ist Quästor der Prager Karls-Universität

Anmerkungen:

1) Diese Gedanken wurden schon bei verschiedenen Gelegenheiten vorgetragen. Sie wurden zusammengefaßt in der Studie: R. Palouš „Univerzita jako vysoká škola" (Die Universität als Hochschule) in: Obnova ideje univerzity, Univerzita Karlova, im Druck.

2) S. Bericht über die Tätigkeit der akademischen Repräsentation der KU im Jahre 1990, ohne Datum, Univerzita Karlova Praha, S. 4-5.

3) Harrach, L. - Kotásek J. - Koucký, J. - Hendrichová J., Vysoké školství v SFR (Die Hochschulen in der SFR), Praha 1991.

4) Concluding Recommendations, 1992, Bericht der Exame-Kommission OECD, RVŠ Praha.

5) Tavernier Karel (1990) Strategic Evaluation in University Management, OCDE Conference Paris.

6) Fielden, J. - Lockwood, G. (1973) Planning and Management in Universities, Chatto and Windus London. Lockwood, G. - Davies, J. (1985) Universities: The Management Challenge. SRHE-NFER Nelson.

7) Einige Erkenntnisse aus diesem Aufenthalt s. Winkler, Jan, Vysoké školy, fundraising a um ní smrti (Die Hochschulen, fundraising und die Kunst des Todes) in: *Aula* 3/93, S. 55-59.

8) Cerych, L. - Sabatier, P. (1986) Great Expectations and Mixed Performance. The Implementation of Higher Education Reforms in Europe. Trentham Books (aus dem Französischen).

9) Priorités pour l'université. Rapport au Président de la République (1989), La Documentation francaise Paris.

10) Strategic Choice. Corporate Strategies for Change in Higher Education (1989) ed. Paul Temple and Celia Whitchurch, CUA.

11) Analyse von Struktur, Trägerschaft und Leistungen der Universität Basel und Entwicklung von Alternativen (1991), Hayek Engineering AG, Zürich.

12) Die Karlsuniversität und ihre Zukunft, unveröffentlicht (Mai 1991), 8 Seiten.

13) Univerzita Karlova (Karlsuniversität) - 1991, J. Mihule u. C. Höschl, nicht publiziert, Juli 1991, 40 Seiten.

14) Mihule, Jaroslav (1992), Naše nejstarší vysoká škola na prahu r. 1992 (Unsere älteste Hochschule zum Beginn d. J. 1992), in: *Alma Mater* 2/92, S. 72-78.

15) Winkler, J. (1991) Jak p e ít mezi mlýnskými kameny (Surviving between the rock and a hard place) in: Studiereis secretarissen 1991, Erasmus University Rotterdam; derselbe (1992) Co trápí kvestory (Was plagt die Quästoren), in Univerzita Karlova 1990-1991, Probleme, Änderungen, Pläne. Beiträge aus dem Seminar, Univerzita Karlova 1992.

16) Mihule, Jaroslav, op. cit.

Rein Raud (Tallinn):

Die Estnische Humanistische Hochschule Tallinn

Die Estnische Humanistische Hochschule Tallinn (EHH) wurde im Jahr 1988 gegründet, zu einer Zeit, als in Estland der Befreiungsprozeß schon begonnen hatte, obwohl die offiziellen Machtstrukturen hier wie auch in anderen osteuropäischen Ländern noch den Grundsätzen der sowjetischen Ideologie folgten. Zu den spezifischen Merkmalen der Befreiung Estlands muß man wohl rechnen, daß einige Funktionäre verschiedener staatlicher Strukturen Initiativen unterstützten - oder zumindest nicht behinderten -, die sich zum Ziel gesetzt hatten, die nationale Kultur zu erhalten, sie vielfältiger zu gestalten und ihre Grenzen zu erweitern, obwohl all dies nicht im Einklang mit den Grundsätzen des Systems stand und teilweise geradewegs gegen sie gerichtet war.

Auch die Estnische Humanistische Hochschule, deren Gründung besonders von der jungen Intelligenz begrüßt wurde, fand bereits im Herbst 1988 offizielle Anerkennung und konnte nach einjährigen Vorbereitungen im Frühjahr 1989 die ersten Studenten immatrikulieren. Im Herbst desselben Jahres wurde der reguläre Lehrbetrieb aufgenommen.

Bis heute ist die Studentenzahl an unserer Hochschule auf über 200 angewachsen. Diese Zahl scheint für sich betrachtet nicht sehr hoch zu sein, wirkt jedoch vor dem Hintergrund anderer Kennziffern beeindruckender:

An der EHH sind etwa 80 Lehrkräfte tätig (unter Einbeziehung der Honorarlehrkräfte), es gibt elf Lehrstühle an drei Fakultäten, die sowohl Haupt- als auch Nebenfachstudiengänge anbieten. An der Philologischen Fakultät wirken Lehrstühle für folgende Einrichtungen: Estnische und Finno-Ugrische Philologie, Anglistik, Germanistik, Romanistik, Ostasienwissenschaften (Studiengänge Japanologie und Indologie-Tibetologie) sowie Semiotik und Literaturtheorie. Die Fakultät für Geschichte hat sich in letzter Zeit verstärkt interdisziplinär orientierten Forschungen zugewandt und arbeitet dabei mit dem Institut für Geschichte an der Akademie für Wissenschaften zusammen. Die Philosophische Fakultät untergliedert sich in die Lehrstühle für Gesellschaftstheorie, Theologie und Philosophie. Letzterer bietet dabei Möglichkeiten einer Spezialisierung auf theoretische Philosophie oder auf Geschichte der Philosophie an. Als selbständige Struktur innerhalb der EHH arbeitet ein Theaterstudio. Im ständigen Lehrange-

bot unserer Hochschule finden sich 17 Fremdsprachen, Kurse für einige weitere Sprachen werden je nach Bedarf organisiert, wobei die Anforderungen an die Fremdsprachenkenntnisse der Studierenden - unabhängig von ihrer Fachrichtung - spürbar über den sonst üblichen liegen.

Fast alle Hochschulen der Welt zählen wohl die in ihnen herrschende besondere Atmosphäre zu ihren starken Seiten. Dies ist auch in der EHH der Fall, wodurch sich unsere Einrichtung sehr deutlich von anderen estnischen Hochschulen abhebt.

Erstens lastet auf uns nicht das Erbe der sowjetischen Okkupationszeit, bei uns arbeiten keine Lehrkräfte, die sich bekanntermaßen noch vor nicht allzu langer Zeit von gänzlich anderen Prinzipien leiten ließen. Gleichzeitig ist unsere Hochschule aber auch nie eine Hochburg kämpferisch gestimmter, engstirniger Dissidenten gewesen, eher ein fruchtbarer Boden für wissenschaftliche Diskussionen und die Koexistenz verschiedener Denkweisen.

Das wohl bedeutendste Element, daß die außergewöhnliche Atmosphäre der Hochschule geprägt hat, stellt offensichtlich die akademische Freiheit dar, mit der man sich an anderen Hochschuleinrichtungen in Estland bisher ziemlich schwer getan hat. Unser Studiensystem zeichnet sich dadurch aus, daß die StudentInnen das Recht haben, ihren Studienablauf im Rahmen der Studienordnungen frei zu planen. Da die Anzahl der jährlich geforderten obligatorischen Prüfungsleistungen nicht übermäßig hoch liegt, können die Studierenden parallel zum Studienbetrieb einer Arbeit nachgehen oder schöpferisch tätig werden. Selbst in diesem Fall können sie nach fünf bis sechs Jahren den Diplom-Abschluß erwerben.

Diese akademische Freiheit macht die EHH zur interessantesten Hochschule in unserem Land für all diejenigen, die größeren Wert auf die traditionelle akademische Kultur legen und sich bei ihrer Lebensplanung nicht nur an künftigen Verdienst- und Karrieremöglichkeiten orientieren. Auch arbeiten die Lehrkräfte an unserer Einrichtung für ein Gehalt, das teilweise unter dem Landesdurchschnitt liegt. Dafür jedoch genießen sie weitgehende Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Lehrinhalte und müssen nicht engen pragmatischen Richtlinien folgen.

Das anspruchsvolle Studium, das in freier und kollegialer Atmosphäre stattfindet, hat auch bereits sichtbare Ergebnisse gebracht. StudentInnen unserer Hochschule schneiden oft sehr erfolgreich bei Stipendienausschreibungen ab, haben mit ihren Publikationen in der Presse Aufmerksamkeit erweckt, man bietet ihnen Einsatzmöglichkeiten im Außenministerium und in den Botschaften der Republik Estland an. Die Inszenierungen des Theaterstudios haben dauerhafte Anerkennung gefunden. Die Zahl der Studienbewerber an unserer Hochschule nimmt nicht ab, sondern eher zu, obwohl das gesellschaftliche Ansehen der geisteswissenschaftlichen Fächer und der Kultur den Tiefststand dieses Jahrhunderts erreicht hat.

Die Probleme, mit denen sich die EHH konfrontiert sieht, gehen auf den letztgenannten Aspekt zurück oder - richtiger gesagt - auf die radikal-liberale und monetaristische Wirtschaftsideologie im heutigen Estland. Auch von den großen Universitäten verlangt die staatliche Seite Geschäftstätigkeit, die EHH aber muß sich mit Hilfe von Sponsoren, über eine geringe staatliche Unterstützung und durch Studiengebühren finanzieren. Weil allerdings die wirtschaftliche Situation der Menschen hier in Estland, besonders auch der StudentInnen nicht allzu rosig aussieht, ist das Kollegium der Hochschule bestrebt, die Studiengebühren nicht zu sehr in die Höhe zu schrauben. Zugang zum Studium sollen bei uns ja nicht nur ausgewählte, zahlungskräftige Abiturienten bekommen, sondern vorrangig begabte junge Leute.

Trotz aller Schwierigkeiten hofft unsere Hochschule natürlich, ihre Tätigkeit fortsetzen zu können. Bisher haben wir große Hilfe und Unterstützung von mehreren ausländischen Sponsoren erhalten, sowohl in finanzieller als auch materieller Form. Uns haben Institutionen und Einzelpersonen aus Deutschland, den USA, aus Japan, England, Frankreich und Italien unterstützt. Hervorzuheben wäre unter anderem, daß der DAAD im September 1994 am Lehrstuhl für Germanistik der EHH ein Lektorat für Deutsche Sprache, Literatur und Landeskunde eröffnet hat. Nicht nur in Einzelfällen konnten StudentInnen der EHH mit Hilfe von Stipendien Studienaufenthalte an den Universitäten von Siena, Freiburg, Paris, Concordia, Helsinki und Sapporo absolvieren. Kein geringer Teil dieser ehemaligen Stipendiaten plant, nach Abschluß der EHH eine Arbeit zur Erreichung eines wissenschaftlichen Grades an den erwähnten Universitäten zu verteidigen.

Wenn sie dann eines Tages nach Estland und an unsere Hochschule zurückkehren und an die Seite der heutigen Lehrkräfte treten, dabei die Kombination von akademischer Freiheit und hohen Ansprüchen beibehaltend, kann das gegenwärtige Kollegium der Hochschule zufrieden sein: Damit wären unsere Hoffnungen in Erfüllung gegangen.

Rein Raud, Dr. phil., Orientalist und Japanologe, wurde an der Universität Helsinki promoviert und ist Rektor der Estnischen Humanistischen Hochschule Tallinn

Georg Schuppener (Leipzig):

Abschluß der ersten Phase des TEMPUS-Programmes der EG

I. Ausgangsvoraussetzungen und Zielsetzungen von TEMPUS

Im Mai 1990 verabschiedete der Ministerrat der EG das TEMPUS-Programm mit dreijähriger Laufzeit (akademische Jahre 1990/91 bis 1993/94: TEMPUS I); im April 1993 wurde das Programm erweitert und um drei Jahre verlängert (TEMPUS II). Das Programm, als Reaktion der Europäischen Gemeinschaft auf den Umbruch in den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) gedacht, verfolgt vor allem das Ziel, die Reform des Hochschulwesens in den MOE-Staaten innerhalb des postkommunistischen sozio-ökonomischen Transformationsprozesses zu fördern. Dies soll einerseits durch Mobilisierung von Reformkräften und Ideen in den Ländern selbst (quasi „Reform von innen") erreicht werden, andererseits durch Kooperation mit Partner aus der EG/EU auf verschiedenen Ebenen (d. i. „Reformanstöße von außen"). Von der Grundintention läßt sich TEMPUS somit nicht als eines der klassischen „Hilfsprogramme" verstehen, sondern vielmehr liegen die Schwerpunkte in der Stärkung selbstbestimmter Reformbestrebungen und in der Unterstützung durch Kooperation im Sinne von „Wandel durch Annäherung"; letzteres böte zumindest theoretisch auch die Chance, den Hochschulstrukturen in der EG/EU neue Impulse von außen zu geben.

In folgenden Staaten sollen durch TEMPUS die Reformprozesse im höheren Bildungsbereich gefördert werden: Albanien, Bulgarien, die drei baltischen Republiken, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn (Teilprogramm TEMPUS-PHARE) sowie Kasachstan, Kirgisien, Republik Moldau, Russische Föderation, Usbekistan und Weißrußland (Teilprogramm TEMPUS-TACIS).[1]

Die Durchführung von Projekten im Rahmen des Programmes soll durch nationale TEMPUS-Büros, die in den genannten Staaten sowie in allen Mitgliedsländern der EG/EU eingerichtet wurden, begleitet und unterstützt werden.[2]

2. Geförderte Aktivitäten

TEMPUS fördert vier verschiedene Kategorien von Aktivitäten, die sich wie folgt gliedern:

a) *Jugendaustausch*
In dieser Kategorie sollen sowohl traditionelle Formen des Jugendaustausches finanziell unterstützt als auch in Pilotprojekten neue Ansätze entwickelt und umgesetzt werden.

b) *Maßnahmen zur Förderung der Mobilität von Studenten und Dozenten*
Durch Vergabe von Stipendien und die Übernahme sonstiger Kosten von Austauschprogrammen[3] soll der Austausch von Studenten und Dozenten gefördert werden. Die Ziele dieses Teilprogrammes bestehen zum einen darin, Wissenschaftlern aus Osteuropa die Teilnahme an Kongressen und Forschungssymposien zu ermöglichen. Zum anderen soll durch den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten zwischen EG/EU- und den TEMPUS-Partnerländern der gegenseitige Kenntnisstand über die verschiedenen Hochschulsysteme verbessert werden. Erwünschte Resultate sind der Erwerb zusätzlicher Qualifikationen sowie Impulse für Forschung und Lehre, insbesondere aber für die Reform der Studien- und Lehrpläne an den beteiligten Hochschulen.[4]

c) *Gemeinsame Europäische Projekte*
Als Gemeinsame Europäische Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen aus dem Bereich der EG/EU und den Ländern des ehemaligen Ostblocks gefördert, wobei die Erarbeitung von Konzepten zur Hochschulreform und -entwicklung einen der Schwerpunkte bilden sollen. Weitere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Forschung und Lehre: Kooperation im Forschungsbereich, Förderung anwendungsorientierter Forschung zur Stärkung der Wirtschaft der TEMPUS-Partnerländer, Verbesserung der Zusammenarbeit von Universitäten und der Industrie, Aufbau von Wissenschaftler-Netzwerken, Überarbeitung von Lehrplänen und Lehrmaterialien, jeweils eingebunden in die internationale Kooperation der Hochschulen. Die Zahl der in die Projekte eingebundenen Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen (Akademien, Forschungsinstitute usf.) schwankt stark und reicht von 3 bis über 30.[5]

d) *Ergänzende Maßnahmen*
Als Ergänzende Maßnahmen werden kleinere Posten finanziert, beispielsweise Projekte, die dem Informationsaustausch dienen, die Organisation von internationalen Kongressen unter besonderer Berücksichtigung der MOE-Staaten oder auch Publikationen, die einen Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen von TEMPUS besitzen.

3. Die Umsetzung: Beispiel Polen[6]

Am Beispiel Polens soll im folgenden eingehender betrachtet werden, wie TEMPUS umgesetzt wurde, und dabei proklamierter Anspruch und konkrete Verwirklichung miteinander zumindest ansatzweise verglichen werden.

Insgesamt wurden in Polen im Rahmen von TEMPUS I 2.576 Maßnahmen gefördert, die Verteilung auf die Teilprogramme (TP) ergibt sich wie folgt:

Akad. Jahr	TP: JA	TP: MOBIL	TP: GEP	TP: EM
1990/91	22	816	85	30
1991/92	20	444	62	24
1992/93	84	299	100	20
1993/94	92	466	-	2
insgesamt	218	2025	247 (+10)*	76

(JA: Jugendaustausch, MOBIL: Mobilitätsprojekte, GEP: Gemeinsame Europäische Projekte, EM: Ergänzende Maßnahmen)
*: An 10 Projekten nahmen polnische Institutionen nicht von Beginn an teil.

Einen aufschlußreichen Einblick in die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche von TEMPUS (vgl. a) - d) oben) gewährt die folgende Übersicht über die Verteilung der Finanzen auf die einzelnen Teilprogramme:

Akad. Jahr	TP: JA	TP: MOBIL	TP: GEP	TP: EM	TEMPUS-Büro	Gesamt
90/91	0,2	3,8	8	0,4	-	12,4
91/92	0,1	1,9	15,6	0,4	0,1	18,1
92/93	1,0	1,2	27,2	0,1	0,05	29.5
93/94	2,0	1,2	34,1	0,1	0,1	37,5
Gesamt	3,3	8,1	84,9	1,0	0,25	97,5[7]

(Alle Angaben in Mill. ECU)

Die Übersicht über die Mittelverteilung zeigt als wesentliche Tendenz, daß der Schwerpunkt der finanziellen Förderung auf den GEP liegt. Die Aufwendungen für den Jugendaustausch weisen zwar eine steigende Tendenz auf, sind aber in ihrer Höhe eher unbedeutend. Die Austauschprogramme für Wissenschaftler verlieren an Bedeutung, jedenfalls hinsichtlich ihres Finanzbedarfes. Dies ist insofern verständlich, als der Nachholbedarf in den ersten Jahren am größten war.[8]

Betrachtet man die beiden Tabellen im Zusammenhang, so zeigt sich, daß beim Jugendaustausch und den Mobilitätsprogrammen eine große Anzahl an Projekten mit einem relativ geringen Mittelaufwand gefördert werden konnte. Die GEP sind mit fast 90% der aufgewandten Gesamtmittel hingegen, bezogen auf

ihre Zahl, außerordentlich kostenintensiv. Natürlich lassen sich Mobilitätsprojekte und GEP vom ihrem Aufwand her nur eingeschränkt vergleichen; denn während die Mobilitätsprojekte eher auf eine Förderung einzelner Personen und kleinerer Gruppen ausgerichtet ist, zielen die Gemeinsamen Europäischen Projekte mehr auf institutionelle Zusammenarbeit und auf die Förderung struktureller Reformen an polnischen Universitäten und Hochschulen. Dennoch scheint die Frage berechtigt, ob mit der vergleichsweise hohen Kapitalbindung im Bereich der GEP ein entsprechend hoher Nutzen korrespondiert oder ob es nicht sinnvoller wäre, die zur Verfügung stehenden Gelder anders zu verteilen.

Zur Beantwortung dieser Frage sollen die Realisierung und die Resultate der polnischen GEP näher untersucht werden:

Im Rahmen von TEMPUS I wurden in bezug auf Polen insgesamt 1741 GEP beantragt, von denen 257 (vgl. obige Tabelle) ausgewählt und bewilligt wurden. Dies entspricht einer Rate von knapp 15%; im akademischen Jahr 1991/92 lag die Bewilligungsquote sogar nur bei bei 11,8%. Die Zahlen zeigen einerseits das starke Interesse seitens polnischer wissenschaftlicher Institutionen an der europäischen Projektzusammenarbeit, andererseits, daß die zur Verfügung stehenden Mittel von TEMPUS zur Förderung dieser bei weitem nicht ausreichen. Aus einer Übersicht, aus welchen Bereichen die geförderten Projekte stammen, wird deutlich, welche Zielsetzung bei der Auswahl der Projekte zugrunde lag, d. h. aber auch wie das Ziel von TEMPUS, nämlich die Förderung des sozio-ökonomischen Transformationsprozesses, verstanden wird:

Management, BWL	60
Ingenieurwissenschaften	65
Medizin	19
Europäische Fremdsprachen	17
Agarwissenschaften	12
Umweltschutz	24
Wirtschaftl. u. sozialer Wandel	17
Architektur	5
Kunst/Design	5
Pädagogik/Lehrerausbildung	9
Geisteswissenschaften	3
Jura	4
Naturwissenschaften	14
Sozialwissenschaften	3
Summe der Projekte	257

Aus der Verteilung auf die einzelnen Bereiche läßt sich klar eine starke Präferenz für Technik und Wirtschaft erkennen. Der postkommunistische Transformationsprozeß wird also, schließt man von der Projektauswahl auf die Intention zurück, nicht als gesellschaftlicher, sondern wesentlich als technisch-ökonomischer begriffen.[9] Dies zeugt einerseits von einer gewissen Begrenztheit der Sicht, andererseits offenbart dies allerdings auch die durchaus nicht uneigennützigen Interessen, die diesem Programm zugrunde liegen: Es geht nicht vorrangig um die Unterstützung bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme, die sich in der Übergangssituation ergeben, in der sich die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas momentan befinden. Viel-

mehr, und dies zeigt sich an der Prioritätensetzung bei der Auswahl der GEP, werden diese Staaten eher als zukünftige Wirtschafts- und Handelspartner für die EU gesehen. Gemäß dem aus der konkreten Umsetzung zu erschließenden impliziten Konzept des Programmes soll der wirtschaftliche Wandel dem gesellschaftlichen vorausgehen.

Wäre die Unterstützung und Förderung des gesellschaftlichen Wandels faktisches Hauptanliegen des Programmes, so ließe sich mit anderer Schwerpunktsetzung eine wesentlich größere Breitenwirkung erzielen. Ansatzpunkte wären auf Grund ihrer Multiplikatorfunktion und ihres großen Einflusses auf die zukünftige Ausbildung an den Schulen beispielsweise die Pädagogischen Hochschulen, die bislang mit einer Genehmigungsrate von weniger als 9% (4 von 45 beantragten Projekten) weit unterdurchschnittlich berücksichtigt wurden.

Die ausgeprägte Technikorientiertheit der Umsetzung des TEMPUS-Programmes zeigt sich nicht nur in der Auswahl der unterstützten Projekte, sondern wird auch bei der Mittelvergabe innerhalb der Projekte deutlich. So besteht einer der zentralen Schwerpunkte von einem Großteil der Projekte in der Beschaffung neuer technischer Geräte. Der Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel wurde für Ausstattungsbeihilfen und Reisekosten verwandt. Allein bei den Kosten der Projekte, die in den akademischen Jahren 1990/91-1991/92 starteten, betrugen die Aufwendungen für die Anschaffung von Rechnern, Büchern und Zeitschriften rund ein Drittel, mehr als ein weiteres Drittel wird für Reisekosten aufgewandt. Hingegen nimmt die Entwicklung von neuen Konzeptionen im Rahmen der Transformationsprozesse der Hochschulen und Universitäten in finanzieller Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle ein.

So sinnvoll und notwendig die einzelnen Ausrüstungsmaßnahmen, die Einrichtung von Rechner-Kabinetten, die Bereitstellung von Geräten für den Einsatz audio-visueller Medien im Unterricht bis hin zur Anschaffung von Großgeräten für die Medizin und Biologie sind, so erscheint es dennoch berechtigt zu fragen, ob dies nicht eher der Zielsetzung von reinen materiellen Hilfsprogrammen entspricht. Dieses Ziel hätte auch mit einem Sonderfond zur Ausstattung von Wissenschaftsinstitutionen osteuropäischer Länder mit modernem technischen Gerät bewerkstelligt werden können. Worin hierbei die über das rein Materielle hinausgehende Unterstützung und die Förderung der europäischen Zusammenarbeit, mit Hilfe derer nach der proklamierten Konzeption des TEMPUS-Programmes die Umstrukturierungsprozesse der osteuropäischen Wissenschaftslandschaft befördert werden sollen, bestehen, ist nur schwer erkennbar.

Unter den schon genannten Prämissen und Kritikpunkten bezüglich der Verwirklichung des Programmes liefert eine Bewertung der Resultate der GEP in Zusammenarbeit mit polnischen Partnern ein zwiespältiges Bild. Dabei bildet der Umstand, für eine solche Bewertung weitgehend auf Evaluationen durch den Projektgeber, nämlich die EU selbst,

angewiesen zu sein, eine zusätzliche Schwierigkeit. Insbesondere wenn in der Evaluation darauf hingewiesen wird, daß als eines der erreichten Ziele der GEP die Entwicklung von neuen Curricula bzw. die Überarbeitung und Fortentwicklung von bestehenden erreicht worden sei, ebenso die Umgestaltung und Erneuerung von Hochschulstrukturen, so ist angesichts der oben genannten Fakten beispielsweise hinsichtlich der Mittelverteilung oder bezüglich der Schwerpunktsetzung bei der Auswahl der Projekte Skepsis angebracht. Bei genauerer Betrachtung erweist sich auch hierbei, daß sich diese herausgehobene Erneuerung weitestgehend auf den wirtschaftlich-technischen Sektor an den Hochschulen und Universitäten beschränkt. Dies belegt ein Überblick über die in der Evaluation als besonders erwähnenswert bezeichneten Neugründungen von Hochschuleinheiten: 4 Einheiten im Bereich BWL/VWL (Typus „Business School"), 3 Einheiten auf dem Gebiete des (technischen) Umweltschutzes, 1 Einheit „Public Health", 1 Zentrum für Europäische Studien.

Bei der Überarbeitung von Curricula im Rahmen von TEMPUS-GEP nahmen allein in den ersten beiden Jahren der Laufzeit des Programmes die Projekte auf dem Gebiete von Wirtschaft und Technik/Ingenieurwesen mehr als 50% ein. Das vorrangige Interesse am Bereich Wirtschaft und Technik ist also insgesamt offenkundig. Dies wäre nicht negativ zu bewerten, wenn nicht die anderen Sektoren fast gänzlich ausgespart blieben, die einer Unterstützung innerhalb des notwendigen fachlichen Transformationsprozesses ebenso bedürfen und in ihrer Außenwirkung wie die Sozialwissenschaften, aber auch die Geisteswissenschaften (z. B. Geschichtswissenschaft) bei der Förderung, Begleitung und kritischer Reflexion des gesellschaftlichen Wandels eine große Rolle spielen könnten. Nochmals muß kritisch hervorgehoben werden, daß sich in der Füllung der GEP des TEMPUS-Programmes ein einzig auf wirtschaftliche Gesichtspunkte verengtes Verständnis der Transformationsprozesse im postkommunistischen Mittel- und Osteuropa widerspiegelt. Davon, daß ein solcher Wandel auch in einen gesellschaftlichen Prozeß eingebunden ist, im Rahmen dessen auch eine neue Standort- und Identitätsbestimmung postkommunistischer Wissenschaft erfolgen muß, ist hier jedenfalls keine Rede.

Angesichts dieser konzeptionellen Mängeln bei der Durchführung des Programmes erscheinen die Kritikpunkte, die bezüglich des polnischen Engagements bei der Umsetzung zu bemerken sind, nicht mehr besonders verwunderlich. Dies gilt speziell für die gewisse Trägheit zur Neubestimmung der Position von Wissenschaft sowie für die Schwierigkeiten bei der Einbindung in die internationale Kooperation auf polnischer Seite. Mit Blick auf die grundlegenden Fehler bei der Umsetzung erscheinen die folgenden Probleme im Detail eher als zweitrangig:

Für die Einbindung in größere internationale Projekte und für die Nutzungen von deren Möglichkeiten bedurften, wie die Evaluation im Rahmen des TEMPUS-

Programmes zeigte, polnische Institutionen vielfach eines Zeitraumes mehr als einem oder gar zwei Jahren. Als einen der Schwerpunkte der Probleme kristallisierten sich bürokratische und administrative Hemmnisse heraus, die teilweise mit der ungeklärten und im Umbruch befindlichen Gesetzeslage zusammenhängen. Allerdings beschränkt sich auch die Beschreibung der Probleme innerhalb der Umsetzung der Projekte weitgehend auf wirtschaftliche und technische Details, z. B. die Probleme mit der Zollbefreiung der im Rahmen der Projekte aus den Ländern der EG importierten technischen Geräte, die Schwierigkeiten mit dem schwerfälligen polnischen Banksystem, das den Geldtransfer behinderte, sowie Fragen der Besteuerung der durch das Programm bezahlten Gehälter und der sonstigen gewährten Gelder. Eine Analyse der gesamten Problemlage, zu der sicher auch Aspekte aus dem sozialen und personellen Bereich zählen, fehlt in den Ausführungen zur Evaluation der Projekte gänzlich.

Insgesamt fügt sich so alles zu einem großen Gesamtbild der Umsetzung der GEP in Polen im Rahmen des TEMPUS-Programmes der Europäischen Gemeinschaft:[10]

Ein wirkliches tieferes Eingehen auf die spezifische gesellschaftliche Umbruchsituation, innerhalb derer ein großer Teil der wissenschaftlichen Institutionen einer Neubestimmung ihrer Identität und Rolle innerhalb der momentan ablaufenden Transformationsprozesse bedürfte, findet bei der Verwirklichung des Programmes TEMPUS weder allgemein noch im Detail statt. Anstatt eine Neuorientierung auf allen Ebenen und im weitesten Sinne zu unterstützen, ist die Sicht auf potentiell Förderungswürdiges weitgehend auf den wirtschaftlich-technischen Sektor verengt. Das Übrige, so scheint man als implizite Devise aus der Umsetzung des Programmes herauslesen zu können, wird, sofern der wirtschaftliche und technische Wandel gelingt, auf dieser Basis den Wandel leicht vollziehen können, d. h. von selbst zum Besseren sich wenden.

Georg Schuppener, Dipl.-Math., promoviert an der Universität Leipzig zu einem wissenschaftsgeschichtlichen Thema

Anmerkungen:

[1] Vgl. Ost-West Wissenschaftszentrum der Universität Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Informationen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West; Kassel 1994[4], S. 46

[2] Eine Übersicht der Anschriften der TEMPUS-Büros kann über das zentrale TEMPUS-Büro angefordert werden:

EC TEMPUS Office, Avenue des Arts 19H Kunstlaan; B-1040 Brüssel, Tel.: (32)2-212.04.11/12, Fax: (32)2-212.04.00.

[3] bis zu einer Höhe von 15000 ECU pro akademisches Jahr

[4] Mit dem Beginn des akademischen Jahres 1992/93 wurde der Austausch von Studierenden aus diesem Teilprogramm ausgegliedert und als „Mobility Joint European Projects" zum unter c) beschriebenen Teilbereich übergeleitet. (Vgl. Report on the Implementation of the Tempus Programme/Phare in the years 1990/91-1993/94, hrsg. vom Polnischen Tempus-Büro; Warschau 1994, S. 5)

[5] Vgl. Vor-Ort-Besuchs-Programm; Jahresbericht; Akademisches Jahr 1992/93; Luxemburg 1994, Anhang

[6] Die folgenden Ausführungen fußen im wesentlichen auf:
Report on the Implantation of the Tempus Programme/Phare in the years 1990/91 - 1993/94, hrsg. vom Polnischen Tempus-Büro; Warschau 1994

[7] Etwa eine weitere Million ECU wurde während des gesamten Zeitraumes aus dem polnischen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

[8] Aufgaben des Mobilitätsprogrammes wurden im Verlauf der Durchführung von TEMPUS auch in das Teilprogramm GEP überführt und dort in einzelne Projekte integriert. Deshalb sind die Angaben zur finanziellen Ausstattung des Mobilitätsprogrammes nur bedingt aussagekräftig.

[9] Dasselbe Phänomen spiegelt sich auch in der Vergabe der Mobilitätsstipendien wider, die in ähnlichen Proportionen in den einzelnen Bereichen gewährt wurden. (Vgl. ebenda, S. 26 und Anhang 5)

[10] Inwieweit sich die Ergebnisse der Betrachtung auch auf die Zusammenarbeit mit anderen Ländern übertragen läßt, müßte im Einzelfall näher untersucht werden. Die erste Einsichtnahme von Materialien zu TEMPUS-Kooperationen mit anderen MOE-Staaten deutet aber darauf hin, daß das Beispiel Polen keineswegs singulär, sondern vielmehr typisch für die Umsetzung von TEMPUS ist.

Uwe Schimank (Köln):

Netzwerk „Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme": Eine internationale Forschungskooperation

In den ehemals staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas war wissenschaftliche Forschung in vielen wichtigen Hinsichten ganz anders organisiert als in den westlichen Demokratien. Typisch waren etwa die hohe und institutionalisierte politische Abhängigkeit der Forschung, deren starke Anwendungsorientierung und die Konzentration von Forschungskapazitäten in den nationalen Akademien. Diese und weitere Merkmale der institutionellen Struktur der Forschungssysteme dieser Länder standen mit den gesellschaft-lichen Umbrüchen zur Disposition. Was das Ergebnis des institutionellen Umbaus sein wird, läßt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Wohl aber ist es möglich und angesichts der Unabgeschlossenheit des Prozesses auch wichtig, den bisherigen Verlauf der Transformation nachzuvollziehen.

Dabei kann man einerseits vermuten, daß die Transformationsprozesse in den verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern erhebliche Ähnlichkeiten miteinander aufweisen. Denn die Ausgangslagen waren hinsichtlich der institutionellen Grundstrukturen und auch hinsichtlich der schon in den achtziger Jahren zunehmenden Ressourcenprobleme der Forschung ähnlich; und auch die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, mit denen die ökonomischen und politischen Umbrüche die Transformation des Forschungssystems konfrontiert haben, waren durchaus in vielen Hinsichten vergleichbar. Völlig gleich waren die Ausgangslagen, Probleme und Chancen allerdings nicht; und selbst wenn sie es gewesen wären, hätten die relevanten Akteure in den verschiedenen Ländern nicht genau dieselben Zielsetzungen verfolgen und Handlungsstrategien wählen müssen. Von daher dürften die Transformationsdynamiken in den verschiedenen Ländern sowohl erhebliche Gemeinsamkeiten als auch erhebliche Unterschiede aufweisen.

Eine solche Vermutung läßt ländervergleichende Untersuchungen zur Transformation der Forschungssysteme äußerst sinnvoll erscheinen. Auf Initiative des für Wissenschaftsforschung zuständigen Referenten im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Hans-Volker Ziegler, erklärten sich Ende 1992 Renate Mayntz (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln), Peter Weingart (Universität Bielefeld) und Uwe Schimank als Mitarbeiter von Renate Mayntz bereit, ein neu zu gründendes Netzwerk von Wissenschaftsforschern aus den betreffenden Ländern zu koordinieren, das Untersuchungen zur Transformation der Forschungssysteme durchführen sollte. Im Frühjahr 1993 fand ein erstes Arbeitstreffen in Bielefeld statt, auf dem sich Wissenschaftsforscher aus den verschiedenen Ländern mit ihren Ideen für einen solchen gemeinsamen Forschungszusammenhang präsentierten. Die meisten der dort anwesenden Forscher wurden Teilnehmer des Netzwerkes; nur wenige Teilnehmer wurden nachträglich rekrutiert. Im einzelnen werden die folgenden Länder unter der Leitung folgender Wissenschaftler bearbeitet:

- Bulgarien (Kostadenka Simeonova)
- Ungarn (György Darvas)
- Rumänien (Gheorghe Zaman)
- Slowakei (Eduard Sarmir)
- Tschechische Republik (Petr Machleidt)
- Polen (Julita Jablecka)
- Estland (Jan Laas)
- Lettland (Ina Dagyte)
- Ukraine (Boris Malitzky, Alexander Nadiraschwili)
- Rußland (Levan Mindeli, Elena Mirskaja)
- Weißrußland (Gennady Nesvetailov).

Im Anschluß an die Bielefelder Tagung einigte man sich darauf, zunächst eine makrostrukturell angelegte Beschreibung der Transformationsverläufe in den verschiedenen Ländern in Angriff zu nehmen. Um eine möglichst große Vergleichbarkeit der anzufertigenden Länderberichte zu erreichen, wurde auf einem zweiten Arbeitstreffen im November 1993 in Berlin ein gemeinsames analytisches Frageraster entwickelt, das die Gliederung der Berichte vorgab. Im wesentlichen ging es um die Nachzeichnung von

- Veränderungen der für wissenschaftliche Forschung relevanten Gesetzgebung und Forschungspolitik,
- Veränderungen der institutionellen Strukturen wissenschaftlicher Forschung und
- Veränderung der finanziellen und personellen Ressourcen wissenschaftlicher Forschung.

Ausgespart wurde bewußt die kognitive Dimension wissenschaftlicher Forschung, obwohl auch in dieser Hinsicht bekanntlich tiefgreifende Veränderungen stattgefunden haben. Man denke nur an die Ent-Ideologisierung vieler geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen, aber auch an die in manchen Ländern zu beobachtende Re-Ideologisierung im Sinne nationaler Identitätsfindung. Doch diese überaus interessanten Themen hätten einen ganz andersartigen analytischen und methodischen Zugriff erfordert, als dem Netzwerk in dieser ersten Phase seiner Zusammenarbeit möglich erschien.

Von Anfang an war klar, daß die deutsche Koordinatorenfunktion mit einer Mitfinanzierung der im Rahmen des Netzwerks stattfindenden Forschungen einhergehen sollte. Denn das Netzwerk soll mit seinen Aktivitäten auch zur Unterstützung der finanziell hart bedräng-

ten Wissenschaftsforschung in den mittel- und osteuropäischen Ländern beitragen. Von besonderer Bedeutung sind dabei der auf diese Weise vermittelte internationale Kontakt und die Einbindung der einzelnen Wissenschaftsforscher in ein größeres gemeinsames Unternehmen. Dahinter steht die Überzeugung, daß die Wissenschaftsforschung bei der Analyse und Lösung der im Zuge der Transformation entstehenden Probleme der Forschung helfen kann. Diese praktische Zielsetzung einer Politikberatung ist gerade auch das Interesse der am Netzwerk beteiligten Wissenschaftsforscher aus jenen Ländern. Klar war allerdings aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des BMFT auch, daß keine Vollfinanzierung der Projekte möglich sein würde. Entsprechend dem angemeldeten und zu begründenden Bedarf konnten die Forschergruppen in den verschiedenen Ländern bis zu einer bestimmten Höchstsumme Finanzmittel beantragen, die ihnen auf Werkvertragsbasis in zwei Raten ausgezahlt wurden.

Nach der Klärung des Finanzierungsrahmens im Sommer 1993 wurden die Länderberichte in einem äußerst kurzen Bearbeitungszeitraum erstellt: zwischen Oktober 1993 und Mai 1994. Im Juni 1994 fand ein weiteres Arbeitstreffen statt, auf dem die Berichte allerdings nur generell diskutiert werden konnten, weil nicht zuletzt aufgrund der langen Postwege viele Beteiligte noch kaum Gelegenheit gehabt hatten, in die Berichte ihrer Kollegen hineinzuschauen. Den deutschen Koordinatoren war jedoch schon zu diesem Zeitpunkt deutlich geworden, daß der Informationsreichtum der Berichte eine schnelle Veröffentlichung äußerst sinnvoll erscheinen ließ, zumal es weder in Deutschland noch international eine vergleichbar umfassende und einheitliche Darstellung der Transformationsverläufe in allen diesen Ländern gab. Für eine schnelle Veröffentlichung der Berichte wurde in Kauf genommen, daß die Darlegungen den Charakter von Arbeitspapieren tragen, also keine bis ins letzte durchkomponierten und sprachlich ausgefeilten wissenschaftlichen Analysen sind. Nachdem die Koordinatoren die diesbezüglichen Skrupel der Autoren überwunden hatten, wurden die Berichte im Sommer und Herbst 1994 inhaltlich und sprachlich überarbeitet und konnten dann im Januar 1995 in Druck gegeben werden. Die Buchveröffentlichung wird voraussichtlich im März 1995 unter dem Titel „Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme: Länderberichte zu den institutionellen, personellen und finanziellen Veränderungen der Forschung", herausgegeben von Renate Mayntz, Uwe Schimank und Peter Weingart, im Verlag Leske & Budrich (Opladen) erscheinen.

Auf der Ende August 1994 in Budapest stattfindenden internationalen Konferenz der European Association for the Study of Science and Technology (EASST) hatte das Netzwerk Gelegenheit, die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase einem internationalen interessierten Publikum in Form von Referaten über alle beteiligten Länder zu präsentieren. Damit wurde die wissenschaftliche Sichtbarkeit des Netzwerkes schon im Vorfeld der Buchveröffentlichung gefördert. Allen Autoren der Länderberichte wurde zudem das Recht eingeräumt, ihre Ergebnisse auch in ihren eigenen Ländern sowie in internationalen Fachzeitschriften zu veröffentlichen.

Zugleich wurde in Budapest die bereits in Berlin begonnene Diskussion darüber fortgesetzt, welchen Themen sich das Netzwerk in seiner zweiten Arbeitsphase ab dem Herbst 1994 widmen sollte. Ein Brainstorming auf der Basis der erstellten Länderberichte ergab zunächst etwa ein halbes Dutzend von Aspekten, die für eine nun angestrebte vertiefende Betrachtung interessant erschienen. Nach längeren Diskussionen wurde beschlossen, daß jede Ländergruppe sich zwischen zwei Themen zu entscheiden hat: einer mit Hilfe von Fallstudien durchzuführenden Analyse der Schicksale von Instituten der nationalen Akademien im Transformationsverlauf oder einer sich vorrangig quantitativ auswertbarer Befragungen bedienenden Untersuchung der Einbindung von Forschern aus diesen Ländern in die internationale Scientific Community.

Die Rückmeldungen der nächsten Wochen ergaben, daß sich alle Gruppen mit Ausnahme von einer zunächst für die erstgenannte Fragerichtung interessierten. Daraufhin wurde auf einem Arbeitstreffen in Prag im November 1994 das gemeinsame analytische Raster für die vergleichende Fallstudienuntersuchung der Akademieinstitute erstellt. Diejenige Gruppe, die sich für das andere Thema interessierte, wird dazu eine Pilotstudie anfertigen, die zur Vorbereitung einer möglichen Behandlung dieses Themas durch alle Forschungsgruppen in einer vorstellbaren dritten Arbeitsphase des Netzwerkes dienen kann. Die Finanzierung erfolgt in dieser Ende 1994 begonnenen und Ende 1995 endenden Arbeitsphase des Netzwerkes nach dem gleichen Muster wie in der ersten Arbeitsphase. Für den Herbst 1995 ist das nächste Arbeitstreffen vorgesehen, auf dem die Fallstudien aus den verschiedenen Ländern diskutiert und miteinander verglichen werden sollen. Bereits im Frühjahr 1995 wird ein Treffen der Netzwerkteilnehmer, das diese selbst organisieren werden, ohne die deutschen Koordinatoren stattfinden. Darüber hinaus werden in dieser Arbeitsphase die schon zuvor gewachsenen informellen Arbeitsbeziehungen zwischen den Netzwerkteilnehmern noch intensiviert werden.

In der bisherigen Zusammenarbeit des Netzwerkes sind natürlich auch Probleme aufgetreten. Dies begann bereits mit der Auswahl verläßlicher und kompetenter Netzwerkteilnehmer in den verschiedenen Ländern. Hier war die Informationsbasis auf deutscher Seite sehr fragmentarisch, so daß man oft nicht sicher sein konnte, ob man den geeigneten Forscher für ein Land angesprochen hatte. Im großen und ganzen hat sich die Auswahl allerdings im nachhinein als recht gut herausgestellt. Nur einer der ursprünglichen Teilnehmer gehört dem Netzwerk heute nicht mehr an, nachdem er wiederholt säumige und nicht dem gemeinsamen Frageraster entsprechende Berichte abgeliefert hatte.

Obwohl entsprechende Sprachkenntnis-

se ein Rekrutierungskriterium für die Beteiligung am Netzwerk waren, stellte sich heraus, daß die sprachliche Verständigung ein erhebliches Problem der Zusammenarbeit war und weiterhin ist. Zwar konnten sich alle Netzwerkteilnehmer aus den Ländern untereinander auf russisch relativ problemlos verständigen. Das ließ jedoch die deutschen Koordinatoren „außen vor". Deshalb wurde den Netzwerkteilnehmern Deutsch oder Englisch als gemeinsame Sprache angeboten. Nachdem zunächst überwiegend deutsch gesprochen wurde, scheint sich mittlerweile ein Umschwenken auf englisch abzuzeichnen. Allerdings gibt es mehr als nur einen Netzwerkteilnehmer, der weder deutsch noch englisch hinreichend gut beherrscht, um an den Diskussionen aktiv, zum Teil auch passiv teilnehmen zu können. Von daher müssen immer wieder wichtige Beiträge und Mitteilungen ins Russische bzw. aus dem Russischen übersetzt werden. Dies ist natürlich zeitaufwendig und auch nicht immer ohne Informationsverluste.

Für die Fernkommunikation untereinander und auch für die Organisation der Arbeitstreffen wurde in Berlin eine mit Christine Teichmann besetzte Organisatorenstelle geschaffen, die ebenfalls auf Werkvertragsbasis aus Mitteln des BMFT finanziert wird. Alle wichtigen Kommunikationen erfolgen über diese Stelle, so daß dafür gesorgt ist, daß dort die Fäden in einer Hand zusammenlaufen. Allerdings haben sich alle vier prinzipiell verfügbaren Medien der Fernkommunikation in jeweils unterschiedlichen Hinsichten als schwierig erwiesen. Briefe brauchen sehr lange, und ihre Zustellung ist in manchen Ländern äußerst unzuverlässig. Auch Telefonverbindungen klappen oftmals erst nach vielen Versuchen. Gleiches gilt für Faxnachrichten. Über E-Mail schließlich verfügen bislang nur wenige Netzwerkteilnehmer, wobei diese Möglichkeit sich in der nächsten Zeit immer weiter verbreitern wird. Insgesamt ist jedoch bei Fernkommunikation mit großen zeitlichen Verzögerungen zu rechnen, die um so schwerer wiegen, als die Bearbeitungszeiträume in beiden Arbeitsphasen äußerst knapp kalkuliert worden sind.

Schließlich gab es auch immer wieder Schwierigkeiten, die aus dem unterschiedlichen theoretischen und methodischen Vorwissen der Netzwerkteilnehmer und der deutschen Koordinatoren entsprangen. Die westliche Wissenschaftsforschung hat in vielen Hinsichten ein ganz anderes Selbstverständnis als die in den ehemaligen sozialistischen Ländern betriebene Wissenschaftsforschung. Dies gilt für Theorieperspektiven ebenso wie für bevorzugte methodische Zugriffe und schließlich auch für die Frage, wie politiknah man mit seinen Forschungen werden möchte. Man muß dabei auch bedenken, daß die disziplinären Hintergründe der Netzwerkteilnehmer nicht einheitlich sind. Eine Reihe von ihnen kommt aus der eher statistisch angelegten Potentialforschung; andere haben sich bislang vorrangig mit bibliometrischen Analysen beschäftigt; wieder andere haben einen soziologischen Hintergrund, der methodisch oftmals mit Umfragetechniken verbunden ist. Mit eher qualitativ angelegten Fallstudien der Art, wie sie in der zweiten Arbeitsphase des Netzwerkes bearbeitet werden, hat noch kaum einer der Teilnehmer nähere Erfahrungen gemacht. Aus diesen unterschiedlichen Wissenshintergründen und Wissenslücken erwachsen Verständigungsprobleme, die nur mit Geduld und der wechselseitigen Bereitschaft, aufeinander einzugehen und voneinander zu lernen, überwunden werden können. Dem wurde aber wiederum durch die kurzen Bearbeitungsfristen auch eine enge Grenze gesetzt.

Diese Auflistung von Problemen soll verdeutlichen, daß die große Chance des Erkenntnisgewinns, die ein solcher internationaler Forschungszusammenhang bietet, nicht ohne Preis zu haben ist. Allerdings überwiegt bisher ganz eindeutig der positive Ertrag der gemeinsamen Arbeit.

Für weitere Informationen über das Netzwerk stehen zur Verfügung: Dr. Christine Teichmann, Memhardstr. 3, D-10178 Berlin, Tel & Fax: 030 / 24 115; Dr. Uwe Schimank, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Lothringer Str. 78, D-50677 Köln, Tel: 0221 / 336 05-27, Fax: 0221 / 336 05-55, E-Mail: Schimank @mpi-fg-koeln.mpg.d400.de.

Uwe Schimank, Dr. rer.soc., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln

HRK-Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa bei der Hochschulerneuerung

Eine Bilanz nach zwei Jahren Tätigkeit

Hochschulreform in Mittel- und Osteuropa seit 1989

Mit dem politischen Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa wurde auch eine grundlegende Reform im Bereich von Hochschule und Wissenschaft erforderlich. Die Transformation der bis 1989 mehr oder weniger streng nach sowjetischem Modell organisierten mittel- und osteuropäischen Hochschulen erweist sich als ein schwieriger Prozeß. Anders als in den neuen Bundesländern muß er in den mittel- und osteuropäischen Hochschulen im wesentlichen aus eigenen Kräften bewältigt werden. Der Übergang zu demokratischen Hochschulstrukturen, die fachliche und personelle Erneuerung von Lehre und Forschung gestalten sich daher in Mittel- und Osteuropa weitaus langwieriger und widerspruchsvoller. Nicht die komplette Übernahme eines bestehenden westlichen Hochschulmodells - mit all seinen offenkundigen Schwächen - kann hier die Lösung sein. Die mittel- und osteuropäischen Länder müssen vielmehr mühevoll eigene Wege beschreiten. Dabei gilt es gleichermaßen an verschüttete nationale Bildungstraditionen anzuknüpfen wie neue originelle Lösungen für die veränderten Probleme des ausgehenden 20., beginnenden 21. Jahrhunderts zu finden. Den Reformanstrengungen liegt dabei überall der Wunsch zugrunde, möglichst rasch wieder an die europäischen akademischen Traditionen anzuschließen und wieder ungehindert am internationalen wissenschaftlichen Diskurs zu partizipieren.

Hochschulreform in Mittel- und Osteuropa als neue Herausforderung für die Ost-West-Kooperation

Aus dem zentralen Leitmotiv des mittel- und osteuropäischen Hochschulerneuerungsprozesses - dem Wunsch nach einer 'Rückkehr nach Europa' - erklärt sich das besondere Interesse der mittel- und osteuropäischen Hochschulen an einer

intensiven Zusammenarbeit mit europäischen Partnern. In der schwierigen Übergangsphase zu neuen Organisationsformen, Strukturen und Inhalten der Hochschulbildung greift man ganz bewußt auch auf Erfahrungen und Einsichten der europäischen Hochschulreformdiskussionen zurück - nicht um die hier entwickelten Modelle unkritisch zu übertragen, sondern um aus den unterschiedlichen Lösungsansätzen mit Blick auf die je eigenen nationalen Bedürfnisse möglichen Gewinn zu ziehen. Vor diesem Hintergrund sind auch an die Hochschulrektorenkonferenz seit 1989 neue Herausforderungen herangetragen worden, denen sie sich engagiert gestellt hat. Unmittelbar nach 1989 hatte die HRK mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung und des BMBW in Gestalt von Buchspenden für ostmittel-, südosteuropäische und baltische Universitäts- und Nationalbibliotheken zunächst ganz praktische Hilfe geleistet. Seit 1992 konnte sie dann mit Hilfe zusätzlicher Projektmittel des BMBW und der im Mai 1992 in ihrem Sekretariat eingerichteten "Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa bei der Hochschulerneuerung" auch die Diskussionen und Entscheidungsfindungsprozesse auf der makrostrukturellen Ebene der Hochschulreform in einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern intensiver begleiten. In Gestalt von Informationen über das deutsche Hochschulwesen und Erfahrungen aus eigenen Hochschulreformprojekten, insbesondere der Neugestaltung der Hochschul- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern, hat die HRK seither in zahlreichen Fragen der allgemeinen Hochschulerneuerung konkrete Unterstützung angeboten. Die stets auf die Wünsche und Interessen der mittel- und osteuropäischen Partner ausgerichteten Informations- und Beratungsangebote beziehen sich vor allem auf

- die Hochschulgesetzgebung;
- die Ausgestaltung von Hochschulautonomie;
- die Funktion und Organisation autonomer Hochschulvertretungen;
- die Hochschulorganisation und -verwaltung;
- die Hochschulfinanzierung;
- die Hochschulforschung;
- die Einrichtung nichtuniversitärer Hochschulen.

Hochschulgesetzgebung und Hochschulautonomie

Zu den prioritären Aufgaben der Erneuerung von Hochschule und Wissenschaft gehört die Erarbeitung neuer Gesamtkonzeptionen für die künftige Entwicklung der Hochschulen, die Bestimmung ihres Standorts in der Gesellschaft sowie im Bildungs- und Wissenschaftssystem des jeweiligen Landes. Die Schaffung neuer Hochschulgesetze, in denen die fälligen hochschulpolitischen Grundentscheidungen fixiert werden, war und ist daher in allen mittel- und osteuropäischen Ländern ein vordringliches Anliegen. Eines der zentralen Probleme, das es in den neuen Hochschulgesetzen zu lösen gilt, ist die Neudefinition und Ausgestaltung des Ver-

hältnisses zwischen Staat und Hochschule. Es wird nicht überraschen, daß gerade in dieser Frage die mittel- und osteuropäischen Hochschulvertreter intensiv das Gespräch mit der HRK suchen. Während Kommentare und Expertisen zu technisch-konkreten Problemen der Abfassung neuer hochschulgesetzlicher Texte eher seltener - aus Kroatien, Bulgarien und der Slowakei - erbeten wurden, sind Informationen darüber, wie in Deutschland die Balance zwischen staatlicher Aufsicht, gesellschaftlicher Verantwortlichkeit und akademischer Freiheit austariert wird, wie das Zusammenspiel zwischen Staat, Gesellschaft und Hochschule funktioniert und gesteuert wird, von ganz besonderem Interesse. Die HRK hat daher allein zu diesem Themenkomplex in den vergangenen zwei Jahren Delegationen baltischer, ungarischer, russischer und mongolischer Hochschulvertreter zu acht- bis zehntägigen Informationsreisen mit integriertem Seminar nach Deutschland eingeladen. In der Tschechischen Republik, wo die Frage des Umfangs und der Grenzen, der Funktion und Qualität von Hochschulautonomie im Kontext der Arbeiten an einem neuen Hochschulgesetz augenblicklich besonders heftig diskutiert werden, hat sie die Problematik im Juni im Rahmen eines Seminars in Prag mit der Tschechischen Rektorenkonferenz, dem Tschechischen Hochschulrat und der Tschechischen Akkreditierungskommission sowie im Bildungsministerium ausführlich erörtert.

Fragen des Verhältnisses von Staat und Hochschule waren im Juli Gegenstand eines Treffens des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz mit der Lettischen und der Litauischen Rektorenkonferenz und den zuständigen Hochschulministern in Riga und Vilnius. Die dabei geführte Diskussion soll im nächsten Jahr im Rahmen eines Besuches der Litauischen und Lettischen Rektorenkonferenz in Deutschland fortgeführt und vertieft werden. Das gleiche Thema wird auch im Zentrum eines Informationsbesuches der Bulgarischen Rektorenkonferenz und des Bulgarischen Bildungsministeriums stehen, zu dem die Hochschulrektorenkonferenz für die Zeit vom 27. November bis 3. Dezember 1994 eingeladen hat.

Autonome Hochschulvertretungen

In dem neu auszugestaltenden Verhältnis von Staat und Hochschulen werden auch in Mittel- und Osteuropa intermediäre Institutionen der Wissenschaftsverwaltung als Garanten der Hochschulautonomie eine maßgebliche Rolle spielen. Nach 1989 sind in nahezu allen mittel- und osteuropäischen Ländern formelle bzw. informelle Interessenvertretungen der Hochschulen entstanden. Die HRK hat insbesondere zu den neuen Rektorenkonferenzen rasch intensiven Kontakt aufgenommen. Wo dies gewünscht wurde, hat sie dabei den Aufbau und die Organisation solcher Einrichtungen auch mit Informationen und praktischem Rat unterstützt - so in Bulgarien in einer Diskussion mit dem Bulgarischen Rektorenrat, in der Tschechischen und Slowakischen Republik in Diskussionen mit dem Klub der tschechischen und slowakischen

Rektoren sowie in Gestalt einer Hospitanz des Kanzlers und der Generalsekretärin des Klubs im Sekretariat der HRK, in Ungarn in Gestalt von Hospitationen von Vertretern des Sekretariats der Ungarischen Rektorenkonferenz im Sekretariat der HRK, in Polen im Rahmen eines Seminars mit der Konferenz der polnischen Universitätsrektoren in Bonn, schließlich in Rußland im Rahmen zweier Seminare mit dem Russischen Rektorenverband in Moskau und St. Petersburg.

Organisation und Verwaltung von Hochschulen

Fragen der Hochschulorganisation und -verwaltung sind inzwischen weitestgehend der autonomen Entscheidungskompetenz der einzelnen Hochschuleinrichtung überlassen. Sie bilden daher seltener einen Gegenstand von Beratungen zwischen der HRK und ihren Partnerinstitutionen. Vielmehr werden sie häufig im Kontext bi- und multilateraler Hochschulkooperationen aufgegriffen. Dennoch hat die HRK mit einem Informationsseminar für Vertreter mongolischer Hochschulen in Ulan Bator und einer Informationsreise mit integriertem Seminar in Bonn für polnische Universitätsrektoren auch Veranstaltungen angeboten, die der Vermittlung von Einblicken in die Organisationsweise und Verwaltungsstrukturen deutscher Hochschulen dienten.

Finanzierung von Hochschulen

Die zuvor im Rahmen staatlicher Planwirtschaften zentral und nach rein formalem Schema finanzierten mittel- und osteuropäischen Hochschulen sehen sich in ihren Reformbemühungen vor große finanzielle Schwierigkeiten gestellt. Die verfügbaren staatlichen Ressourcen reichen zumeist nicht aus, einen adäquaten Lehr- und Forschungsbetrieb aufrecht zu erhalten, geschweige denn weitreichende Reformen zu implementieren. Da eine merkliche Steigerung der staatlichen Zuwendungen in absehbarer Zeit kaum zu erwarten sein wird, gilt es neue Formen der Hochschulfinanzierung und Wege zu finden, die verfügbaren Mittel effektiver einzusetzen. In diesem Zusammenhang erweisen sich Modellversuche an deutschen Hochschulen, in denen eine flexibilisierte Haushaltsführung und sogenannte Globalhaushalte erprobt werden von ebenso großem Interesse für mittel- und osteuropäische Hochschulen wie jüngere Versuche der Entwicklung von Kriterien zur Leistungsbemessung in Lehre und Forschung und ihrer Korrelation zu Finanzierungsformen. Entsprechende Einblicke wurden einem russischen Experten aus St. Petersburg im Rahmen eines Informationsaufenthaltes und einer Delegation der Rumänischen Rektorenkonferenz - in Kooperation mit der Weltbank in Washington - im Rahmen einer Informationsreise mit integriertem Seminar ermöglicht. In regelmäßigen Gesprächen mit der Ungarischen Rektorenkonferenz und der neugegründeten Ungarischen Akkreditierungskommission werden Fragen der Finanzierung in engem Kontext zu Fragen der 'Profilbildung' bzw. Evaluierung von Hochschulen diskutiert.

Hochschulforschung

Die institutionelle Trennung von Forschung und Lehre war ein hervorstechendes Kennzeichen der sozialistischen Hochschul- und Wissenschaftssysteme. Nach dem Wegfall der ideologischen Prämissen, die einer starren, unflexiblen und in hohem Maße verbürokratisierten Forschungsorganisation zugrundelagen, wird Forschung inzwischen überall wieder als entscheidendes, deutlich zu stärkendes Element der Hochschulen, als notwendige Voraussetzung und integraler Bestandteil der universitären Ausbildung begriffen.

In einem Seminar mit der Ungarischen Rektorenkonferenz in Budapest sowie in Diskussionen mit polnischen und tschechischen Rektoren hat die HRK versucht, auch in dieser Frage mit Informationen über die Organisation und Finanzierung der Forschung an deutschen Hochschulen einen Beitrag zur Lösung der hier anstehenden Probleme zu leisten.

Diversifizierung der Hochschulsysteme

Bis 1989 waren die mittel- und osteuropäischen Hochschulsysteme durch eine vergleichsweise niedrige Studierendenrate gekennzeichnet. Ein wesentliches Anliegen der Hochschulreform ist es daher, die Zahl der Studierenden in naher Zukunft deutlich zu erhöhen. Zu diesem Zweck soll das überkommene, relativ homogene Profil der mittel- und osteuropäischen Hochschulbildung funktional-inhaltlich stärker diversifiziert werden. Als ein möglicher Weg zu einer größeren Diversifizierung wird die Einrichtung bzw. stärkere Profilierung eines nichtuniversitären Hochschulsektors diskutiert. In diesem Zusammenhang besteht insbesondere in Ostmitteleuropa, weniger in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Interesse am Modell der deutschen Fachhochschule. Die HRK hat diesem Interesse u. a. mit einer Informationsreise mit integriertem Seminar für tschechische und slowakische Hochschulvertreter in bayerischen Fachhochschulen entsprochen. Weitere Veranstaltungen, die der Vermittlung von Informationen über Profil und Charakteristika der deutschen Fachhochschulen dienten, wurden seitens der FRK angeboten. Fragen der Reorganisation und Ausgestaltung der belarussischen Lehrerbildung werden in der Zeit vom 15. bis 18. November 1994 Gegenstand eines Seminars der Hochschulrektorenkonferenz und des Belarussischen Bildungsministeriums in Minsk sein.

Hochschulreform auf der Mikroebene

Als politische Vertretung der deutschen Hochschulen beschränkt sich die HRK in ihrer Kooperation mit mittel- und osteuropäischen Partnerinstitutionen im wesentlichen auf die makrostrukturellen Aspekte des Reformprozesses, wie sie u.a. auch auf der gemeinsam mit der Weltbank veranstalteten ersten Konferenz zu "Perspectives on the Reform of Higher Education in Central and Eastern Europe" in der Villa Vigoni, Menaggio, Italien, im Juli 1993 beispielhaft diskutiert werden konnten und in der Zeit vom 2. bis 5. November 1994 während einer zweiten Konferenz in der Villa Vigoni mit Vertretern aus Osteuropa weiter diskutiert werden. Insofern die mikrostrukturellen Implementierungen durchweg in der Verantwortlichkeit der einzelnen Hochschulen liegen, sollten Kooperationsangebote auf dieser Ebene möglichst den jeweiligen Partnerhochschulen überlassen bleiben. Dort wo dies gewünscht wird, vermittelt die Hochschulrektorenkonferenz gleichwohl Grundinformationen über die entsprechenden Strukturen auch in diesem Bereich. So wird sich im Dezember 1994 eine HRK-Expertengruppe im Rahmen eines Seminars mit dem Belarussischen Bildungsministerium und belarussischen Hochschulvertretern in Minsk mit Fragen der Reorganisation des universitären geisteswissenschaftlichen Studiums befassen.

Darüber hinaus ist die HRK bemüht, die erfreulich zahlreichen Initiativen deutscher Hochschulen im Bereich der curricularen Neuorientierung im Rahmen ihrer Koordinierungs- und Beratungsstelle möglichst zu unterstützen. In begrenztem Umfang hat sie hierzu einzelnen Mitgliedshochschulen für ausgewählte, auf eine Unterstützung der institutionell-organisatorischen Hochschulreform ausgerichtete Projekte finanzielle Zuschüsse zur Verfügung stellen können. Im wesentlichen aber erfolgt die Unterstützung der über 1300 "Ostpartnerschaften" deutscher Hochschulen, von denen in 400 Fällen auch eine Kooperation im Bereich der Hochschulreform Gegenstand der Zusammenarbeit ist, durch Informationsangebote in Gestalt direkter telefonischer und schriftlicher Auskünfte oder publizierter Analysen und Dokumentationen.

Datenbank "Ostpartnerschaften"

Als Grundlage der Informations- und Koordinierungsangebote der HRK dient eine Datenbank, deren Aufbau bis Mitte des Jahres 1993 in einer ersten Phase abgeschlossen werden konnte. In ihr werden Angaben über bestehende Kooperationsbeziehungen deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Mittel- und Osteuropa unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulerneuerung erfaßt. Die Informationsmöglichkeiten der Datenbank, die gegenwärtig über 7000 Datensätze umfaßt, wurden seither von zahlreichen Hochschulen, Institutionen der deutschen und europäischen Wissenschaftsverwaltungen sowie Bundes- und Länderministerien genutzt. Ein Teil der in der Datenbank erfaßten Informationen konnte in Buchform veröffentlicht und auf diese Weise sowohl den deutschen als auch den mittel- und osteuropäischen Hochschulen zugänglich gemacht werden.

"Koordinierungsgespräche"

Mit der Organisation geeigneter Foren für einen gezielten Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Bereichen der Kooperation mit mittel- und osteuropäischen Hochschulen bietet die HRK-Koordinierungs- und Beratungsstelle den deutschen Hochschulen schließlich die Möglichkeit, zusätzliche Informationen und Kontakte zu erhalten und ihre Kooperation durch eine Abstimmung oder Vernetzung mit verwandten Kooperationsprojekten effektiver zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die Koordinierungs- und Beratungsstelle im Frühjahr 1994 mit einer ersten Serie regional ausgerichteter Arbeitsgespräche zunächst für vier mittel- und osteuropäische Regionen - die baltischen Staaten, die Ukraine, Bulgarien und Belarus - das Forum für einen intensivierten Informationsaustausch geboten. Die in einer neuen HRK-Publikationsreihe - den "Materialien zur Hochschulkooperation" - dokumentierten Arbeitsgespräche werden in weiteren ähnlichen Gesprächen fortgesetzt werden.

(HRK)

Georg Schuppener (Leipzig):

Mittel- und Osteuropakooperation deutscher Universitäten

Die hier erstellte Übersicht soll zum einen Widerspiegelung des unterschiedlichen Engagements deutscher Universitäten in der Zusammenarbeit mit den ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) sein, zum anderen soll sie aber auch Anknüpfungspunkte für neue internationale Kontakte bieten. Wo weitere Recherchen nicht vermerkt, dienten die jeweiligen Vorlesungsverzeichnisse des WS 1994/95 als Quelle. Da die dortigen Angaben hinsichtlich der Ebene der Kooperation variieren - so nennen viele Hochschulen nur die vertraglich gesicherten Kontakte auf Universitätsebene, andere jedoch auch solche auf Fakultäts- und Institutsebene, ohne daß dies jeweils in allen Fällen kenntlich gemacht würde -, ist eine gewisse Heterogenität der Angaben nicht zu vermeiden. Dennoch scheint sich in den Nennungen ein zumindest weitgehend repräsentatives Bild der Kooperationen zu zeigen. [1]

Bei einem Überblick wird die wenig verwunderliche Tendenz deutlich, daß Hochschulen der Neuen Bundesländer über eine größere Zahl an Kontakten zu Einrichtungen in den MOE-Staaten verfügen als der Durchschnitt der westdeutschen. Dabei ist im einzelnen aber zu fragen, inwieweit diese proklamierten Kontakte ausgefüllt werden bzw. ausgefüllt werden können. Beispiele wie die Liste der TU Chemnitz-Zwickau, die allein über 30 Partnerhochschulen aufführt, lassen hier zumindest dem Augenschein nach Zweifel an der durchgehenden Ausfüllung dieser Beziehungen aufkeimen. Zudem ist die Struktur der Kontakte in Ostdeutschland eine andere als die im Westen. Während vielfach westdeutsche Hochschulen sich nach weitgehender Westausrichtung in der Vergangenheit Ostkontakte erst seit den letzten Jahren verstärkt erschließen, handelt es sich bei den Kooperationen ostdeutscher Hochschulen fast ausschließlich um "Altbestände", die nach einem Rückgang des Austausches als Folge der sogenannten Wende teilweise nun wieder intensiviert werden. Sowohl bei west- wie ostdeutschen Hochschulen verhält sich die Zahl der (offiziellen) Kontakte oftmals disproportional zur Größe der jeweiligen Hochschule. Bei den westdeutschen Universitäten läßt sich in vielen Fällen auch feststellen, daß die vergleichsweise jungen Hochschulen in höherem Maße Beziehungen zu den MOE-Staaten pflegen. Dabei sind deutliche Präferenzen für Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen in den Reformstaaten Polen, Ungarn und Tschechische Republik zu erkennen. Trotz aller Unwägbarkeiten sei hier die Prognose

gewagt, daß sich kurz- und mittelfristig diese Tendenz verstärken wird, vielleicht auch unter Einbeziehung der baltischen Republiken. Hingegen werden z. B. Rumänien und Bulgarien vor allem auf Grund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit wohl noch weiter an Bedeutung verlieren. Gleiches gilt für die ehemals sowjetische Wissenschaft, die wegen der katastrophalen wirtschaftlichen und instabilen politischen Lage und der damit ursächlich verbundenen Abwanderung von Spitzenwissenschaftlern und Fachkräften (vgl. den Artikel von A. Nadiraschwili in diesem Heft) in vielen Bereichen in den Strudel der Bedeutungslosigkeit zu geraten droht und auf einigen Gebieten von diesem Sog bereits ergriffen wurde. Pointiert ausgedrückt, scheint die traurige Perspektive darin zu bestehen, daß die Kontakte mit diesen Ländern mittelfristig eher den Charakter von Entwicklungshilfe denn von echter, d.h. beiderseitiger Zusammenarbeit besitzen werden.

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen:
Technische Universität Gdansk/Danzig
Technische Universität Warschau

Universität Augsburg:
Pädagogische Hochschule Budapest
Eötvös-Lorand-Universität Budapest
Südböhmische Universität Ceske Budejovice/ Budweis
Universität Iasi
Sveuciliste Josipa Juraj Strossmayera, Osijek

Otto-Friedrich-Universität Bamberg:
Lorand Eötvös Universität Budapest
Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest
Universität "Adam Mickiewicz" Poznan/Posen
Universität St. Petersburg
Karls-Universität Prag
Universität "Nikolaus Kopernikus" Torun/ Thorn

Universität Bayreuth:
Ungarische AdW Budapest
Universität Pecs/Fünfkirchen
Universität Kocice/Kaschau
Universität Maribor/Marburg a. d. Drau
Universität Poznan/Posen
AdW Prag
Karls-Universität Prag

Freie Universität Berlin [2]:
Universität Wroclaw/Breslau
Semmelweis-Universität Budapest
Kossuth-Lajos-Universität Debrecen
Medizinische Akademie "Nikolaus Kopernikus" Krakau
Lomonossow-Universität Moskau
Universität St. Petersburg
Russische AdW, Institut des Fernen Ostens
Karls-Universität Prag
Ungarische AdW

Humboldt-Universität zu Berlin:
Universität Belgrad
Universität für Gartenbau und Lebensmittelindustrie Budapest
Lorand-Eötvös-Universität Budapest
Institut für Probleme der Kryobiologie und Kryomedizin Charkow
Estnische Landwirtschaftsakademie Tartu/ Dorpat
Agrarwissenschaftliche Universität Gödöllö
Landwirtschaftliche Akademie Krakau
Institut für Photobiologie Minsk
Staatliche Lomonossow-Universität Moskau
Staatliche Linguistische Universität Moskau
Landwirtschaftliche Timirjasew-Akademie Moskau
Russische Medizinische Universität Moskau
Institut für höhere Nerventätigkeit und Neurophysiologie Moskau
Forschungsinstitut für Epidemiologie und Mikrobiologie Moskau

1. Moskauer Medizinische Hochschule
Forschungszentrum für Hämatologie und Transfusiologie Moskau und St. Petersburg
Institut für Viruspräparate Moskau
Institut für Mikrobiologische Probleme Moskau
Kardiologisches Zentrum Moskau
M. W. Lomonossow-Hochschule für Chemische Feintechnologie Moskau
Puschkin-Institut der Russischen Sprache Moskau
Forschungsinstitut für experimentelle Medizin der AdW St. Petersburg
Zoologisches Institut der AdW St. Petersburg
Landwirtschaftliche Universität "V. Kolarov" Plovdiv
Karls-Universität Prag
Hochschule für Landwirtschaft Prag-Suchdol
Institut für Hämatologie und Bluttransfusion Prag
Institut für Molekularbiologie der AdW Riga
Universität Riga
Kliment-Ochridski-Universität Sofia
Medizinische Akademie Sofia
Medizinische Universität Szeged
Institut für Physiologie der AdW Tiflis
Universität Warschau
Universität Wilna
Landwirtschaftliche Hochschule Wolgograd

Technische Universität Berlin:
Universität Wroclaw/Breslau
Technische Universität Budapest
Universität für Gartenbau und Lebensmittelindustrie Budapest
Instytut Morski Gdansk/Danzig
Technische Universität Gdansk/Danzig
Institut für Organometallische Chemie der AdW Gorki
Polytechnikum Krakau
Institut für Agrophysik der Polnischen AdW Lublin
Universität Miskolc
Staatliche Technische Universität für das Bauwesen Moskau
Staatliche Technologische Universität Moskau
Institut für Kristallographie der AdW Moskau
Russian People's Friendship University Moskau
Staatliche Technische Universität Moskau
Moskauer Lu tfahrt-Institut
Staatliche Akademie für Lebensmittelindustrie Moskau
Staatliche Hochschule für Bergbau Moskau
Hochschule für Lebensmittelindustrie Plovdiv
Technische Universität Prag
Universität Szczecin/Stettin
Polytechnikum Warschau
Forschungs- und Entwicklungszentrum der Vakuumelektronik Warschau
Universität Wilna

Universität Bielefeld [3]:
Universität Wroclaw/Breslau (Kooperation durch die Fakultät für Physik)
Lajos-Kossuth-Universität Debrecen (Kooperation durch die Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft)
Staatliche Universität Nowgorod
Russisch-Deutsche Verwaltungshochschule Moskau
All-Union Research Institute of Agricultural Microbiology St.
Petersburg (Kooperation durch die Fakultät für Biologie)
Universität St. Petersburg (Kooperation durch die Fakultät für Soziologie)
Adam Mickiewicz Universität Poznan/Posen
Universität Sofia (Kooperation durch die Fakultät für Soziologie)
Universität Warschau (Kooperation durch die Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft sowie die Fakultät für Soziologie)

Ruhr-Universität Bochum:
Universität Wroclaw/Breslau
Universität Bukarest
Jagellonische Universität Krakau
Päpstlich Theologische Akademie Krakau
Staatliche Belorussische Universität Minsk
AdW Moskau
Staatliche Moskauer Lomonossow Universität
Universität Nis

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:
Universität Warschau

Universität Bremen:
Universität Gdansk/Danzig
Belorussische Polytechnische Staatsakademie Minsk
Universität Bratislava/Preßburg
Universität Lettlands, Riga

Technische Universität Chemnitz-Zwickau:
Technische Hochschule Brno/Brünn
Technische Universität Budapest
Universität Tartu/Dorpat
Pädagogische Hochschule für Fremdsprachen Irkutsk
Hochschule Cluj - Napoca/Klausenburg
Universität Lwow/Lemberg
Universität Lodz
Technische Universität Lodz
Universität Lublin
Hochschule für Polygraphie Moskau
Hochschule für Werkzeugmaschinenbau Moskau
Hochschule für Elektrotechnik Nowosibirsk
Pädagogische Hochschule Nyiregyhaza
Universität Odessa
Universität St. Petersburg
Hochschule für Elektrotechnik St. Petersburg
St. Petersburger Hochschule für Technologie und Design
Institut für beruflich-technische Bildung St. Petersburg
Hochschule für Ökonomie und Finanzen St. Petersburg
Westböhmische Universität Pilsen
Karls-Universität Prag
Slowakische Technische Universität Bratislava/Preßburg
Hochschule für Maschinenbau und Textiltechnik Liberec/Reichenberg
Universität Tallinn/Reval
Universität Rostow am Don
Technische Universität Sofia
Technische Universität Szczecin/Stettin
Universität Torun/Thorn
Technische Universität Tiflis
Technische Universität Varna
Pädagogische Hochschule Wolgograd

Technische Universität Clausthal:
Universität Belgrad
Academia Gorniczo-Hutnicza Krakau
Universität Ljubiljana/Laibach, Fachabteilung Montanistik
Universität Miskolc

Brandenburgische Technische Universität Cottbus [4]:
Technische Universität Wroclaw/Breslau
Technische Universität Charkow
Technische Hochschule Kosice/Kaschau
Technologische Universität Stankin Moskau
Universität für Architektur und Bauwesen St. Petersburg
Technische Universität Poznan/Posen
Technische Universität Prag
Hochschule für Bauwesen Gjör/Raab

Technische Hochschule Darmstadt [5]:
Universität "Politehnica" Bukarest
Staatliche Universität Jarkutsk
Slowakische Technische Universität Bratislava/Preßburg
Tschechische Technische Universität Prag
Technische Universität Sofia
Technische Universität Tallinn/Reval
Polytechnikum Warschau

Universität Dortmund:
Universität "J. E. Purkyne" Usti n. L./Aussig
Technische Universität Budapest
Universität für Agrokultur Gödöllö
Universität Miskolc
Karls-Universität Prag
Staatsuniversität Rostow am Don
Polytechnikum Szczecin/Stettin

Gerhard Mercator-Universität-Gesamthochschule Duisburg:
Dnjepropetrowsker Hochschule für Chemische Technologie (Fakultätskooperation)
Universität Miskolc (Fakultätskooperation: Metallurgie)
Institut für Organ ische Chem ie Novosibirsk (Fakultätskooperation)
Hochschule für Handel Warschau
Institut für Allgemeine und Anorganische Chemie der AdW der Ukraine (Fakultätskooperation)

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:
-

Universität-Gesamthochschule Essen:
Universität Brasov
Pädagogische Universität Saratov
Technische Universität St. Petersburg
Medizinische Akademie Sofia

Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Main):
Universität Wilna

Europa-Universität Frankfurt (Oder) [6]:
Universität Bernau I (Fakultätskooperation: Kulturwissenschaftliche Fakultät)
Universität Wroclaw/Breslau
Ukrainische AdW Kiew (Politikwissenschaft)
Universität Krakau
Universität Lublin (Fakultätskooperation: Juristische Fakultät)
CEMI Moskau (Kooperation durch die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Russische AdW St. Petersburg
Adam-Mickiewicz-Universität Poznan/Posen
Universität Szczecin/Stettin

Technische Universität Bergakademie Freiberg:
Hochschule für Erdöl und Chemie Baku
Technische Universität Wroclaw/Breslau
Polytechnisches Institut Donezk
Technische Universität Kosice/Kaschau
Bergbau- und Hüttenakademie Krakau
Universität Miskolc
Staatliche Bergbauuniversität Moskau
Moskauer Institut für Stähle und Legierungen
Staatliche Akademie für Erdöl und Erdgas Moskau "I. M. Gubkin"
Moskauer Institut für geologische Erkundung
Hochschule für Bergbau und Hüttenwesen Ostrau
Bergbauinstitut St. Petersburg
Hochschule für Bergbau und Geologie Sofia
Universität Zagreb

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.:
Semmelweis Universität für Medizinische Studien Budapest
Universität Alexandru-Joan Cuza Iasi
Universität für Forstwissenschaft und Holzindustrie Sopron/Odenburg

Justus-Liebig-Universität Gießen:
Landwirtschaftliche Hochschule "Nicolai Balcescu" Bukarest
Akademie der Land- und Forstwirtschaftswissenschaften Bukarest-Fundulea
Universität Gödöllö
Landwirtschaftliche Hochschule "Ion Ionescu de la Brad" Iasi
Universität Kasan
Universität Lodz

Georg-August-Universität Göttingen:
Universität Tartu/Dorpat
Staatliche Universität Kaliningrad/Königsberg
Jagellonische Universität Krakau
Universität für Forstwissenschaften und Holzindustrie Sopron/Odenburg
Albert-Szent-Gyögyi Medizinische Universität Szeged
Attila Jozsef-Universität Szeged

Ernst-Horitz-Arndt-Universität Greifswald:
Masaryk-Universität Brno/Brünn
Universität Gdansk/Danzig
Universität Tartu/Dorpat
Universität Kaliningrad/Königsberg
Universität Klaipeda/Memel
Universität Lettlands, Riga
Universität Sarajevo
Universität Szczecin/Stettin
Jozsef-Attila-Universität Szeged
Medizinische Szent-Györgyi-Albert-Universiät Szeged
Nikolaus-Kopernikus-Universität Torun/Thorn
Universität Torun/Thorn

Universität Hamburg:
Universität Belgrad
Eötvös-Lorand-Universität Budapest
Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest
Universität Bukarest
Technische Universität Gdansk/Danzig
Tartu Ülikool Dorpat
Universität für Forstwissenschaft und Holzindustrie Sopron/Odenburg
Universität St. Petersburg
Staatliche Meerestechnische Universität St. Petersburg
Karls-Universität Prag

Kliment Ohridski Universität Sofia
Universität Warschau
Universität Zagreb

Universität Hannover [7]:
Technische Universität Brno/Brünn
Technische Universität Budapest
Polytechnisches Institut Bukarest
Institut für Bauwesen Bukarest
Technische Universität Gdansk/Danzig
Institut für Wasserbau der AdW Gdansk/Danzig
Kossuth-Lajos-Universität Debrecen
Institut für Erdöl Groznyj
Schlesische Universität Kattowitz
Ukrainische AdW Kiew
Staatliche Universität Kiew
Jagiellonen-Universität Krakau
Russische Akademie der Pädagogischen Wissenschaften Moskau
Staatliche Lomonossow-Universität Moskau
Forschungsinstitut für Geschichte und Kultur Rußlands der Russischen AdW Moskau
Forschungsinstitut für Kartographie der Russischen AdW Moskau
Universität Novi Sad/Neusatz
Institut für Kältetechnik und Kälteenergetik Odessa
Staatliche Universität St. Petersburg
Staatliche Technische Universität St. Petersburg
Staatliche Elektrotechnische Universität St. Petersburg
Institut für Bauingenieurwesen St. Petersburg
Westböhmische Universität Pilsen
Adam Mickiewicz-Universität Poznan/Posen
Technische Universität Poznan/Posen
Slowakische Technische Universität Bratislava/Preßburg
Lettische Universität Riga
Akademie für Bauwesen Rostow am Don
Staatliche Technische Universität Samara
Technische Universität Sofia
Institut für Physikalische Chemie der AdW Sofia
Labor für Geotechnik der AdW Sofia
Jozef-Attila-Universität Szeged
Universität Warschau

Technische Universität Ilmenau [8]:
Technische Universität Budapest
Universität Craiova
Polytechnikum Gdansk/Danzig
Ingenieurhochschule Zielona Gora/Grünberg
Universität Kosice/Kaschau
Polytechnisches Institut Kiew
Universität Kiew
Berg- und Hüttenakademie Krakau
Polytechnisches Institut Lwow/Lemberg
Staatliche Polytechnische Akademie Minsk
Moskauer Energetisches Institut
Moskauer Institut für Elektroniktechnologie
Mendelejev-Universität für chemische Technologie Rußlands Moskau
Universität Nis
Staatliche Universität St. Petersburg
Institut für Feinmechanik und Optik St. Petersburg
Polytechnisches Institut St. Petersburg
Technische Universität Prag
Slowakische Technische Universität Bratislava/Preßburg
Polytechnisches Institut Riga
Technische Universität Sofia
Technische Universität Varna
Polytechnikum Warschau
Staatliche Universität Wilna

Universität Kaiserslautern:
Technische Universität Brno/Brünn
Polytechnikum Gdansk/Danzig
AdW Prag

Universität Karlsruhe [9]:
TU Budapest
TU Gdansk/Danzig
MADI Moskau (Institutskooperation: Verkehrswesen)
TU Sofia (Fakultätskooperation: Maschinenbau)

Universität-Gesamthochschule Kassel:
Pädagogische Hochschule Bydgoszcz/Bromberg
Staatliche Universität Jaroslawl
Polytechnische Hochschule Jaroslawl
Pädagogische Hochschule Uschinski Jaroslawl
Marii Curie-Sklodowska-Universität Lublin
Technische Hochschule Riga

Christian-Albrechts-Universität Kiel:
Sporthochschule Gdansk/Danzig
Universität Gdansk/Danzig
Universität Tartu/Dorpat
Universität Irkutsk
Universität Kiew
Universität Kaliningrad/Königsberg
Medizinische Akademie Moskau
Universität Opole/Oppeln
Universität Poznan/Posen
Medizinische Akademie Poznan/Posen
Pädagogische Universität Tallin/Reval
Universität Szczecin/Stettin
Pädagogische Hochschule Szeged
Landwirtschaftliche Hochschule Warschau
Hochschule für Ökonomie Warschau

Universität zu Köln:
Jagiellonen-Universität Krakau
Kliment Ochridski Universität Sofia
Universität Wolgograd

Universität Konstanz:
Wirtschaftsuniversität Kiew
Schwetschenko-Universität Kiew
Wirtschaftsakademie Poznan/Posen
Karls-Universität Prag
Universität Warschau

Universität Leipzig:
Universität Wroclaw/Breslau
Taras Schwtschenko Universität Kiew
Jegiellonen-Universität Krakau
Universität Ljubljana/Laibach
Staatliche Universität Moskau
Palacky-Universität Olomouc/Olmütz
Pädagogische Universität Opole/Oppeln
Universität St. Petersburg
Karls-Universität Prag
Slowakische Technische Universität Bratislava/Preßburg
K.-Ochridski-Universität Sofia

Johannes Gutenberg-Universität Mainz:
Medizinwissenschaftliche Universität Pecs/Fünfkirchen
Staatliche Linguistische Universität Moskau
Moscow Engineering Physics Institute
Universität Riga
Universität Warschau
SHG Warschau
Akademie für Katholische Theologie Warschau
Hochschule für Planung und Statistik Warschau
Universität Zagreb

Universität Mannheim [10]:
Akademie für Ökonomie Wroclaw/Breslau
Ökonomische Akademie Wroclaw/Breslau
Technische Universität Wroclaw/Breslau
Universität Wroclaw/Breslau
Collegium Budapest
Eötvös-Lorand Universität Budapest
Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest
Institute of Mathematics Bukarest
Universität Gdansk/Danzig
Universität Tartu/Dorpat
Janus-Pannonius-Universität Pecs/Fünfkirchen
Handelshochschule Krakau
Universität Krakau
Lettische AdW
Katholische Universität Lublin
AdW Moskau
Staatliche Lomonossow-Universität Moskau
Hochschule für Finanzökonomie St. Petersburg
Universität St. Petersburg
Universität Poznan/Posen
Universität Sarajewo
Universität Sofia
Universität Szeged
Hochschule für Planung und Statistik Warschau
Institute of Labour and Social Studies Warschau
Polnische AdW Warschau
Universität Woronesch
Weißrussische AdW Minsk

Philipps-Universität Marburg:
Universität Wroclaw/Breslau
Universität Maribor/Marburg a. d. Drau
Lomonossow-Universität Moskau
Puschkin-Institut für Russische Sprache Moskau
Medizinische Akademie Setchenov Moskau
AdW Tirana

Ludwig-Maximilians-Universität München [11]:
Boleslaw-Bierut-Universität Wroclaw/Breslau
Universität Brno/Brünn (Fakultätskooperation: Tiermedizin)
T. G. Schwetschenko Staatsuniversität Kiew
Karls-Universität Prag
Medizinische Akademie Sofia (Institutskooperation: Urologie)
Kliment-Ochrodski-Universität Sofia
Universität Zagreb

Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
Ökonomische Akademie Wroclaw/Breslau
Universität Lettlands, Riga
Hochschule für Planung und Statistik Warschau

Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg:
Chemisches Institut der Universität Gdansk/Danzig
Pädagogische Hochschule Hradec Kralove/Königgrätz
Staatsuniversität Moskau
Staatsuniversität Nowosibirsk
Nikolaus-Kopernikus-Universität Torun/Thorn

Universität - Gesamthochschule Paderborn:
Eötvös Lorand-Universität Budapest
Kossuth Lajos Universität Debrecen

Universität Passau:
Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest
Staatsuniversität Ivanovo
Hochschule für Management S. Ordshonikidze Moskau
Universität Lodz
Karls-Universität Prag

Universität Regensburg:
Masaryk-Universität Brno/Brünn
Universität Ljubljana/Laibach
Universität Lodz
Universität Novi Sad/Neusatz (ruht zur Zeit)
Universität Odessa

Universität Rostock:
Landwirtschaftliche Universität Wroclaw/Breslau
Landwirtschaftliche Hochschule Brno/Brünn
Semmelweis-Universität Budapest
Universität Gdansk/Danzig
Technische Universität Gdansk/Danzig
Medizinische Universität Debrecen
Kossuth-Lajos-Universität Debrecen
Agraruniversität Debrecen
Universität Galati/Galatz
Universität Jerewan
Technische Hochschule für Fischwirtschaft Kaliningrad/Königsberg
Lomonossow-Universität Moskau
Universität für Meerestechnik St. Petersburg
Hochschule für Seefahrt "Admiral S. Makarow" St. Petersburg
Landwirtschaftliche Hochschule Prag
Universität Lettlands, Riga
Universität Rijeka
Universität Szczecin/Stettin
Pommersche Medizinische Akademie Szczecin/Stettin
Landwirtschaftliche Akademie Szczecin/Stettin
Technische Universität Szczecin/Stettin
Nikolaus-Kopernikus-Universität Torun/Thorn
Technische Universität Varna
Universität Zagreb

Universität des Saarlandes:
Masaryk-Universität Brno/Brünn
AdW Budapest
Lorand Eötvös-Universität Budapest
Medizinische Hochschule Debrecen
Agrarwisschaftliche Universität Gödöllö
AdW Moskau
Staatliche Pädagogische Hochschule Moskau "Maurice Thorez"
Puschkin Institut Moskau
MedizinischeAkademie Pozna /Posen
UniversitätPozna/Posen
Karls-Universität Prag
St. Kliment Ohridski Universität Sofia
Radio- und Ingenieurwissenschaftliches Institut Taganrog
Universität Tiflis
Medizinische Hochschule Tver
Universität Warschau

Universität - Gesamthochschule Siegen:
M. S. Asisbekow-Hochschule für Erdöl und Chemie Baku

Ungarische AdW Budapest
Universität Gdansk/Danzig
Gubkin-Hochschule für Öl und Erdgas Moskau
Institut für Physikalische Chemie der AdW Moskau
Institut für Programmsysteme der Russischen AdW Peresslavl
Institut für Feinmechanik und Optik St. Petersburg
Universität Szeged
Universität Tirana
Polytechnische Universität Tirana
Polnische AdW Warschau
Universität Warschau
Universität Wroclaw/Breslau

Universität Stuttgart:
Technische Universität Budapest
Moskauer Institut für Werkzeugmaschinen und Werkzeuge
Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität
Polytechnische Universität St. Petersburg
Technische Universität Prag
Polytechnikum Wroclaw/Breslau

Universität Trier:
Universität Kattowitz
Ökonomische Akademie Kattowitz
Universität Miscolc

Eberhard-Karls-Universität Tübingen [12]:
Lomonossow Universität Moskau
Universität Tartu/Dorpat
Universität Warschau
Universität Babes Balyai Cluj-Napoca/Klausenburg
Eötvös-Lorand-Universität Budapest
Universität Ljubljana/Laibach
Bergakademie Opava/Troppau
Medizinische Universität Pecs/Fünfkirchen
Universität St. Petersburg
Karls-Universität Prag
Russische AdW, Institut für Slawistik und Balkanistik
Katholisch-Theologische Akademie Warschau

Universität Ulm:
Semmelweis-Universität Budapest
Institut für Biophysik des Ministerium für Gesundheitswesen Moskau
Institut für Spektroskopie der Russischen AdW Troitzk und Moskau
Karpov-Institut für Physikalische Chemie Moskau
Lomonossov-Universiät Moskau
A. N. Nesmejanov-Institut für organische Komponenten der Russischen AdW Moskau
Abteilung für Polymere des Institutes für Physikalische Chemie der Russischen AdW Moskau
Adam Mickiewicz-Universität Pozna /Posen
Medizinische Akademie Pozna /Posen
Medizinische Universität Szeged

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg:
Jagiellonische Universität Krakau
Karls-Universität Prag

Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal:
Technische Hochschule Kosice/Kaschau
Radiotechnische Hochschule Minsk

Anmerkungen:

1. Bei einigen wenigen Universitäten und Hochschulen waren aus unterschiedlichen Gründen die entsprechenden Angaben nicht auf direktem Wege zu erhalten.

2. Alle Angaben zu Berliner Universitätskooperationen nach: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.): Internationale Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich des Landes Berlin; Berlin 1994

3. Nach Auskunft des Referates für Öffentlichkeitsarbeit im Rektorat der Universität Bielefeld.

4. Gemäß telefonischer Auskunft der Pressestelle.

5. Entnommen der Broschüre "Technische Hochschule Darmstadt: Studieren, Lehren, Forschen".

6. Gemäß Auskunft des Referates für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

7. Gemäß Auskunft der Pressestelle.

8. Gemäß Auskunft durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit.

9. Nach Auskunft des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universität Karlsruhe.

10. Nach: Universität Mannheim (Hrsg.): Handbuch der Auslandsbeziehungen; Die internationalen Kontakte in Forschung und Lehre an der Universität Mannheim; Mannheim 19932

11. Nach einer von der Pressestelle erarbeiteten Übersicht.

12. Nach Informationen des Presseamtes sowie der Broschüre: Austauschbeziehungen der Eberhard-Karls-Universität Tübingen mit Hochschulen im Ausland, Stand: Oktober 1994; zu beziehen über das Dezernat für Internationale Beziehungen, Universität Tübingen, Nauklerstr. 14, 72074 Tübingen.

PUBLIKATIONEN zu MOE- Wissenschaft + deutsch-MOE-Wissenschaftskooperation

Hochschulrektorenkonferenz (Hg): ***Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Estland, Lettland und Litauen*** (Materialien zur Hochschulkooperation 1/1994). Bonn 1994. 80 S.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): ***Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in der Ukraine*** (Materialien zur Hochschulkooperation 2/1994). Bonn 1994. 79 S.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): ***Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Bulgarien*** (Materialien zur Hochschulkooperation 3/1994). Bonn 1994. 76 S.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): ***Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen in Belarus*** (Materialien zur Hochschulkooperation 4/1994). Bonn 1994. 59 S.

Mühle, Eduard: ***Die Neugründung der Russischen Akademie der Wissenschaften. Analysen und Dokumente*** (Dokumente zur Hochschulreform 81/1993). Hrsg. von der HRK. Bonn 1994. 113 S.

Hochschulrektorenkonferenz (Hg.): ***Perspectives on the Reform og Higher Education in Central and Eastern Europe*** (Dokumente zur Hochschulreform 90/1994). Bonn 1994. 252 S.

Mühle, Eduard: ***Hochschulreform in Ungarn*** (Dokumente zur Hochschulreform 93/1994). Hrsg. von der HRK. Bonn 1994. 122 S. Bezug bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Mayntz, Renate/ Schimank, Uwe/ Weingart, Peter (Hg.): ***Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme. Länderberichte.*** Leske+Budrich, Opladen 1995. 700 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Handbuch Osteuropa-Kontakte. Fibre Verlag, Osnabrück/Münster 1993/94. Bd. 1: Osteuropa. Kontaktanschriften in Deutschland. 119 S. DM 24,-. Bd. 2: Deutsche Kontaktanschriften in Osteuropa. 91 S. DM 26,-. Über den Buchhandel.

Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GHS Kassel (Hg.): ***Information zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West.*** Kassel 1993. 55 S. DM 5,-. Bezug bei: Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GHS Kassel, INCON-Gebäude, Holländische Str. 36-38, 34109 Kassel.

Last, Bärbel/ Schaefer, Hans-Dieter: ***Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium.*** Mitarb.: Renate Gralki. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Verlag Constructiv, Berlin 1992. 40 + 263 + VI S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Last, Bärbel/ Schaefer, Hans-Dieter (Hrsg.): ***Attraktivität durch Internationalität. Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der neuen Bundesländer mit Osteuropa auf dem Prüfstand. Beiträge einer gemeinsamen Tagung am 10. November 1992 an der Universität Potsdam.*** Potsdam 1993. 175 + XIII S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Informationszentrum Sozialwissenschaften IZ, Abt. Berlin (Hg.): ***Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Projekte 1992.*** Berlin 1994. 300 S. DM 36,-. Bezug bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Schramm, Jürgen (Hg.): ***Sozialistische Hochschulausbildung vor dem Zusammenbruch. Entwicklung wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung in Ost- und Mitteleuropa*** (Ökonomische Theorie der Hochschule Bd. 6). Peter Lang Verlag Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994. 216 S. DM 65,-. Über den Buchhandel.

Vodicka, Karel (Hrsg.): ***Vademecum der tschechoslowakischen Wissenschaft.*** Bonus Verlag, Prag 1992. 392 S. DM 47,-. Vertrieb: Bonus Verlag, Johanna-Kirchner-Str. 45, 76189 Karlsruhe 21.

Thede, Sighelm: ***Möglichkeiten, Inhalte und Formen technologiepolitischer Kooperationen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland.*** trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. DM 68,80.

Thede, Sighelm: ***Möglichkeiten, Inhalte und Formen technologiepolitischer Kooperationen zwischen der Republik Kasachstan und der Bundesrepublik Deutschland.*** trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. DM 68,80.

Thede, Sighelm: ***Möglichkeiten, Inhalte und Formen technologiepolitischer Kooperationen zwischen Weißrußland und der Bundesrepublik Deutschland.*** trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. DM 68,80.

Egner, Gerd/ Hohlfeld, Hartmut: ***Die Republik Lettland - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie.*** trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. 130 S. DM 148,80.

Hohlfeld, Hartmut/ Egner, Gerd: ***Die Republik Litauen - ein perspektivreicher Markt für Kooperationen mit Westeuropa in Forschung und Technologie.*** trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1993. 130 S. DM 148,80. Bezug bei: trafo verlag, PF 244, 10123 Berlin.

Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen "Otto von Guericke" AiF, Außenstelle Berlin/ Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.): ***Stätten industrienaher Forschung in der Russischen Föderation. Stand: 01.02.1993.*** Berlin/Köln 1993. 163 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, Außenstelle Berlin, Tschaikowskistr. 49, 13156 Berlin.

Nadiraschwili, Alexander: ***Die Transformation der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR. Angaben zum Ressourceneinsatz als eine Ausgangsbedingung für die Transformation*** (WZB paper 94-01). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 1994. 81 S. Kostenlos bei: WZB, Presse- und Informationsreferat, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG (Hrsg.): ***Entwicklungen. Die Zusammenarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften 1970 - 1990*** [zweisprachig deutsch-russisch]. Bonn o.J. (1991). 146 S. Kostenlos bei: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, W - 5300 Bonn 2.

Beyrau, Dietrich: ***Intelligenz und Dissidenz. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 - 1985.*** Vandenhoeck & Ruprecht, 1993. 344 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Litschev, Alexander/ Kegler, Dietrich (Hrsg.): ***Abschied vom Marxismus. Sowjetische Philosophie im Umbruch.*** Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck 1992. 287 S. DM 24,90. Über den Buchhandel.

Anke Burkhardt (Berlin):

„Besser als befürchtet - schlechter als erhofft"

Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht

Ausschreibung und Besetzung der Professuren nach bundesdeutschem Recht stellen einen wesentlichen Aspekt der Erneuerung[1] des ostdeutschen Hochschulwesens dar. Innerhalb weniger Jahre mußten Umfang und Struktur der Stellenausstattung festgelegt und im Rahmen des Berufungsgeschehens Tausende von Personalentscheidungen getroffen werden.

Diese Aufgabe hatten die Hochschulen ohne Unterbrechung des Lehrbetriebes sowie bei parallel laufender politischer Überprüfung und fachlicher Evaluierung der HochschulmitarbeiterInnen zu meistern. Die Hochschulerneuerungsgesetze der neuen Bundesländer ermöglichten während der Übergangsphase Abweichungen von den Regelungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Dazu gehörten verkürzte Berufungsverfahren (Übernahmeverfahren für Hochschulangehörige, darunter Besetzung von Eckprofessuren auf Vorschlag der Berufungskommission) ebenso wie Hausberufungen im Normalverfahren.[2]

Gestützt auf Angaben der Länderministerien ermittelte der Wissenschaftsrat für 1993/94 eine Gesamtheit von 7.400 Professorenstellen an staatlichen Hochschulen in Ostdeutschland, darunter 2.600 im aufzubauenden Fachhochschulbereich. Zieht man die 89er Personalstatistik zum Vergleich heran, wird deutlich, daß sich die Anzahl der Hochschullehrerstellen an ostdeutschen Hochschulen insgesamt kaum verändert hat /BURKHARDT; SCHERER, S. 19/. Bei der Besetzung dieser Stellen fand jedoch ein Personalaustausch in erheblichem Umfang statt. Schätzungsweise wurden von den ehemals 7.500 DDR-HochschullehrerInnen nur 2.500 nach HRG neu berufen.

Länderübergreifende statistische Strukturdaten zu Professorenstellen und StelleninhaberInnen stehen zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Um trotz des Zeitverzuges der amtlichen Statistik ein aktuelles, repräsentatives Bild vom Stand des Berufungsgeschehens zu gewinnen, führte die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (PHB) im April 1994 eine Befragung an ostdeutschen Hochschulen durch. Mit Blick auf den Ersatzbedarf schloß sie auch Angaben zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein.[3] Angeschrieben wurden 64 Hochschulen, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Hochschulen in nichtstaatlicher Trägerschaft. 59 Einrichtungen übersandten eine Rückmeldung.

Der nachstehenden Auswertung liegen die Angaben von 51 Hochschulen (16 Universitäten, 12 Kunsthochschulen und 23 Fachhochschulen) mit fast 6.800 Professorenstellen zugrunde. Das entspricht mehr als 90 Prozent der vom Wissenschaftsrat veröffentlichten Stellengesamtheit.

Stellenstruktur

Die Stellenstruktur nach Hochschularten beleuchtet ein länderübergreifendes hochschulpolitisches Ziel: den (überdurchschnittlichen) Ausbau des Fachhochschulbereichs. Der Anteil der Professorenstellen an Fachhochschulen war im Ostteil Deutschlands mit 34 Prozent 1994 größer als der Anteil in den alten Bundesländern (1993: 29 Prozent).

Differenziert nach Besoldungsgruppen ergaben sich im Vergleich zum alten Bundesgebiet keine größeren Abweichungen (Anteil C4-C3-C2 in Prozent: Ost 36-46-18/ West 35-43-22). Es wird deutlich, daß die Länderplanungen sich an westdeutschen Ausstattungsstandards orientierten.

Der Blick auf die fachliche Personalstruktur läßt ebenfalls Anpassungstendenzen erkennen. Zum Teil beschritten die neuen Länder jedoch auch eigenständige Wege. Die an DDR-Hochschulen unterrepräsentierten Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Kunst, Kunstwissenschaften wurden anteilig ausgebaut. Aufgrund der Präferenz der Fachhochschulen ist im Vergleich zu den alten Bundesländern ein höherer Anteil an Professorenstellen in den Ingenieurwissenschaften vorgesehen.

Stellenbesetzung

Zu Beginn des II. Quartals 1994 waren knapp 70 Prozent der Professorenstellen besetzt. An der Spitze stand die Gruppe der Kunsthochschulen mit einer durchschnittlich 77prozentigen Stellenbesetzung. An Universitäten lag der Besetzungsstand bei 71 Prozent, an Fachhochschulen bei 63 Prozent.

Differenziert nach Besoldungsgruppen wiesen C4-Stellen mit 73 Prozent den höchsten Besetzungsstand auf. Hierin spiegelt sich das Bemühen der Länder und Hochschulen um eine möglichst schnelle Besetzung von Eckprofessuren im Interesse der inhaltlichen Erneuerung der Fächer wider.

Die Vermutung, daß der Besetzungsstand in den staatsnahen Fächergruppen (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sprach- und Kulturwissenschaften) aufgrund des besonders hohen Erneuerungsbedarfes geringer ausfallen würde als in den eher ideologiefernen Fächergruppen (Mathematik/ Naturwissenschaften, Medizin, Ingenieurwissenschaften, Kunst) mit einem höheren Anteil von Hausberufungen, bestätigte sich nicht.

Probleme scheint es vor allem bei der Besetzung von Fachhochschulprofessuren in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu geben. Im Unterschied zu der günstigen Berufungssituation im universitären Bereich war hier zum Befragungszeitpunkt nur jede zweite Professur besetzt.

Knapp zwei Drittel der bereits berufenen Professoren - Frauen wie Männer - kamen aus dem neuen Bundesgebiet, ein Drittel aus dem alten Bundesgebiet und zwei Prozent aus dem Ausland. Es ist zu erwarten, daß sich der Anteil von ProfessorInnen aus den alten Bundesländern und dem Ausland bis zum vorläufigen Abschluß des Erstberufungsgeschehens Ende 1994 weiter erhöhen hat.

Zwischen den Hochschularten gab es erhebliche Unterschiede. Während an Universitäten 4 von 10 berufenen ProfessorInnen aus den alten Bundesländern stammten, lag ihr Anteil an den Fachhochschulen mit 32 Prozent deutlich darunter. An Kunsthochschulen kam es nur in knapp zwei von zehn Fällen zur Berufung westdeutscher WissenschaftlerInnen.

Nach einer Umfrage der Zeitschrift *Nature* fiel der Anteil neu berufener Ostdeutscher in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Medizin überdurchschnittlich aus. In inhaltlich besonders erneuerungsbedürftigen Fächern wie Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Soziologie und Erziehungswissenschaften haben sich die Hochschulen dagegen überwiegend für die Berufung westdeutscher WissenschaftlerInnen entschieden. Fast 90 Prozent der JuristInnen, etwa zwei Drittel der SozialwissenschaftlerInnen kamen aus den alten Bundesländern. In den Wirtschaftswissenschaften wurde jede zweite Professur mit einem/r Altbundesbürger/-in besetzt. /NATURE, S. 44f./

In Einzelstudien wurde nachgewiesen, daß bei Plazierungen und Berufungen nicht nur das Geschlecht, sondern auch die Ost-West-Problematik eine Rolle spielte. Der West-Bonus reichte jedoch nicht aus, um die Männerphalanx zu durchbrechen. Als listen- und berufungswürdig galten zuerst Männer aus den alten Bundesländern, dann Männer aus den neuen Bundesländern, gefolgt von Frauen aus den alten Bundesländern und Frauen aus den neuen Bundesländern. Die ungleich verteilten Erfolgschancen traten in der obersten professoralen

Besoldungsgruppe prononciert in Erscheinung. /REICHE, S.36/

„Die Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschulen geht ... nicht generell zu Lasten der Frauen, doch es zeigt sich eine starke Tendenz, qualifizierte ostdeutsche Frauen aus hohen Statuspositionen der Wissenschaft fernzuhalten." In den Erziehungswissenschaften wurde bezogen auf 90 Neuberufungen (Stand März 1994) ein Frauenanteil von 13 Prozent realisiert. Unter den 12 Professorinnen war nur eine ostdeutsche Wissenschaftlerin. /MACHA u.a., S. 13/

Von der Möglichkeit der Hausberufung wurde bei 59 Prozent der aus Ostdeutschland stammenden neu berufenen ProfessorInnen - speziell an Kunsthochschulen - Gebrauch gemacht. An Fachhochschulen war der Anteil von Hausberufungen bedingt durch Neugründungen nur halb so groß wie an Universitäten. Frauen wurden bei den Hausberufungen in geringerem Maße berücksichtigt als Männer. An Universitäten ging die Stellenbesetzung für drei Viertel der ostdeutschen Professoren, aber nur für die Hälfte der ostdeutschen Professorinnen auf eine Hausberufung zurück. An Fachhochschulen lagen die entsprechenden Anteile bei 34 Prozent (Männer) und 26 Prozent (Frauen).

Die Altersverteilung der neuberufenen ProfessorInnen glich einer Pyramide. Annähernd die Hälfte der Neuberufenen war jünger als 50 Jahre. Die Gruppe der 50- bis 55jährigen stellte ein Viertel der Professorenschaft. Die folgenden Altersgruppen 55 bis 60 Jahre bzw. 60 Jahre und älter nahmen mit 17 bzw. 13 Prozent geringere Anteile ein. Bezogen auf eine „normale" Altersverteilung - d.h. auf eine gleichmäßige Verteilung der 5-Jahres-Altersgruppen - waren diese beiden Gruppen unterrepräsentiert.

Die Umfrageergebnisse belegen eine im Zuge der Hochschulerneuerung eingetretene Verjüngung des Hochschullehrerlnnenbestandes. Nach Ersatzbedarfsberechnungen für DDR-Hochschulen (ohne Kunsthochschulen und Päd. Hochschulen) hätte die durchschnittliche jährliche Ersatzbedarfsrate im Zeitraum 1994 bis Ende 2000 bei 5,5 Prozent gelegen /SCHERER/. Für denselben Zeitraum liegt sie nunmehr nur noch bei 3,3 Prozent.

Übersicht 1: Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen nach Hochschularten und Besoldungsgruppen (PHB-Befragung II/1994)

Hochschulart	Besetzungsstand (in %)			
	C4	C3	C2	Insges.
Universitäten	72	69	67	71
Kunsthochschulen	78	72	82	77
Fachhochschulen	-	64	61	63
Insgesamt	**73**	**67**	**64**	**68**

Die absehbare Altersverteilung bei den noch zu berufenden ProfessorInnen wird (aufgrund der abnehmenden Anteils an Hausberufungen) vermutlich zu einer weiteren Verjüngung des ProfessorInnenbestandes führen.

Zwischen den Hochschularten haben sich deutliche Unterschiede herausgebildet:

- An Kunsthochschulen war die Gruppe der 50 Jahre und Älteren mit 62 Prozent stärker vertreten als an Universitäten (58 Prozent) oder Fachhochschulen (46 Prozent). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, daß bei der Besetzung der Professuren an Kunsthochschulen ein geringerer Personalaustausch stattgefunden hat. 75 Prozent der berufenen ProfessorInnen waren bereits zuvor an ihrer jetzigen Hochschule tätig. Aus der Altersverteilung resultiert bis 2000 eine durchschnittliche jährliche Ersatzbedarfsrate in Höhe von 3,6 Prozent.

- An Universitäten wird diese Rate etwa 2,7 Prozent betragen. Der Verjüngungsprozeß trat ausgeprägter auf als an den Kunsthochschulen.

- An Fachhochschulen war im Vergleich der Hochschularten der Anteil der 50 Jahre und Älteren am geringsten. Auffallend schwach besetzt war hier die Altersgruppe ab 60 Jahre. Aus der Altersverteilung zum Zeitpunkt der Befragung ergibt sich bis zum Jahr 2000 eine durchschnittliche Ersatzbedarfsrate von 1,8 Prozent.

Frauen

Der Frauenanteil an den Neuberufungen war mit knapp 11 Prozent annähernd doppelt so hoch wie der Professorinnenanteil im alten Bundesgebiet (1991: knapp 6 Prozent; darunter 3 Prozent bei C4-Stellen /KRISZIO, 1994, S.48/). Er übertraf auch den entsprechenden Anteil an DDR-Hochschulen (1989: Hochschullehrerinnen 9 Prozent; darunter Professorinnen 5 Prozent).

Geht man von einer Fortschreibung des 11prozentigen Frauenanteils bei den noch ausstehenden Berufungen aus (was allerdings fraglich ist, da im Zusammenhang mit dem steigenden Anteil berufener Altbundesbürger ein sinkender Frauenanteil verbunden sein dürfte) so würden in Zukunft rund 800 Professorinnen an ostdeutschen Hochschulen tätig sein (1989: rd. 700). Das entspräche einem Drittel aller weiblichen Professoren an deutschen Hochschulen - bei einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von einem Fünftel.

Beläßt man es bei dieser Gesamtaussage, liegt insoweit eine positive Bewertung nahe, als daß zumindest in diesem Punkt keine Anpassung an die schlechteren Gegebenheiten an westdeutschen Hochschulen stattgefunden hat. Die anfängliche Befürchtung einer massiven Ausgrenzung von Frauen im Prozeß der

Hochschulerneuerung hat sich vorerst nicht in vollem Umfang bewahrheitet. Aussschlaggebend hierfür dürften u.a. die frühzeitigen Warnungen westdeutscher Hochschulfrauen vor der Übertragung patriarchaler Strukturen, der Aufbau von Frauennetzwerken sowie das Engagement der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten (FB/GB) an den Hochschulen gewesen sein. Mitte 1992 waren an drei Viertel der ostdeutschen Hochschulen zentrale FB/GB tätig /STEIN; BURKHARDT, S. 20/. Ungeachtet der oft mangelhaften finanziellen und materiellen Ausstattung, der z.T. noch fehlenden gesetzlichen Grundlagen und des geringen Rückhalts in der Professorenschaft erreichten diese überwiegend ehrenamtlich und ohne Abminderung tätigen Frauen eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gleichstellungsproblematik.

Angesichts eines nach wie vor paritätischen Hochschulzugangs von Frauen und Männern im neuen Bundesgebiet stellt der 11prozentige Frauenanteil an den erfolgten Berufungen jedoch kaum mehr als einen Teilerfolg dar. Die Chance, die personelle Erneuerung mit einem sichtbaren Schritt in Richtung Gleichstellung der Geschlechter zu verbinden, wurde vertan. Die Hochschulpolitik hat in diesem Punkt versagt. Professorinnen sind nach wie vor in der Minderheit an deutschen Hochschulen - die geschlechtsspezifische Qualifikations- und Professionspyramide wurde nicht abgetragen, sondern nur etwas geglättet.

Die äußerst unverbindliche Aussage zur Frauenförderung im 1991 aufgelegten Hochschulerneuerungsprogramm (HEP), Artikel 9 /Vereinbarung/ ließ solches bereits zu Beginn der personellen Erneuerung vermuten. Auch in der 1992 verabschiedeten erweiterten Fassung blieb das HEP erheblich hinter den Festlegungen des für die Hochschulen der alten Bundesländer geltenden Zweiten Hochschulsonderprogrammes (HSP II) /Gemeinsamer Beschluß/ zurück.

Im HEP-Förderbereich Gründungsprofessuren wurde 1992 ein Frauenanteil von 6 Prozent realisiert. Im universitären Bereich wurden 169 Männer und 10 Frauen finanziert, im Fachhochschulbereich 79 Männer und 5 Frauen /Hochschulerneuerungsprogramm/, d.h. nur 15 Frauen erhielten die Möglichkeit, hochschulpolitisch gefördert Gründungshilfe zu leisten.

Noch deutlicher fiel die Unterrepräsentanz von Frauen in den Landeshochschulstrukturkommissionen (LHSK) aus (Frauenanteil unter 3 Prozent). Daß die Berücksichtigung der Belange von Frauen immer noch keine Selbstverständlichkeit ist, sondern der aktiven Mitwirkung engagierter Frauen bedarf, zeigt ein Ländervergleich hochschulpolitischer Grundsatzmaterialien. Zum Beispiel heben sich die Empfehlungen der Berliner LHSK /Stellungnahmen, S. 121 ff./, zu deren Mitgliedern die Sprecherin der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Hochschulen gehörte, durch eine ausführliche Behandlung der Frauenproblematik sowie Vielfalt und Konkretheitsgrad der vorgeschlagenen Fördermaßnahmen deutlich von den Materialien ausschließlich männlich besetzter Kommissionen ab.

Eher enttäuschend als ermutigend sind die frauenspezifischen Aussagen in den neuen Landeshochschulgesetzen.[4] Der Einigungsvertrag eröffnete den ostdeutschen Ländern einen rechtlichen Handlungsspielraum von drei Jahren. Dieser sollte sowohl für die Herstellung der gesamtdeutschen Rechtseinheit genutzt werden, als auch für die Vorbereitung einer möglichen Novellierung des Hochschulrahmengresetzes (HRG).

Bei der Abfassung ihrer Hochschulgesetze orientierten sich die Länder inhaltlich am HRG und der im September 1990 von der letzten DDR-Regierung in Kraft gesetzten Vorläufigen Hochschulordnung (VHO). Zur Frauenthematik wird in beiden Gesetzen gleichlautend ausgeführt:
„Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile hin." (HRG § 2, 2/ HVO § 2, 5)

Diese Formulierung übernahmen die neuen Bundesländern im Wortlaut oder geringfügig modifiziert sowohl in die Übergangsgesetze als auch in die späteren Hochschulgesetze. Die Gesetzestexte gehen nur punktuell über HRG und VHO hinaus (z.B. wurde der einbezogene Personenkreis erweitert; die Begrenzung auf Wissenschaftlerinnen entfiel). Fundamentale Neuerungen und Anregungen für eine gesamtdeutsche Gesetzesreform sucht man dagegen vergeblich. Die Aussagen sind in der Regel sehr allgemein gehalten und von geringer Verbindlichkeit: Willensbekundungen statt einklagbarer Rechte.

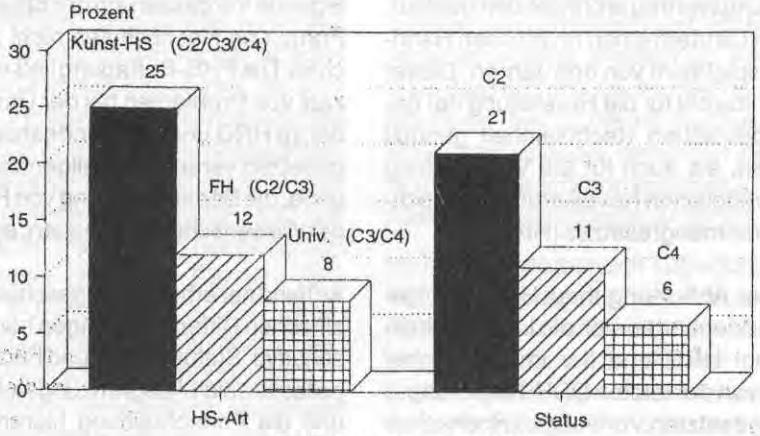
Mit Gesetzen, Strukturplänen, Förderprogrammen etc., die kaum mehr bieten als politische Statements, ist eine grundlegende Verbesserung der Situation von Frauen an Hochschulen nicht zu erreichen. Die PHB-Befragung ließ eine Vielzahl von Problemen bei der Umsetzung der im HRG und den Landeshochschulgesetzen verankerten allgemeinen Aufgabe, die Benachteiligung von Frauen in der Wissenschaft abzubauen, erkennen.

Anhand der erheblichen geschlechtsspezifischen Differenzierungen nach Hochschultyp, Statusgruppe und Fächergruppe lassen sich Ausgrenzungstendenzen und die Fortschreibung hierarchischer Strukturen nachweisen. Es kam zu einer Potenzierung struktureller Marginalisierungseffekte: die Kombination Universität (speziell an attraktivem Standort), C4-Professur und traditionell männlich besetztes Wissenschaftsgebiet war gleichbedeutend mit dem fast völligen Ausschluß von Frauen.

An Universitäten standen einer berufenen Wissenschaftlerin mehr als zehn Professoren gegenüber; an Fachhochschulen waren es acht. Größere Chancen hatten Frauen an Kunsthochschulen. Hier wurde auf jede vierte Professur eine Frau berufen. (vgl. Abb. 1) Innerhalb dieser Hochschularten resultierten die Unterschiede im wesentlichen aus dem Fächerprofil der einzelnen Hochschule.

In Übertragung bzw. Fortschreibung der Situation in den alten Bundesländern bzw. in der DDR war der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften am ge-

Abb. 1: Professorinnenanteil
an ostdeutschen Hochschulen



PHB-Befragung II/1994

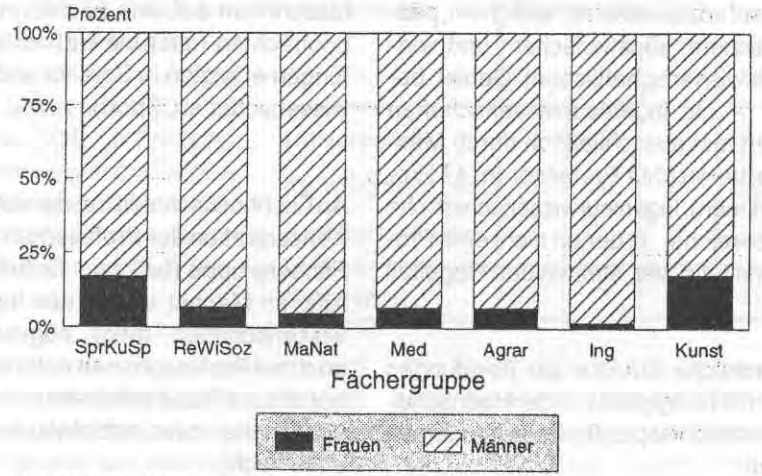
16 Univ., 12 Kunst-HS, 23 FH

ringsten. Kaum höher waren die Anteile berufener Frauen in mathematisch-naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern. In Kunst, Kunstwissenschaften stellten Frauen dagegen ein Viertel der Professorenschaft. Über dem Durchschnitt lag ihr Anteil auch in den Sprach- und Kulturwissenschaften. (vgl. Abb. 2 und 3)

Dementsprechend waren Frauen an universitären Einrichtungen mit ausgebautem ingenieurwissenschaftlichen Bereich unterdurchschnittlich vertreten (z.B. TU Ilmenau und TU Cottbus je 6 Prozent, TU Chemnitz-Zwickau und TU Dresden je 5 Prozent, Universität Magdeburg 3 Prozent, Bergakademie Freiberg 2 Prozent) - an eher geisteswissenschaftlich orientierten Universitäten überdurchschnittlich (z.B. Humboldt-Universität zu Berlin - ohne Medizin 13 Prozent, Universität Potsdam 15 Prozent, Europa-Universität Frankfurt/O. 16 Prozent). Zwischen den Fachbereichen/Fakultäten haben sich gravierende Unterschiede herausgebildet. Zum Beispiel waren an 12 von 24 Fachbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin (ohne Medizin) zum Befragungszeitpunkt keine Frauen auf C4-Stellen berufen worden, in 8 Fachbereichen traf dies für die Besetzung von C3-Stellen zu. In 11 Fachbereichen waren die C4-Professorinnen Einzelkämpferinnen, lediglich in den Erziehungswissenschaften wurden mehrere C4-Stellen mit Frauen besetzt.

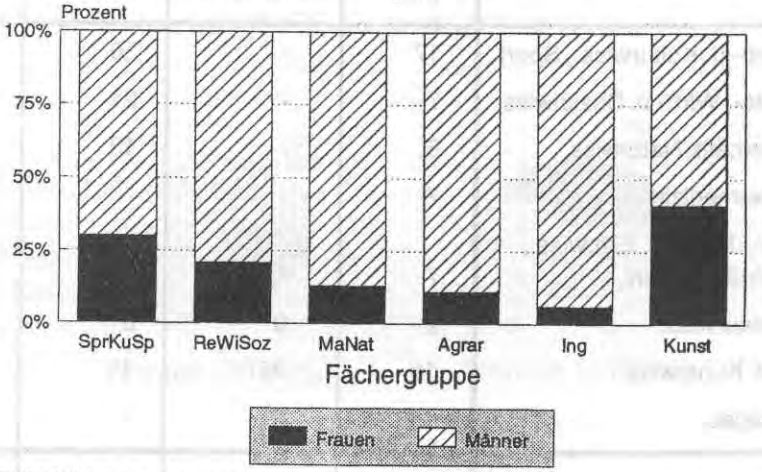
Ein ähnlich differenziertes Bild bot der Fachhochschulbereich. Neben Fachhochschulen an denen bis Mitte 1994 lediglich eine Frau berufen wurde (FH Harz, FH Schmalkalden, FH Eberswalde), gab es auch Einrichtungen mit einem Frauenanteil um oder über 20 Prozent (z.B. FH Potsdam 26 Prozent, FH

Abb. 2: Struktur der Berufungen
an ostdeutschen Universitäten



16 Univ. (C3/C4); PHB-Befragung II/1994

Abb. 3: Struktur der Berufungen
an ostdeutschen Fachhochschulen



23 FH (C2/C3); PHB-Befragung II/1994

Merseburg 22 Prozent, FHTW Berlin 19 Prozent).

An Fachhochschulen wurden Frauen vor allem auf sozialwissenschaftlichem, pädagogischem, künstlerischem und wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet berufen - die Ingenieurwissenschaften wurden fast ausschließlich durch Männer vertreten (841 Professoren, 47 Professorinnen). Ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche, in denen nicht eine Professorin tätig war, stellten den Regelfall dar.

Die fachliche Struktur der Berufungen wies in Abhängigkeit von der Hochschulart geschlechtsspezifische Besonderheiten auf.

An Universitäten war im Unterschied zu der relativ ausgeglichenen Verteilung der Professoren auf die verschiedenen Fächergruppen eine Konzentration der Professorinnen auf eine Fächergruppe zu beobachten (über die Hälfte der Berufungen erfolgten in Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport).

An Fachhochschulen trat die auffallende Konzentration der Professoren auf eine Fächergruppe (fast zwei Drittel der berufenen Männer sind in den Ingenieurwissenschaften tätig) abgeschwächt auch bei Professorinnen auf (vier von 10 berufenen Frauen vertraten ein rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftliches Fach).

Übersicht 2: Professorinnenanteil an ostdeutschen Hochschulen nach Hochschularten und Fächergruppen (PHB-Befragung II/1994)

Fächergruppe	Frauenanteil (in %)			
	Univ.	Kunst-HS	Fach-HS	Insges.
Sprach- u. Kulturwiss., Sport	17	-	30	17
Rechts-, Wirt.- u. Sozialwiss.	7	-	21	14
Mathematik/Naturwiss.	5	-	13	6
Humanmedizin	7	-	-	7
Agrar-, Forst- u. Ern.wiss., Veterinärmedizin	7	-	11	8
Ingenieurwiss.	2	0	6	4
Kunst, Kunstwiss.	18	25	41	26
Sonstiges	33	0	-	29
Insgesamt	**8**	**25**	**12**	**11**

Mit steigender Besoldungsstufe innerhalb der Professorenschaft sank der Frauenanteil. Im Vergleich der besetzten C3-und C4-Stellen kam es an Universitäten zu mehr als einer Halbierung des Frauenanteils (C3: 12 Prozent, C4: 5 Prozent). Ähnliches ergab die Gegenüberstellung von C2- und C3-Stellen an Fachhochschulen (C2: 17 Prozent, C3: 7 Prozent).

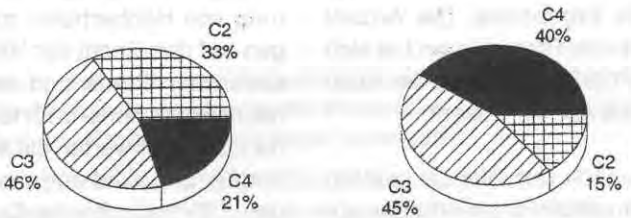
Übersicht 3: Professorinnenanteil an ostdeutschen Hochschulen nach Hochschularten und Besoldungsgruppen (PHB-Befragung II/1994)

Hochschulart	Frauenanteil (in %)			
	C4	C3	C2	Insges.
Universitäten	5	12	33	8
Kunsthochschulen	15	28	35	25
Fachhochschulen	-	7	17	12
Insgesamt	**6**	**11**	**21**	**11**

Von den berufenen Männern wurden 40 Prozent auf eine C4-Stelle berufen; von den berufenen Frauen nur ein Fünftel. Bei C2-Stellen war eine Umkehrung zu beobachten: ein Drittel der Professorinnen, aber nur 15 Prozent der Professoren war auf einer C2-Stelle tätig (vgl. Abb. 4).

Die Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden wies in einer detaillierten Analyse des Berufungsgeschehens eine Benachteiligung von Frauen durch die Berufungskommissionen und das zuständige Wissenschaftsministerium des Freistaates Sachsen nach. Im Vergleich von Bewerbungen, Plazierungen und Beru-

Abb. 4: Statusstruktur der Berufungen
an ostdeutschen Hochschulen



Frauen (=100%) Männer (=100%)

16 U, 12 KH, 23 FH; PHB-Befragung II/94

fungen war ein sinkender Frauenanteil zu verzeichnen. Frauen wurden seltener vom 1. Listenplatz berufen als Männer. Besonders ausgeprägt trat dies bei der Besetzung von C4-Stellen in Erscheinung. /REICHE, S. 28 ff./

Nach Meinung der Gleichstellungsbeauftragten der FHTW Berlin ist es fraglich, ob die bessere Dotierung der erstberufenen männlichen Professoren tatsächlich mit der für die Aufbauphase erforderlichen besonderen Qualifikation korrespondiert. Männer können „sich schlicht teurer verkaufen, weil sie aus besseren Ausgangspositionen kommen." Im Unterschied zu Frauen wiesen ihre Karriereverläufe kaum Brüche auf. Dementsprechend verfügten sie eher über eine attraktive Berufsbiographie und eine präsentierbare Kompetenz. /Zur Lage, S. 56/

An der Geschlechtsspezifik der Relation von Lehrenden und Lernenden hat sich prinzipiell nichts geändert. 1989 lag die Relation Studentinnen je Hochschullehrerin bei 79 zu 1; die Relation männliche Studierende je Hochschullehrer 8 zu 1. 1994 standen an ostdeutschen Hochschulen einer Professorin 152 studierende Frauen gegenüber, einem Professor dagegen lediglich 21 männliche Studierende.

Aufgrund steigender Studierendenanzahl und konstant hohem Frauenanteil wird bei relativer und absoluter Fortschreibung der Unterrepräsentanz von Professorinnen ein zunehmend männlich dominiertes Erscheinungsbild der Hochschule unvermeidlich sein. Während männliche Studierende die Hochschule als selbstverständlichen Aktionsraum ihrer professoralen Geschlechtsgenossen wahrnehmen, erleben Studentinnen die Wissenschaftlerin als Ausnahmeerscheinung in der Professorenschaft. Dies dürfte die Entscheidung von Frauen für eine wissenschaftliche Karriere zusätzlich erschweren.

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Eine Analyse der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbringt alarmierende Ergebnisse. Die Anzahl abgeschlossener Promotionen hat sich von 1989 zu 1993 halbiert, die der Habilitationen sank auf 14 Prozent.

Unmittelbar nach der Wende mußten zahlreiche Qualifizierungsvorhaben abgebrochen oder thematisch zumindest erheblich überarbeitet werden. Die Abwicklung im Hochschulbereich, der Personalabbau infolge fachlicher und politischer Überprüfung, die Stellenreduzierung und damit einhergehende bedarfsbedingte Kündigungen, die Statusänderung von Hochschulen mit Auswirkungen auf das Recht zur Verleihung akademischer Grade und die Einführung neuer Promotions- und Habilitationsordnungen erschwerten die kontinuierliche Fortführung akademischer Graduierungen. DDR-spezifische Qualifizierungsformen wurden eingestellt - neue Wege der Nachwuchsförderung mußten sich erst etablieren. Die Entscheidung für eine Hochschulkarriere verlangt unter den heutigen Bedingungen Mut zum Risiko, die Bereitschaft zu Mobilität und voller Konzentration auf die wissenschaftliche Arbeit. Die zu DDR-Zeiten als selbstverständlich geltende Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird von ostdeutschen Wissenschaftlerinnen heute zunehmend in Frage gestellt /BAUME; FELBER; S. 61/62/.

Obwohl die rückläufige Entwicklung des Erwerbs höherer akademischer Grade bei Frauen und Männern ein ähnliches Ausmaß erreichte, darf die Situation nicht geschlechtsunabhängig bewertet werden. Bei der ohnehin schon geringen Anzahl weiblicher Promovenden und Habilitanden, birgt jede weitere Reduzierung die Gefahr einer Unterschreitung der „kritischen Masse" in sich.

1989 schlossen 1.445 Frauen eine Promotion ab; 1993 nur rund 800 (Frauenanteil 34 bzw. 39 Prozent). Hinzu kam eine nicht zu übersehende Einengung des Fächerspektrums. Frauen erwarben ihre Promotion 1993 zu 60 Prozent in der Medizin (Männer: 45 Prozent).

Während sich 1989 135 Frauen habilitierten, wurden 1993 nur 13 Abschlüsse registriert (Frauenanteil 17 bzw. 12 Prozent). Dies reicht noch nicht einmal aus, um den altersbedingten Ersatzbedarf bei freiwerdenden Professuren zu befriedigen, geschweige denn den weitaus größeren Erweiterungsbedarf an ostdeutschen Hochschulen in den nächsten 10 Jahren.

Im Zusammenhang mit der prognostizierten Steigerung der Studienanfängeranzahl ab Mitte der 90er Jahre ist gegenüber der Stellenausstattung 1994 bis zum Jahr 2000 ein Ausbau auf 12.400 Professorenstellen erforderlich.

Wenn nicht schnellstens eine gezielte Gewinnung und Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen einsetzt, wird die „Universität der Zukunft" - gemessen an der Professorenschaft - eine „Männeruniversität" sein.

Anke Burkhardt, Dr. oec., ist seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Anmerkungen:

[1] Eine Auseinandersetzung mit der Verwendung des Begriffs „Erneuerung" für die im ostdeutschen Hochschulwesen ablaufenden Prozesse wäre zwar eine lohnende Aufgabe, würde aber den Rahmen des Beitrages sprengen.

Transformation, Transfer, Transition, Umbruch, Umstrukturierung, Wandel, Reform, Anpassung, Angleichung, Überstülpung (des westdeutschen Modells), Gleichschaltung, Okkupation... dies ist eine kleine Auswahl durchaus gebräuchlicher Bezeichnungen für einen Prozeß, dessen Bewertung in starkem Maße davon abhängt, ob man auf der Gewinner- oder der Verliererseite steht, ob man als Außenstehender beobachtet oder als Betroffener nur noch reagieren, aber kaum mehr agieren kann, ob man Verantwortung für getroffene Entscheidungen trägt oder sich auf oppositionelle Kritik beschränkt.

[2] Im Freistaat Sachsen wurden ca. 20 Prozent der Professuren im verkürzten Verfahren besetzt. „Das sind Berufungsverfahren ohne Konkurrenz, mit dem Ziel, aus politischen Gründen vor 1989 erlittene Benachteiligungen auszugleichen und wiedergutzumachen." /REICHE, S. 28/ Vergeben wurden 403 Professuren an Männer, aber nur 9 an Frauen, d.h. die verkürzten Berufungsverfahren wurden nur zu 2 Prozent zur Wiedergutmachung der Benachteiligung von Frauen im DDR-Hochschulwesen genutzt.

[3] Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse ist für 1995 geplant.- In: Burkhardt, A.; Scherer, D.: Berufungsgeschehen und Nachwuchsförderung an ostdeutschen Hochschulen - Ergebnisse einer Befragung II/1994/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst.- Berlin, 1995.- (Projektberichte)

[4] Überblick zu den gesetzlichen Grundlagen:

Verordnung über Hochschulen (Vorläufige Hochschulordnung-VHO) vom 18. September 1990.- In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik.- Teil I Nr. 63.- Berlin, 26. 9. 1990
Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 26. 1. 1976. Neubekanntmachung vom 4. 4. 1987- In: Bundesgesetzblatt.- Teil I Nr. 25.- Bonn, 23. 4. 1987

Berlin:
Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) vom 12. 10. 1990.- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin/Senatsverwaltung für Justiz.- 46 (1990) 75.- Berlin, 23. 10. 1990
Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes - ErgGBerlHG - vom 18. 7. 1991.- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin/Senatsverwaltung für Justiz.- 47 (1991) 33.- Berlin, 26. 7. 1991
Gesetz zur Anpassung des Berliner Hochschulrechts (Hochschulrechts-Anpassungs-Gesetz - HAnpG).- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin/Senatsverwaltung für Justiz.- 50 (1994) 21.- Berlin, 21. 5. 1994

Brandenburg:
Gesetz über die Hochschulen des Landes Brandenburg - Brandenburgisches Hochschulgesetz vom 24. 6. 1991.- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg.- 2 (1991) 12.- Potsdam, 1. 7. 1991

Mecklenburg-Vorpommern:
Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Hochschulerneuerungsgesetz (HEG) - vom 19. 2. 1991.- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern/Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.- Nr. 5.- Schwerin, 6. 3. 1991
Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz - LHG) vom 9. 2. 1994.- In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommen/Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.- Nr. 6.- Schwerin, 25. 2. 1994

Sachsen:
Sächsisches Hochschulerneuerungsgesetz vom 25. 7. 1991.- In: Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt/ Sächsische Staatskanzlei.- Nr. 19.- Dresden, 31. 7. 1991

Literaturverzeichnis:

Baume, B.; Felber, C.: Anpassung, Verweigerung und Widerspruch - nun lebenslang? Zur Situation und zu Erfahrungen von Wissenschaftlerinnen (Ost) in der Phase der Umstrukturierung der Hochschulen in Berlin und Brandenburg.- Berliner Debatte: Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs.- Berlin, 1994.- Heft 4.- S. 53 - 63

Burkhardt, A.: (K)ein Platz für Wissenschaftlerinnen an ostdeutschen Hochschulen?.- In: Beiträge zur Hochschulforschung/Bayrisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung.- München, 1993.- Heft 3 - 1993.- S. 339 - 371

Burkhardt, A.; Scherer, D.: Wissenschaftliches Personal und Nachwuchsförderung an ostdeutschen Hochschulen. Stand der Erneuerung/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst.- Berlin, 1993.- (Projektberichte 7/1993)

Gemeinsamer Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 2. Oktober 1990 zur Umsetzung und Ergänzung der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Dezember 1989 zu grundsätzlichen Fragen der Bildungs- und Forschungspolitik.- Abschnitt II, Punkt 5

Hochschulerneuerungsprogramm (HEP): Bericht über Maßnahmen und Ausgaben im Jahr 1992/Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Ausschuß „Bildungsplanung".- Bonn, 1993.- (Arbeitsmaterial)

Kriszio, M.: Hochschulerneuerung an der Humboldt-Universität. Umbau der Personalstruktur und Auswirkung auf Wissenschaftlerinnen.- In: Berliner Debatte: Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs.- Berlin, 1994.- Heft 4.- S. 45 - 52

Nature: Deutsche Akademiker finden Karriereboom im Osten. In: hochschule ost.- Leipzig, 1994.- Heft 4.- S. 44 - 46.

Macha, H.; Klinkhammer, M.; Hildebrandt, K.: Zur Lage der Erziehungswissenschaftlerinnen an den Universitäten der neuen Bundesländer: Zwischenbilanz.- In: Kell, A. (Hrsg.): Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern.- Deutscher Studienverlag: Weinheim, 1994

Reiche, K.: Studie zur Gleichstellung von Frau und Mann an der TU Dresden (Frauenbericht)/ Technische Universität Dresden, Referat Gleichstellung von Frau und Mann.- Dresden, 1994

Scherer, D. u.a.: Arbeitskräfteersatzbedarf für die Universitäten und Hochschulen des MHF nach Beschäftigtengruppen bis zum Jahr 2010/ Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin.- Berlin, 1988.- (Forschung über das Hochschulwesen; 1988, 66)

Stein, R. H.; Burkhardt, A.: Ausgewählte Aspekte der Situation von Frauen an ostdeutschen Hochschulen. Auszüge aus den Landeshochschulgesetzen zum Problemkreis Frauen. Ergebnisse einer Befragung der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten/Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst.- Berlin, 1993.- (Arbeitsmaterial)

Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen/ Landeshochschulstrukturkommission Berlin.- Berlin, 1992

Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil Berlins, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, vom 11. Juli 1991 in der Fassung vom 9. Juli 1992

Zur Lage der Frauen an TFH und FHTW i.Gr. - Bericht der Zentralen Frauenbeauftragten 1.1. 1992 bis 30. 9. 1993/Technische Fachhochschule Berlin.- Berlin, 1993

Joachim Tesch (Leipzig):

Dissertationen in der DDR

Einwände und Ergänzungen zu zwei Beiträgen in *hochschule ost* 5/94

Die von Autoren der Ruhr-Universität Bochum veröffentlichten Beiträge zur wissenschaftlichen Qualität und zur Geheimhaltung von Dissertationsschriften in der DDR stimmten mich sehr nachdenklich: zum einen hinsichtlich der kritischen Selbstprüfung der eigenen Arbeiten, der Betreuung von zahlreichen Doktoranden und der Gutachtertätigkeit in mehr als 30 Promotionsverfahren - zum anderen aber auch in bezug auf die z.T. selbstgerechte Position der westdeutschen Autoren.

I. Zur wissenschaftlichen Qualität von Doktorarbeiten

Den Beitrag von *Voigt* und *Gries* habe ich zweimal lesen müssen, bevor ich begriffen hatte, daß die Autoren die belegbare inhaltliche Einschätzung nur aus ihrer Bewertung von Schriften extrahieren, die den Sozialwissenschaften im engeren Sinne zuzuordnen sind. Die Gesamtanlage des Beitrages, insbesondere die quantitativen Angaben, erwecken zunächst den Eindruck, als ob sich die Wertung auf die Gesamtheit der gesellschaftswissenschaftlichen Schriften überhaupt beziehe.

Meine Erfahrungen stammen vorwiegend aus einem anderen gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, der Betriebs- und Volkswirtschaft, und da diese Disziplinen in der DDR stark bereichsorientiert waren, sei auch noch vermerkt: bezogen auf das Bauwesen (meine langjährigen wissenschaftlichen Arbeitsbereiche, die ehemalige TH Leipzig und die Bauakademie der DDR, hatten das Promotionsrecht A und B).

In vieler Hinsicht kann ich den Autoren in ihren kritischen Einschätzungen folgen, so in bezug auf die plakativen Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus und zu Parteibeschlüssen, die nach den schmerzlichen, aber auch lehrreichen

Erfahrungen des Scheiterns des Stalinschen Sozialismusmodells heute besonders hohl erscheinen. Ähnliches gilt für die vielfach fehlende Weltoffenheit u.a.m.

Dennoch plagen mich ob der Grundhaltung der beiden Autoren, die die westdeutsche Wissenschaftssicht als absolutes Wertesystem ihrer Beurteilung der ostdeutschen Verhältnisse zugrunde legen, erhebliche Zweifel, zumal ich inzwischen auch manche westdeutsche Dissertation gelesen und manches verständnisvolle Gespräch mit westdeutschen Berufskollegen hatte.

1. Erstaunlich ist immer wieder die Selbstsicherheit, mit der nur die fremde Weltanschauung als Ideologie abgetan wird. Warum aber wird die eigene Weltanschauung nicht als Ideologie erkannt? Viele Präliminarien in westdeutschen Arbeiten lesen sich wie Axiome, die nicht mehr bewiesen werden müßten - sie wirken aber auf den Leser, der von einer anderen Weltsicht geprägt wurde, wie Glaubenssätze. Dabei gibt es bei nachdenklichen Wissenschaftlern genügend Fragen zum Erkenntnisstand der eigenen Disziplin. So reflektiert z.B. *Brinkmann* den Stand der Wissenschaftlichkeit einiger wesentlicher Stücke der Volkswirtschaftslehre (in: Analytische Wissenschaftstheorie, R.Oldenbourg Verlag München/Wien 1989, S. 87ff.) sehr kritisch, aber solche Unsicherheiten irritieren die beiden Autoren aus Bochum in Bezug auf den eigenen Erkenntnisstand offensichtlich nicht.

In wissenschaftsmethodischer Hinsicht scheinen westdeutsche Dissertationen vielfach auf höherem Niveau zu stehen. Bedenkt man aber die häufig anzutreffende Realitätsferne, so erinnert die Art und Weise, wie diese und jene methodische Forderung vorgetragen wird, an Beckmessers Merkerzeichen in Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg".

2. War nur die DDR-Wissenschaft eine mehr oder weniger geschlossene Veranstaltung? Mit Recht wird die völlig unzureichende Auswertung westlicher wissenschaftlicher Arbeiten beanstandet. Aber angesichts der Härte, in der hier verurteilt wird, ist vielleicht doch im Gegenzuge die Frage erlaubt: Wie war es denn mit der Kenntnis des östlichen Wissenstandes - außer bei einigen wenigen Spezialisten - in Westdeutschland bestellt? Es dürfte kaum zur Norm von Dissertationsschriften gehört haben, hinreichend ostdeutsche oder osteuropäische Literatur ausgewertet zu haben - ohne daß damit die Wissenschaftlichkeit der Schriften in Frage gestellt worden wäre. Es ist immer wieder anzumerken: Im Osten war die Kenntnis des geistigen Lebens im Westen (bei allen Einschränkungen) weitergehend als umgekehrt. Genereller gilt wohl, daß bei wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten, die vordergründig auf Probleme des eigenen Ordnungssystems ausgerichtet sind, wenig Möglichkeiten gegeben sind, die Literatur anderer Syteme auszuwerten.

Bedenklicher ist die Ignoranz im eigenen Bereich hinsichtlich von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die außerhalb des eigenen ideologischen Hauptstroms ge-

wonnen wurden. Was in der DDR zuviel und auch unangebrachter Bezug auf *Marx* und marxistische Arbeiten war, ist in Westdeutschland im anderen Extrem festzustellen: Selbst dort, wo zweifelsfrei die wissenschaftliche Priorität von Marx und Engels gegeben ist, wird sie in der Regel unterschlagen. Ein von mir detaillierter untersuchtes Beispiel dafür ist die Beschreibung des Kapazitätserweiterungseffektes, d.h. der Finanzierung von Erweiterungs-(Netto-)Investitionen aus Abschreibungen (siehe „Der Reproduktionseffekt der Amortisationen - zur Geschichte einer "konomischen Entdeckung" in: *Wiss. Zeitschrift der TH Leipzig* 13[1989]1, S.37-43). Obwohl dieser Effekt von Marx und Engels entdeckt und beschrieben wurde, wird er üblicherweise Ruchti und Lohmann zugeschrieben. Selbst wenn einzelne anerkannte Wissenschaftler, wie in diesem Fall Hax (in: *Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,* Neue Folge. Köln/Opladen, 10[1958]4, S.222-226) die historische Wahrheit benennen, dominiert in Lexika und ähnlicher Literatur weiter die ideologisch bedingte Verdrängung.

3. Vor allem aber ist zu fragen, ob Außenstehende ohne genaue Berücksichtigung des relevanten konkreten wissenschaftshistorischen Entwicklungsabschnittes überhaupt in der Lage sind, rückblickend den jeweils erreichten Erkenntniszuwachs (als Hauptkriterium für die betrachtete Dissertation) zu beurteilen; zumal die genannten Autoren eine sehr vereinfachte Vorstellung von den Beziehungen zwischen SED und Wissenschaftlern haben, sie praktisch nur auf ein lineares Verhältnis „Vorgabe durch die Parteiführung - Ausführung durch die Wissenschaft" reduzieren. Was die Autoren nicht kennen können (sie aber dennoch nicht von der Verantwortung für ihre apodiktischen Verurteilungen frei spricht), weil es die Öffentlichkeit nur in Andeutungen oder stark verschlüsselt erreichte, ist das interne Leben in wissenschaftlichen Einrichtungen und Zirkeln. Insbesondere an den Hochschulen wurde im Laufe der Jahrzehnte eine gewisse, im doppelten Sinne existente „Narrenfreiheit" erreicht: Man konnte als Wissenschaftler in Rede und vertraulicher Schrift einerseits allerhand öffentliche Tabu-Linien überschreiten, wurde aber andererseits von den Verantwortlichen für die Wirtschaftspolitik nicht wahrgenommen oder mißachtet. Besonders in den achtziger Jahren wuchs unter den Wirtschaftswissenschaftlern das Unbehagen über die praktizierte Wirtschaftspolitik und damit auch die Neigung, sich in der Wissenschaft nachhaltiger der politischen Bevormundung zu entziehen.

In diesem Klima wurden in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Dissertationen auch Standpunkte eingenommen und Vorschläge unterbreitet, die nicht unbedingt der jeweiligen Parteilinie entsprachen (ohne daß das System gesprengt werden sollte... aber die Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist heute in Deutschland - allerdings mit anderen Vorzeichen - auch nicht gerade groß!). Welche Bausteine oder Balken zum vorhandenen wissenschaftlichen Gebäude mit der einzelnen Dissertation neu hinzukamen, läßt sich im Konkreten nur bei genauer, detaillierter Kenntnis des betreffenden Entwicklungsstandes der Wissenschaft (z.B. auf dem Gebiet der Preistheorie) beurteilen.

II. Zur Geheimhaltung von Dissertationen

Hier ist der Grad der Übereinstimmung mit dem Autor (Mertens) größer. Ich selbst habe mehrfach als Betreuer oder Gutachter in bezug auf geheim gehaltene Dissertationschriften mitgewirkt (darunter auch einmal in einem mit Ausnahme-Bedingungen durchgeführten Promotionsverfahren zu einer Dissertation, die als Vertrauliche Verschlußsache [VVS] eingestuft worden war). Das offizielle Sicherheitsbedürfnis war weit überzogen und zu einem großen Teil sachlich nicht zu rechtfertigen; der im Prinzip richtige Beschluß des Ministerrates der DDR vom Januar 1987 wurde viel zu spät gefaßt und viel zu schleppend durchgeführt.

Aus meinen Erfahrungen seien zwei Ergänzungen aus der Praxis der Geheimhaltung hinzugefügt:

1. Die Geheimhaltung erstreckte sich oft nicht auf die Dissertation als Ganzes, sondern häufig wurden vertraulich zu behandelnde Sachverhalte und statistische Zahlen von vornherein in einen gesonderten Anhang getan, um nur diesen zur „Vertraulichen Dienstsache" (VVS) oder „Vertraulichen Verschlußsache" (VD) erklären zu lassen. Das aber ist über die Bibliotheken meist nicht nachzuvollziehen, da in den eigentlichen Dissertationsschriften in der Regel auf entsprechende Verweise verzichtet wurde, um die hinderlichen und lästigen Geheimhaltungsbestimmungen bei der Übergabe der verteidigten Schriften an die Hochschulbibliotheken umgehen zu können. (Durch diese Verfahrensweise läßt sich z.T. auch die mangelnde Nachprüfbarkeit zusammengefaßter Ergebnisse in den Dissertationen erklären: Das Belegmaterial befindet sich ggf. in nicht zugänglichen, gesonderten Anhängen.)

2. Die Palette der Motive für die Geheimhaltung läßt sich vergrößern: Als Betreuer bzw. Gutachter von Dissertationsschriften habe ich mehrmals erlebt, daß sie aus Gründen der Abschirmung gegenüber anderen Organen der Partei- und Staatsführung der Geheimhaltung anheimfielen. An zwei „Fälle" erinnere ich mich besonders, bei denen es trotz aller persönlichen Bemühungen nicht gelang, sie im Interesse der Zugängigkeit für die wissenschaftliche Öffentlichkeit offen zu halten: der eine war die bereits erwähnte VVS-Dissertation, der andere eine VD-Dissertation. In beiden Verfahren handelte es sich um anerkannte Spezialisten ihres Fachs, die als Externe promovierten. Die VVS-Dissertation betraf statistische Probleme des Wohnungsbaus und Wohnungsbestandes; sie konnte ohne Substanzverlust erfolgreich nur fertiggestellt und verteidigt werden, wenn die „zuständigen" Abteilungen des Zentralkomitees der SED angesichts der politischen Brisanz der Thematik nicht vorzeitig „beunruhigt" wurden und dann „sicher" waren, daß die Ergebnisse nicht veröffentlicht wer-

den durften. - Die VD-Dissertation hatte wissenschaftliche Grundlagen der Preisbildung im Bauwesen zum Gegenstand. Hier wollte das Ministerium für Bauwesen nicht, daß dem Finanzministerium und dem Amt für Preise so ohne weiteres bestimmte Aussagen über Relationen von Kosten und Gewinnen zur Kenntnis gelangten, weil es Konsequenzen für die staatlichen Planauflagen befürchtete.

In beiden und ähnlichen Fällen lösten also nicht primär Sicherheitsbedenken im Außenverhältnis der DDR oder gegenüber der Bevölkerung, sondern Rivalitäten zwischen inneren Institutionen der Hierarchie die vertrauliche Einstufung der Dissertationen aus. Hier zeigten sich besondere Auswüchse bürokratischer Hierarchien.

Abschließend eine generelle Bemerkung zum Problem der Geheimhaltung für wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten: Aus heutiger Sicht war es in der DDR verhältnismäßig leicht, für wissenschaftliche Untersuchungen betriebliche Daten zu nutzen; dagegen war es praktisch unmöglich, volkswirtschaftliche Daten (außer den mageren Zahlen im Statistischen Jahrbuch der DDR) zu erhalten. In der Bundesrepublik ist es faktisch umgekehrt: Daten aus Unternehmen sind für außenstehende Wissenschaftler fast immer top secret, aber volkswirtschaftliche Daten - soweit erhoben - stehen unbeschränkt zur Verfügung; die Einschränkung „soweit erhoben" ist allerdings erheblich - von den Regierenden für das Ordnungssystem als sensibel empfundene Daten (wie z.B. zur Vermögensverteilung der privaten Haushalte) werden vorsichtshalber gar nicht erst erhoben.

Joachim Tesch, Prof. Dr. sc.oec., war bis 1993 an der ehemaligen TH Leipzig tätig; gehörte der Bauakademie der DDR als Ordentliches Mitglied an; wurde von einer westdeutschen Kommission wissenschaftlich positiv evaluiert

Jan-Peter Domschke (Mittweida):

Der Ostwald-Nachlaß und das Akademie-Archiv

Zu: Wolfgang Knobloch: Vom Zentralen Archiv der ehem. AdW zum Archiv der BBAW, in *hochschule ost* 1/1995

Im Heft 1/95 drucken Sie einen Beitrag von W. Knobloch zur Situation des ehemaligen Akademie-Archivs ab. Herr Knobloch teilt dort unter anderem mit, daß sich der Nachlaß von Wilhelm Ostwald gegenwärtig im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie befinde. Das ist richtig. Wie aber ist er dahin gelangt? Folgt man Herrn Knobloch, dann seien die Nachlässe geschenkt worden, oder sie sind als Depositum dort oder „auf andere Weise" dahin gelangt. Für den Nachlaß Wilhelm Ostwalds dürfte nur die letztgenannte Möglichkeit zutreffen.

Ich widerspreche der in diesem Beitrag nahegelegten Auffassung, daß sich der Nachlaß zu Recht in den Händen dieses Archivs befindet. Vorab möchte ich bemerken, daß es sich nicht nur um Schriftgut handelt, sondern auch um die Nobelpreisurkunde, die dazugehörige Medaille und andere Devotionalien aus dem Besitz W. Ostwalds. Mein Standpunkt und der der "Freunde und Förderer der Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte Großbothen" e.V. sind Herrn Knobloch seit Jahren bekannt, mir geht es ausschließlich darum, einer breiteren Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt mitzuteilen.

Nach dem Tode des Gelehrten einigten sich die fünf Kinder darauf, den Nachlaß in seiner Geschlossenheit zukünftigen Generationen zu bewahren. Der Nachlaß, das sind nicht nur eine große Bibliothek, die Handschriften, Arbeitsmittel und persönlichen Dokumente, sondern auch der Landsitz "Energie" mit fünf Häusern und einem ausgedehnten Park in Großbothen.

Grete Ostwald, die älteste, an den Rollstuhl gefesselte Tochter, übernahm das Ordnen und Systematisieren des schriftlichen Nachlasses und baute das Ostwald-Archiv auf. Durch ihr Wirken und die Unterstützung ehemaliger Schuler W. Ostwalds und weiterer Persönlichkeiten konnte der Landsitz "Energie" über den 2. Weltkrieg und die Nachkriegszeit hinweg erhalten werden.

Anfang der fünfziger Jahre reichten allerdings Kraft und Vermögen der betagten Ostwald-Kinder zum Erhalt des Gesamterbes nicht mehr aus. Es kam zu einer Schenkung an den Staat, unter der Bedingung, daß die Nutzung im Sinne Ostwalds zu erfolgen hat.

Im Ministerratsbeschluß vom 27. August 1953 heißt es dazu u. a.: "Es wurde mit den ... Erben dahingehend Uebereinstimmung erzielt, daß auf der Grundlage des

dort (Hervorhebung P.D.) befindlichen Archivs von Wilhelm Ostwald und des Forschungslaboratoriums ein Forschungsinstitut für Farblehre errichtet wird... Daneben ist eine Gedächtnisstätte oder ein Museum zum Andenken an W. Ostwald und zur Pflege seines literarischen Nachlasses zu errichten, wobei neben der Schaffung einer öffentlich zugänglichen Gedächtnisstätte besonderer Wert auf die Herausgabe seines Nachlasses zu legen ist."

Die Regierung übertrug die Ausführung der Auflagen an die *Deutsche Akademie der Wissenschaften der DDR*, das heißt, diese war immer nur Treuhänder der Regierung. Die mit der Schenkung verbundenen Auflagen wurden insgesamt nicht erfüllt. Der Treuhänder richtete zwar anläßlich des 100. Geburtstages von Wilhelm Ostwald die *Wilhelm-Ostwald-Archiv und -Forschungsstätte* ein, aber die wissenschaftliche Arbeit in Großbothen wurde immer mehr eingeschränkt, bis sie vollends endete.

Von 1968 bis 1988 nutzte ein *Institut für Farbforschung* der Industrie, das zu einem Labor für industrielle Farbrezepte schrumpfte, den größten Teil des Landsitzes. Nur die fünf Räume der heutigen Gedenkstätte verblieben in der Betreuung der *Akademie der Wissenschaften der DDR*.

Zwischen 1966 und 1980 verbrachte das *Zentrale Archiv der Akademie* alle Archivmaterialien nach Berlin und erklärte die selbständige Existenz des Wilhelm-Ostwald-Archivs für beendet. Bei der Beräumung der vom Labor für Farbforschung genutzten Räume gingen 1988 interessante Einrichtungsgegenstände und Teile der Farblehre-Bibliothek Ostwalds verloren.

Herr Knobloch hat in der Vergangenheit mehrfach seine Sicht der Dinge dargelegt. Da wurden die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen in Großbothen, das Bedürfnis der Wissenschaftler, den Nachlaß in Berlin studieren zu können, die eigenen Mühen mit der wissenschaftlichen Erfassung und sogar der Diebstahl eines (!) Buches als Argumente angeführt.

Inzwischen bietet der Landsitz "Energie" in Großbothen*alle* Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeit und dafür gebührt großer Dank der Bundesregierung, der Regierung des Freistaates Sachsen, dem Regierungspräsidium, dem Landkreis Grimma, der Kommune Großbothen und den "Freunden und Förderern der Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte Großbothen" e.V.

Seit dem 07.12.1994 ist der Freistaat Sachsen auch juristisch Eigentümer der gesamten Liegenschaft. An ihm liegt es nun, die genannten Ansprüche durchzusetzen. Das Erbe des Nobelpreisträgers für Chemie des Jahres 1909 und eines Gelehrten, der u. a. den Weltruhm der Universität Leipzig mitbegründete, ist, trotz aller Winkelzüge, Kulturgut des Freistaates Sachsen, und das sollte offen gesagt werden.

Jan-Peter Domschke, Prof. Dr. phil. habil., lehrt Philosophie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH) Mittweida

Brücken blieben erhalten

Von der DDR übernommene ausländische Stipendiaten schließen ihr Studium erfolgreich ab

Eine Zwischenbilanz zur Förderung der 11.000 Stipendiaten aus 78 Staaten, die der Deutsche Akademische Austauschdienst mit dem 3. Oktober 1990 aus den vormaligen DDR-Austauschprogrammen übernommen hatte

„Das Ziel des DAAD wurde erreicht", äußerte zufrieden DAAD-Präsident Theodor Berchem, „denn keiner dieser Stipendiaten mußte wegen der deutschen Vereinigung nach Hause geschickt werden. Und diejenigen, die hier geblieben sind, schließen ihr Studium erstaunlich planmäßig und erfolgreich ab. Die Mittel, die das Auswärtige Amt hierfür zur Verfügung gestellt hat, haben sich gelohnt und werden noch Früchte tragen."

Für die Fortführung bzw. Abwicklung der früheren DDR-Austauschprogramme hatte der DAAD 1990 die Arbeitsstelle Berlin-Mitte eingerichtet, die Ende 1994 noch 1.451 Geförderte betreute. Nahezu vollständig entfallen ist die Förderung ostdeutscher Wissenschaftler in diesen Programmen. Alle ostdeutschen Wissenschaftler, Graduierten und Studierenden können sich seit der deutschen Vereinigung um Stipendien in den DAAD-Austauschprogrammen bewerben; zusätzlich wurden verschiedene Sonderprogramme eingerichtet.

Dagegen wird das Kernstück der von der DDR übernommenen Programme, die Förderung ausländischer Jahresstipendiaten, noch einige Jahre bis zum vollständigen Abschluß fortbestehen. Von den mehr als 7.000 ausländischen Studierenden und Graduierten zu Beginn des Jahres 1991 waren ein Jahr später noch 4.277 in der Förderung. Zum Jahresbeginn 1994 betrug die Zahl noch 2.279 Stipendiaten aus 69 Ländern. Derzeit fördert der DAAD über die Arbeitsstelle Berlin-Mitte noch rund 1.451 ausländische Stipendiaten.

Rund 30 Prozent dieser Stipendiaten kommen aus Osteuropa, jeweils 25 Prozent stammen aus Afrika und Asien; Studierende aus Lateinamerika und Nahost sind jeweils mit einem Anteil um zehn Prozent vertreten.

Betrachtet man die Fächergruppen, so stellen die geförderten Studierenden aus den Ingenieurwissenschaften mit 35 Prozent die größte Gruppe, gefolgt von Stipendiaten aus Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit jeweils 15 Prozent. Je zehn bis zwölf Prozent be-

trägt der Anteil der Stipendiaten aus Mathematik und Naturwissenschaften, Humanmedizin sowie Veterinärmedizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

Von den 830 ausländischen Stipendiaten, die allein im Laufe des Jahres 1994 aus der Förderung ausgeschieden sind, haben 708 den angestrebten Abschluß erworben. Nur 122 Geförderte konnten wegen unzureichender Studien- und Prüfungsleistungen keine Verlängerung bekommen und beendeten ihr Studium ohne Abschluß oder brachen es aus verschiedenen Gründen ab. „Das ist eine Erfolgsquote, die sich im Vergleich zu den hohen Abbrecherzahlen bei deutschen Studierenden sehen lassen kann", kommentiert DAAD-Generalsekretär Dr. Christian Bode das Ergebnis. „Die Erfolge der ausländischen Studierenden an den ostdeutschen Hochschulen sind umso beeindruckender, wenn man bedenkt, daß sie ja durch die Umstrukturierungsmaßnahmen besonders verunsichert und auch betroffen waren."

Die ostdeutschen Hochschulen und der DAAD haben dafür gesorgt, daß die ausländischen Stipendiaten der vormaligen DDR mit einer qualifizierten Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren können. Das ist umso wichtiger, da sich diese Länder in den meisten Fällen in einer Umstrukturierung von einer sozialistischen zu einer stärker marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung befinden. Damit sind Brücken in der Zusammenarbeit vor allem mit Ländern der Dritten Welt nicht abgebrochen, sondern erhalten geblieben und ausgebaut worden.

Heinz Wegener (Berlin)
(Der Autor ist Leiter der DAAD-Arbeitsstelle Berlin-Mitte)

Norddeutsche Wissenschaftsminister und -senatoren berieten abgestimmte Schwerpunktsetzungen

Die in den norddeutschen Ländern bestehenden Ausbauplanungen für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich setzen Prioritäten bei den für die regionale Entwicklung des Nordens zentralen Bereichen. Dazu gehört auch die Erweiterung des Studienplatzangebotes an den Fachhochschulen. Die norddeutschen Länder wollen ihren Beitrag zu dem bundesweit vereinbarten Ziel leisten, bis zum Jahr 2000 an den Fachhochschulen einen Anteil von 35 % aller Studienanfängerinnen und Studienanfänger zu erreichen. Die Vergrößerung des Studienplatzangebotes müsse einhergehen mit einem erweiterten Fächerspektrum und der Erschließung neuer Ausbildungsfelder an Fachhochschulen, vor allem im nicht-technischen Bereich. Bei der Realisierung der Fachhochschulvorhaben wie auch anderer Hochschulbaumaßnahmen der norddeutschen Länder werde es bei der angespannten finanziellen Situation der Länder mehr denn je darauf ankommen, das künftige Fächerangebot bedarfs- und nachfragegerecht insbesondere in den aneinandergrenzenden Hochschulregionen auszurichten. Schwerpunktbildungen und möglicherweise auch arbeitsteilige Kooperationen zwischen den infragekommenden Hochschulen würden geprüft. Darauf verständigten sich die norddeutschen Ministerinnen und Senatoren für Wissenschaft und Forschung auf ihrem jährlichen Treffen, zu dem die neue Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Marquardt, die Ministerinnen Schuchardt, Niedersachsen, und Tidick, Schleswig-Holstein, und die Senatoren Hajen (Hamburg) und Scherf (Bremen) eingeladen hatte.

In Vorbereitung des Treffens der Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder erörterten die Fachministerinnen und -senatoren Wege eines koordinierten Vorgehens bei der Weiterentwicklung der norddeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft. Die Ministerinnen und Senatoren stimmten darin überein, daß die geplanten Maßnahmen zum Hochschulausbau und der Erfolg der angestrebten Hochschulstrukturreform entscheidend von der Bereitschaft des Bundes abhänge, 2,4 Mrd. DM für den Hochschulbau bereitzustellen und bei dem ab 1996 geplanten neuen Bund-Länder-Programm, das die z. Z. laufenden drei Hochschulsonderprogramme ablösen und zusammenfassen sollen, sein finanzielles Engagement nicht zu verringern.

Außerdem müsse das Bund-Länder-Programm Studentenwohnheimbau für die neuen wie für die alten Länder über 1997 hinaus fortgesetzt werden.

Die norddeutschen Länder haben auch das gemeinsame Ziel, bei der Planung und Umsetzung der Hochschulstrukturreform enger zusammenzuarbeiten. Die Ministerrunde erörterte daher auch, wie den Hochschulen mehr Eigenverantwortung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in Lehre und Forschung übertragen werden kann: Flexibilisierungen bis hin zur Globalisierung von Hochschulhaushalten sind in den Ländern bereits eingeleitet oder werden demnächst vollzogen werden.

Ansätze und Stand bei der Studienstrukturreform bildeten einen wichtigen Gegenstand der Gesprächsrunde. Wesentliches Ziel der Studienstrukturreform ist, in den Hochschulen Studienbedingungen zu schaffen, die es der Mehrzahl der Studierenden ermöglicht, in real kürzeren Studienzeiten als bisher den Abschluß zu erreichen. Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Lehre und für einen effizienteren Studienbetrieb sollen auf der Grundlage von Fächerevaluationen festgelegt werden. Hamburg und Schleswig-Holstein haben die Universitäten Hamburg und Kiel dafür gewinnen können, die Studiengänge Germanistik und Biologie mit Hilfe auswärtiger Hochschullehrer zu evaluieren. Die beiden Länder gehen davon aus, daß diese Evaluationvorhaben den Hochschulen als Modell für eigene Aktivitäten auf diesem Gebiet dienen können. Eine Reihe norddeutscher Hochschulen hat bereits selbst die länderübergreifende und sogar internationale Zusammenarbeit bei Evaluation aufgenommen, indem sich die Universitäten Bremen, Hamburg, Kiel, Oldenburg und Rostock in Zusammenarbeit mit Groningen (Niederlande) zu einem Evaluationsverbund

zusammengeschlossen haben. Die Landeshochschulkonferenz Niedersachsen hat Anfang Juni 1994 die Gründung einer zentralen Evaluationsagentur beschlossen und das Land Niedersachsen gebeten, das Projekt zu unterstützen. Die Wissenschaftsministerinnen und -minister sehen es als erforderlich an, diese Initiativen in sinnvoller Weise aufeinander abzustimmen.

Ein Diskussionspunkt mit besonderem norddeutschen Bezug war die Seefahrtsausbildung. Hierbei bestanden die Ministerinnen und Senatoren darauf, daß die Reeder in stärkerem Maße als bisher ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Eine derartige praktische Ausbildung sei als reguläre Zugangsvoraussetzung für das Studium an den Fachhochschulstandorten anzusetzen. Darüber hinaus solle jedoch geprüft werden, ob durch einen Modellversuch ein Studiengang installiert werden könne, der so praxisorientiert ist, daß die berufliche Ausbildung als Zugangsvoraussetzung wegfallen kann.

Wissenschaft kann unter modernen Bedingungen nur bei optimaler infrastruktureller Ausstattung gedeihen. Daher berieten die Ministerinnen und Senatoren auch das Projekt der Installierung eines Höchstleistungsrechners im Norddeutschen Raum. Er soll die nötige Kapazität für die Lösung komplexer wissenschaftlicher Fragestellungen erbringen. Nach den bisherigen Planungen ist daran gedacht, das 70-Millionen-Projekt im Konrad-Zuse-Zentrum in Berlin anzusiedeln. Zur nächsten Ministerrunde wird daher auch der zuständige Senator aus Berlin eingeladen.

(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)

Sachsen: Dienstaufgabenverordnung veröffentlicht

"An den Universitäten und Hochschulen des Freistaates Sachsen hat die Lehre einen sehr hohen Stellenwert. Das unterstreicht die neue Sächsische Dienstaufgabenverordnung, die Art und Umfang der Aufgaben an den staatlichen Hochschulen regelt." Damit verwies der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer, auf die neue Verordnung, die im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaates veröffentlicht wurde. Die Verordnung gebe der Lehre einen "deutlich höheren Stellenwert, als dies in den anderen Bundesländern der Fall" sei. Andererseits gebe es stärker als anderswo auch Regelungen, Wissenschaftler von den Lehraufgaben für die Forschung oder für Leitungstätigkeiten zu befreien. Auch an den Fachhochschulen sei die Möglichkeit für praxisorientierte Forschung vorgesehen.

Die Sächsische Dienstaufgabenverordnung legt in Ausführung zum Sächsischen Hochschulgesetz die Art und den Umfang der Aufgaben für das wissenschaftliche und künstlerische Personal an den Universitäten, Kunsthochschulen und Hochschulen für Technik und Wirtschaft (Fachhochschulen) fest. So sind für Professoren und Dozenten an den Universitäten acht Lehrverpflichtungsstunden vorgeschrieben, während Professoren an Kunst- und Fachhochschulen wöchentlich 18 Lehrstunden zu leisten haben. Für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben sind an den Universitäten 20 Stunden, an Kunst- und Fachhochschulen jeweils 24 Stunden vorgeschrieben. Ermäßigungen von der Lehrverpflichtung kommen Wissenschaftlern in leitenden Funktionen zu: Rektoren sind von der Lehrtätigkeit befreit, Dekane erhalten einen Anteil von fünfzig Prozent, auf Antrag für ihre Leitungstätigkeit sogar 75 Prozent zur Verfügung, ebenso die Studiendekane auf Antrag 25 Prozent. Bei den Assistenten ist die Möglichkeit einer Freistellung von der Lehrverpflichtung vorteilhaft: Für ihre eigene wissenschaftliche Arbeit (z. B. die Habilitation) können sie von einem Drittel bis zur Hälfte ihrer Dienstzeit beanspruchen.

(Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)

Edelbert Richter (Weimar/Bonn):

Offener Brief

an Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Bonn, 08.02.95

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Rüttgers,

unter dem Thema "Neubeginn in der Forschungspolitik?" hatte ich am 27./28.1. zum dritten Mal Vertreter der ostdeutschen Forschung zu einem Workshop nach Weimar eingeladen. Es trafen sich über 160 Wissenschaftler, Vertreter innovativer Unternehmen und wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen aus allen neuen Bundesländern. Viele von ihnen hatten den persönlichen Mut, sich angesichts der Umstrukturierungskrise nach der Wende nicht der Resignation hinzugeben, sondern den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen oder mit ungesicherter finanzieller Perspektive ihren Forschergruppen treu zu bleiben. Trotz einer historisch beispiellosen Vernichtung von Arbeitsplätzen vor allem in der Industrieforschung gibt es also in den neuen Bundesländern noch eine große Zahl kreativer und risikobereiter Menschen, ein Forschungs- und Entwicklungspotential, das schon deshalb gestärkt zu werden verdient, weil der Erhalt bzw. die Neustrukturierung eines entsprechenden FuE-Potentials ausschlaggebende Basis für den Wiederaufbau in der Wirtschaft der neuen Bundesländer ist. Oft entscheiden relativ geringe Unterstützungsleistungen hier über Sein oder Nichtsein an sich lebensfähiger, aber noch nicht über eine kritische Phase hinausgelangter Initiativen. Deshalb meine dringende Bitte: Tragen Sie in Ihrem neuen Amt zur Weckung dieses Potentials bei und unterstützen Sie diese Menschen, soviel Sie können!

Die Versammelten erkannten in dem Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaft *"Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäffigung - Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert"* ihre Verantwortung als Wissenschaftler, Forscher und Unternehmer, Beiträge zur Grundfrage des Weißbuches, der Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu leisten. Der Schlüssel hierzu ist wirtschaftsstärkende Forschung und Entwicklung sowie innovative Produktion. Forschung, Entwicklung und Technologietransfer sind jedoch in den neuen Bundesländern auf einen Anteil reduziert, der nur noch etwa 1/10 des Durchschnitts in den alten Bundesländern ausmacht; Tyll Necker stellte kürzlich sogar fest, daß nur

noch 3% des gesamten deutschen Forschung auf die neuen Bundesländer entfallen. Die Teilnehmer des Workshops bestätigten, daß sich an dieser Situation bislang nichts entscheidendes veränderte.

Das neugegründete Zukunftsministerium hatte bei ihnen große Hoffnungen auf einen Neubeginn in der Forschungspolitik geweckt. Die Hoffnungen richteten sich auch auf eine stärkere Wahrnehmung der gesamtstaatlichen, ressortübergreifenden Verantwortung für die Förderung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, zumal diese für eine Entscheidungsvorbereitung in den verschiedensten Politikbereichen unverzichtbare Erkenntnisse liefern. Der dem Bundestag vorliegende Haushaltsentwurf hat jedoch diese Hoffnungen jedenfalls für 1995 enttäuscht. Da die eigentliche Umstrukturierung des Ministeriums allerdings noch bevorsteht, halten die ostdeutschen Wissenschaftler den Zeitpunkt für günstig, in diesem offenen Brief an Sie, verehrter Herr Minister, ihre Wünsche und Anregungen zur künftigen Forschungspolitik vorzutragen:

1. Die Lage in der **Industrieforschung** bleibt weiter äußerst angespannt. Die verschiedenen Sonderprogramme für die neuen Bundesländer haben sich als gute Hilfe für den Aufbau eines innovativen Mittelstandes und die Erhaltung wertvollen Forschungspersonals erwiesen.
Die Förderprogramme müssen jedoch für die vielen sich im Aufbruch befindlichen Unternehmen mittelfristig kalkulierbar sein. Es besteht die Gefahr einer Vergeudung von Geldern, wenn die Fördermittelvergabe endet, bevor Unternehmen produzieren können. Eine Verlängerung der Programme für die neuen Bundesländer für die gesamte Legislaturperiode bis 1998 ist deshalb ein Gebot der Stunde und der wirtschaftlichen Vernunft. Mittel für notwendige Innovationen und neustrukturiertes Forschungspotential können nicht mit anderen Investitionshilfen oder Subventionen gleichgesetzt und gekürzt werden. Zum Aufbau einer leistungsstarken ostdeutschen Industrieforschung bedarf es der konsequenten Fortführung und der Erweiterung der bewahrten Programme mittelstandsbezogener Förderung, insbesondere der Förderung von Technologieorientierten Unternehmensgründungen (TOU) durch Aufstockung der Haushaltsmittel auf mindestens 1 Milliarde DM/Jahr, differenzierte Senkung des Eigenfinanzierungsanteils, Vereinfachung des Verfahrens zur Beantragung sowie gleichberechtigte Mitarbeit in den Bewilligungsausschüssen.
Viele erfolgversprechende Kooperationen zwischen Unternehmen in den neuen und alten Bundesländern sind im vergangenen Jahr mit dem Programm *Forschungskooperation* eingeleitet worden. Wie bekannt wurde, soll dieses aber leider zum Stillstand gekommen sein. Bei aller notwendigen Erhöhung der eigenen Anstrengung der deutschen Wirtschaft müssen die KMU jedoch weiter auf diese Forderung bauen können.

2. Das FuE-Potential Ostdeutschlands bleibt auch deshalb vielfach ungenutzt, weil freie **Erfinder** oder solche in kapitalschwachen kleinen Unternehmen oft nicht

einmal die Patentgebühren aufbringen können und politisch zu wenig gewürdigt werden. Die Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern schließen sich daher den Forderungen des Memorandums von Heister und Häußer an:
1. Keine Erhöhung, sondern Halbierung der Patentgebühren für Erfinder, mittelständische Unternehmer und gemeinnützige Organisationen. (In den USA ist dies geschehen und der Gebührenausfall durch den Anstieg der Patentanmeldungen sehr schnell kompensiert worden.);
2. Bereitstellung von Fördermitteln für den Erwerb von Patentschutz;
3. Ausbau der vorhandenen Patentinformationszentren zu regionalen Beratungsstellen und Aufbau eines technischen Informationssystems durch Bund und Länder;
4. Förderung betrieblicher Erfindungen durch wirksame steuerliche Anreize.

3. Viele Förderprogramme sind an die Bedingung geknüpft, daß der Antragsteller ein Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sein muß. In den neuen Bundesländern sind aus Forschungsabteilungen jedoch vielfach andere Rechtsformen, z. B. gemeinnützige **Vereine** hervorgegangen, die nun paradoxerweise bestimmte Fördermöglichkeiten (z. B. Zuschüsse bei der Produkterneuerung oder der Messebeteiligung) nicht nutzen können. Muß der Kreis der Antragsberechtigten also nicht erweitert werden? Außerdem würde eine befristete Grundfinanzierung eine wirksame Hilfe für derartige bewährte Rechtsformen sein.

4. Ihr Vorgängerministerium hat in einer Presseerklärung (31/94) mitgeteilt, es prüfe derzeit, "welche Möglichkeiten geschaffen werden können, um **Risikokapital** für die besonders schwierige und risikoreiche Phase der Gründung und des Aufbaus neuer Technologieunternehmen bereitzustellen." In der Tat ist der Kapitalbedarf eines innovativen Unternehmens höher, weil es ein ganz neues Produkt entwickeln und auf den Markt bringen möchte; und er ist in den neuen Bundesländern *noch* höher, weil Vermögensbildung in der DDR kaum möglich war und die Banken bei der Unterstützung innovativer Unternehmen weithin versagen.
Erschließen Sie weitere Möglichkeiten und ermutigen Sie die neuen *Länder,* Ihre Bemühungen zur Erhöhung der Eigenkapitalkraft der Unternehmen zu verstärken! Als Finanzierungsquelle bietet sich die weitere Nutzung des Parteienvermögens der ehemaligen DDR an.

5. Der **Markteintritt** ist das Kardinalproblem ostdeutscher Unternehmen. Die bislang bei weitem überwiegende Innovationsförderung ermöglicht häufig keine Markterschließung (außer beim Programm TOU). Um sich Marktzutritt zu verschaffen, genügt es nicht, mit den bereits etablierten Wettbewerbern gleichzuziehen; wer neue Kunden erschließen will, muß bessere Angebote machen als die Konkurrenz. Deshalb sollte die Forderung projektgebundener Markterschließungs- und Vertriebsinstrumente fur innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen finanziell ermöglicht werden. Zur Verbesserung des Marktzugangs für neuentwickelte Produkte ostdeutscher Unternehmen bedarf es einer verstärkten Fortführung der

Einkaufs- und Auftragsoffensive westdeutscher Unternehmen mit steuerlichen Vergünstigungen in den neuen Bundesländern sowie einer Erweiterung der Vergabe öffentlicher Aufträge an ostdeutsche innovative kleine und mittlere Unternehmen.

6. Die sieben **geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte** in den neuen Bundesländern bestehen aus positiv begutachteten Arbeitsgruppen der ehemaligen AdW, leisten einen originiär ostdeutschen Beitrag zur Forschung (z. B. "Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas") und sind im Grunde die einzige institutionelle Neuerung in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft seit der Wiedervereinigung. Die hier vorhandenen Ansätze zu einer interdisziplinären, überregionalen Forschung (z.B. im FSP "Literaturwissenschaft") sollten erhalten und ausgebaut werden. Dennoch wissen die Arbeitsgruppen immer noch nicht, ob, wie lange und in welcher Form sie weiterbestehen werden. Nachdem der Wissenschaftsrat im November seine Empfehlungen abgegeben hat, ist eine schnelle Entscheidung des Bundes zur Fortführung ihrer Arbeit gefordert.

7. Auch die **Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels** in den neuen Bundesländern e. V. hat keine gesicherte Perspektive, ganz abgesehen von anderen sozialwissenschaftlichen Instituten, denen es ähnlich geht. Können wir uns angesichts eines historisch unvergleichlichen Transformationsprozesses eine solche Haltung zu den Sozialwissenschaften leisten? Sie sind integraler Bestandteil der Forschungslandschaft und zur politischen Entscheidungsfindung unverzichtbar!

8. Mit dem **Wissenschaftler-Integrationsprogramm** (WIP) sollten ca. 1700 Wissenschaftler der abgewickelten Akademien der DDR in Hochschulen eingegliedert werden. Nun sind zwar inzwischen 93 % der Betreffenden an eine Hochschule angebunden, die Anbindung gilt aber nur bis zum Auslaufen der WIP-Forderung 1996, stellt also keine wirkliche Integration dar! Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Hochschulen sollten Sie, Herr Minister, daher bald sagen, wie Sie sich die Zukunft der befristet angestellten Wissenschaftler vorstellen, und sich mit den Ländern einigen. Vielleicht erleichtert es Ihre Antwort, wenn Sie bedenken, daß alle Experten für die zweite Hälfte der 90er Jahre eine durch Überalterung (bzw. unzureichende Nachwuchsförderung) verursachte *Professorenlücke* erwarten! Oder daß angesichts des fast völligen Zusammenbruchs der Industrieforschung in Ostdeutschland die Hochschulen deren Aufgabe (z. B. durch An-Institute oder Technologietransferstellen) z. T. mit übernehmen könnten.

9. Es ist beschämend, daß der Frauenanteil am Lehrkörper der Hochschulen in Deutschland (20 %) hinter dem in Spanien (29 %) oder der Türkei (32 %) weit zurückbleibt! Das Hochschulerneuerungsprogramm sieht daher auch "eine deutliche Erhöhung der Frauenanteile" vor (§ 9). Faktisch haben sich jedoch die **Chancen**

der ostdeutschen Frauen bei Berufungen dramatisch verringert: 1989 wurden in Ostdeutschland 790 Habilitationen abgeschlossen, davon 142 von Frauen. 1993 waren es noch 100, davon ganze 13 (dreizehn) von Frauen! Nur durch Sofortprogramme, die gezielt Promotionen und Habilitationen von Frauen unterstützen, ist dem HEP noch einigermaßen Rechnung zu tragen.

10. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl derer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, im industrienahen FuE-Bereich höher ist als in der Industrie selbst, kommt **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** hier eine große Bedeutung zu. Sie sollten nicht als Stiefkind, sondern als Faktor der Strukturbildung verstanden werden. Aber lediglich 2,8 % der gesamten ABM in Ostdeutschland sind solche auf dem Gebiet FuE bzw. Bildung! Und diese sind für anspruchsvollere Projekte im allgemeinen nicht geeignet. Daher zwei Anliegen, die zwar Ihr Ressort nicht unmittelbar betreffen, für die Sie sich aber im Kabinett einsetzen sollten:
1. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte für ABM auf diesem Feld mehr Mittel bereitstellen - wie vom Forschungsausschuß des Bundestages übrigens seit langem einmütig gefordert.
2. Ein ähnliches Programm wie § 249 h des Arbeitsförderungsgesetzes ist für anspruchsvolle FuE allgemein (nicht nur im Sozial- und Umweltbereich) notwendig. Welche Chancen hier liegen, zeigte ein Beispiel in Jena: Hier war es 1993 möglich, 266 ehemalige Mitarbeiter der Jenoptik-GmbH in einer ABM-FuE zu beschäftigen. Von diesen mußten nach Ablauf der Maßnahme im Herbst '93 lediglich 22 % wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, der Großteil fand jedoch einen festen Arbeitsplatz, darunter insgesamt 30 % in neugegründeten innovativen Unternehmen.
Ein drittes Anliegen betrifft allerdings Ihr Ressort:
3. Die ABM-Ergänzungsförderung durch KAI e.V., die aus Projektfördermitteln des BMFT finanziert wurde, sollte nach ihrem Auslaufen Ende 1994 durch ergänzende Fordermaßnahmen des BMFT abgelöst werden, die an einen erweiterten Anwendungsbereich von § 249 h anschließen und in das allgemeine System der Projektförderung des BMFT eingepaßt sind (so Ihr Vorgänger im September '93). Durch das Ende der Ergänzungsförderung ist bei den Projektträgern, die die Maßnahmen mit dem Ziel der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in der Regel weiterführen, inzwischen eine erhebliche Finanzierungslücke entstanden. Können Sie sich hier Ihrem Vorgänger anschließen und bald Abhilfe schaffen?

Hochachtungsvoll und mit den besten Wünschen für Ihre verantwortungsvolle Arbeit, auch im Namen der Tagungsteilnehmer
Dr. Edelbert Richter

Edelbert Richter, Dr. theol., ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages für die SPD

STIPENDIEN

Auslandsstipendien für ostdeutsche NachwuchswissenschaftlerInnen

Im Rahmen des "Erneuerungsprogramms für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern" vergibt der DAAD Stipendien an deutsche NachwuchswissenschaftlerInnen zur wissenschaftlichen Fortbildung im Ausland. Das Programm wird aus Mitteln des Bundes und der neuen Länder finanziert.

Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Förderung promovierter NachwuchswissenschaftlerInnen. Daneben werden aber auch Auslandsaufenthalte von DoktorandInnen gefördert.

Die Stipendien werden dem jeweiligen Vorhaben entsprechend für die Dauer von 3 bis 12 Monaten vergeben. Eine Verlängerung bis zur Höchstdauer von 24 Monaten ist möglich.

Bewerbungen werden direkt beim DAAD eingereicht. Auswahlen finden in der Regel im Februar, Juni und Oktober statt. Die vollständigen Unterlagen müssen spätestens drei Monate vor der Auswahl beim DAAD vorliegen.

Informationen und Bewerbungen können angefordert werden bei:

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Referat 317
PF 20 04 04
53134 Bonn
Tel. 0228 / 882 384 oder 882
Fax 0228 / 882 444

PUBLIKATIONEN

Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (Hg.): ***Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen. Ausgabe Herbst 1994*** (Graue Reihe 004). Kostenlos bei: KSPW, Neuwerk 11, 06108 Halle/S.

Lewin, Karl/ Heublein, Uli/ Sommer, Dieter/ Cordier, Heidi: **Studienabbruch: Gründe und anschließende Tätigkeiten. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Studienjahr 1993/94** (HIS-Kurzinformation A 1/95). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS. Hannover 1995. 60 S. Kostenlos bei: HIS, Goseriede 9, 30159 Hannover.
Die Studie differenziert u.a. sehr detailliert zwischen West- und Ostdeutschland.

PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg.): ***Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Berlin. Protokoll einer Anhörung.*** Berlin o.J. (1994). 60 S. Kostenlos bei: PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin.
Die Broschüre dokumentiert die Beiträge einer am 1. November 1994 durchgeführten Anhörung: „Liqudierung der Humboldt-Historiker" (Siegfried Prokop), „WIP - eine (un)endliche Geschichte" (Martin Holtzhauer), „Erwerbslosigkeit von WissenschaftlerInnen nach fünf Jahren deutscher Einheit" (Gisela Petruschka), „Zur strukturellen Benachteiligung der Arbeitslosen aus dem Wissenschaftsbereich" (Larissa Klinzing), „Zur Situation von erwerbslosen WissenschaftlerInnen in Berlin" (Norbert Konkol), „Arbeitslosigkeit von Medizinern - und die Charité" (Tomas Porstmann), „WissenschaftlerInnen-Arbeitslosigkeit im Land Berlin" (Jochen Gläser/ Charles Melis/ Werner Meske), „Erwerbslosigkeit von WissenschaftlerInnen" (Frank Lansnicker/ Thomas Schwirtzek), „Bereich Wissenschaft und Forschung" (Rolf Heger), „Frauen an Berliner Hochschulen" (Helga Engel).

Petruschka, Gisela: ***Kontinuität oder Bruch bei Wissenschaftsfusionen? Wissenschaft und Politik in Berlin und Brandenburg*** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 5/1994). Hrsg. vom Brandenburgischen Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" e.V. Potsdam 1994. 74 S. Kostenlos bei: Brandenburgischer Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" e.V., Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam.
Die Autorin behandelt in dieser Studie „einige Szenarien des Konfliktes zwischen Wissenschaft und Politik in der Hauptstadt Berlin und im Land Brandenburg". Im einzelnen: Antinomien der Hochschulpolitik Berlins; Möglichkeiten wissenschaftlicher, politischer und moralischer Verluste bei Wissenschaftsfusionen; offene Fragen zur Fusion der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Wissenschaft; schließlich wird die Arbeit der Wissenschaftsausschüsse der Landesparlamente von Berlin und Brandenburg verglichen. Im Anhang finden sich zwei parlamentarische Anfragen zur Wissenschaftskooperation beider Länder dokumentiert und ein umfangreiche Auswahlbibliographie zur Berliner und brandenburgischen Wissenschaftspolitik.

Universität Potsdam, Rektorat (Hg.): ***Dokumentation zur personellen Erneuerung der Universität Potsdam.*** Potsdam 1995. 44 S. Kostenlos bei: Universität Potsdam, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 60 15 53, 14415 Potsdam.
Anlaß der Dokumentenzusammenstellung waren die zahlreichen öffentlichen Angriffe auf die Personalpolitik der Potsdamer Universität in den Jahren 1993/94. In sechs Kapiteln wird das Material aufbereitet: Historische, politische und rechtliche Rahmenbedingungen der Gründung der Universität Potsdam; Personal-Ist-Bestand der Vorgängereinrichtungen und Übernahmen in die Universität Potsdam; Gesamt-Personalabbau 1990 - 1994; Maßnahmen der Brandenburgischen Landeshochschule zur Überprüfung des übernommenen Personals; Maßnahmen der Universität Potsdam zur Überprüfung des übernommenen Personals in der Zeit eingeschränkter Personalhoheit (15.7.1992 - 31.12.1993); Ergebnisse der personellen Erneuerung der Universität Potsdam und Stand der dadurch geschaffenen Personalstruktur.

Piechocki, Werner (Hg.): ***Halle, alte Musenstadt... Streifzüge durch die Geschichte einer Stadt.*** Mitteldeutscher Verlag, Halle/S. 1994. 282 S. Über den Buchhandel.
Der Band dokumentiert die Universitätsgeschichte - ohne dezidiert systematischen Anspruch, statt dessen mit ausgewählten typischen Beispielen - in jeweils prägnant eingeleiteten Original-Texten. 13 solcher typischen Beispiele stammen aus der Zeit nach 1945.

Berg, Gunnar/ Hartwich, Hans-Hermann (Hg.): ***Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle.*** Leske+Budrich, Opladen 1994. 239 S. DM 28,-. Über den Buchhandel.
Fünf der in dem Band dokumentierten, im Laufe des Jahres 1994 an der MLU gehaltenen Vorträge beschäftigten sich mit der Zeit nach 1945: „Wiederaufbau und Umstrukturierung der Universität 1945 - 1949" (Hermann-Josef Rupieper), „Die Martin-Luther-Universität im Staatssozialismus der DDR" (Martin Luckner), „Der Beginn der 'Wende' an der Martin-Luther-Universität im Wintersemester 1989/90" (Helmut Obst), „Die 'Wende' von 1989/90 aus der Sicht der Nicht-Etablierten" (Johannes Mehlig), „Der Prozeß der Transformation 1990 - 1993 in der sozialwissenschaftlichen Analyse" (Hans-Hermann Hartwich).

Referat Gleichstellung an der TU Dresden (Hg.): ***Gleichstellung der Frau - Herausforderung der Einheit! Dokumentation zur 6. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen. Leipzig am 26., 27. und 28. März 1993.*** Dresden 1993. 109 S. + 16 S. Anh. Bezug bei: Referat Gleichstellung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.
Dokumentiert u.a. folgende Vorträge: „Gleichstellung der Frau - Herausforderung der Einheit" (Isolde Uhlig), „Zur Situation von Frauen an Hochschulen in den neuen Bundesländern" (Anne-Sophie Arnold), „Zur Situation von Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß der Universitäten und Hochschulen in (Ost-)Berlin und im Land Brandenburg" (Christina Felber), „Formen der Interessenwahrnehmung von Studentinnen durch Studentinnen" (Karen Böhme), „Die Organisation der Gleichstellungsarbeit an Sächsischen Hochschulen" (Karin Reiche), „Frauenforschung in Sachsen - zwischen allen Stühlen?" (Ilse Nagelschmidt); desweiteren eine Podiumsdiskussion zu „Frauenspezifischen Gesichtspunkten im Entwurf zum Sächsischen Hochschulgesetz".

Referat Gleichstellung an der TU Dresden (Hg.): ***Gleichstellung - Herausforderung des Alltags! Dokumentation zur 6. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen. Dresen, am 09. und 10. September 1993.*** Dresden 1993. 93 S. Bezug bei: Referat Gleichstellung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.
Neben allgemeinen Beiträgen zur Gleichstellungsarbeit dokumentiert das Heft die Vorträge „Frauenforschung in Sachsen" (Marina Jakubowski) und „Gleichstellungsarbeit an Hochschulen in den neuen und alten Bundesländern" (Karin Reiche) sowie von der Dresdner Gleichstellungsbeauftragten K. Reiche kommentierte Auszüge aus dem Sächsischen Hochschulgesetz vom 4.8.1994.

Meyer, Hans Joachim: ***Die Hochschulen in den neuen Ländern. Eine problemorientierte Bilanz.*** Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Dresden o.J. (1994). 21 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.
Die Broschüre dokumentiert einen Vortrag des sächsischen Wissenschaftsministers vor dem Hochschulforum Ost der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7.12.1994.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): ***Sächsische Hochschulen.*** Dresden 1994. 64 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.
Die Publikation ist die 3. überarbeitete Auflage. Durch Vergleich mit den vorangegangenen Auflagen werden die Konsolidierungen der sächsischen Hochschullandschaft erkennbar.

Sächsischer Landtag (Hg.): ***Große Anfrage der Fraktion der SPD: Umsetzung Hochschulgesetze*** (Landtagsdrucksache 2/0138). Dresden 1995. 49 S. Bezug bei: Sächsischer Landtag, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 01067 Dresden.
Die SPD-Fraktion hatte im November 1994 der Staatsregierung/dem Minister für Wissenschaft und Kunst drei Fragen zur Umsetzung des Sächsischen Landeshochschulgesetzes, „das in manchen Punkten neue Wege beschreitet", gestellt: Welches Konzept verfolgt das SMWK hinsichtlich des Ausbaus der Fachhochschulen? Mit welchen Angeboten sind die Hochschulen bisher ihren Verpflichtungen nach § 4 Abs. 3 und § 27 (Weiterbildung/ Weiterbildendes Studium), § 4 Abs. 5 (fremdsprachliche Weiterbildung) und Abs. 7 (ökologische Grundbildung) nachgekommen, und wie wurden diese Angebote genutzt? Wie haben die Hochschulen bislang ihre sich aus § 4 Abs. 4 ergebenden Pflichten wahrgenommen, und wie schätzt die Staatsregierung die Erfüllung derselben ein? Die Drucksache enthält den detaillierten Fragenkatalog und die Antworten der Regierung.

Die Deutsche Bibliothek, Deutsches Buch- und Schriftmuseum (Hg.): ***Entwicklung des Deutschen Buch- und Schriftmuseums der Deutschen Bücherei Leipzig. Denkschrift.*** Erarb. von einer Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Bernhard Fabian. Leipzig/ Frankfurt/ Berlin 1994. 47 S. Kostenlos bei: Die Deutsche Bibliothek, Deutsches Buch- und Schriftmuseum, Deutscher Platz, 04103 Leipzig.
Die Denkschrift behandelt die Frage der Rekonstitution des Leipziger Buch- und Schriftmuseums als Bestandteil Der Deutschen Bibliothek in Übereinstimmung mit der neuen Struktur und Bedeutung letzterer als de facto deutscher Nationalbibliothek und legt ein Konzept für die Neugestaltung vor.

ZUM SCHLUSS

Strahlende Zukunft

Ich grüße dich,
Atomreaktor,
den ersten deiner Art,
soweit man deutsch
spricht.
Freude darüber,
daß du bei Dresden stehst
und nicht bei München oder
vor Köln.

Du wirst uns helfen,
die Besitzer jenes
Kaputtniks,
die dann selbst Kaputtniks
sein werden,
herabzunehmen von dem
verbogenen Gestelle
ihrer Gesellschaftsordnung,
die der nicht mehr
gehorsame Treibstoff
zerstörte.

Du wirst uns helfen, eines
Tags die Nachtigallen zum
Nordpol und unsere Söhne
zu fernen Sonnen zu
senden.
Deshalb grüße ich dich,
Atomreaktor.

Gedicht zum Start des ersten Rossendorfer Reaktors 1957.
Autor unbekannt

(aus: Wochenpost 50/1994)

hso 1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

13 Hefte. Insgesamt 868 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

hso 2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Metho-dologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Ost-europa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Gudrun Aulerich, Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Gert Maibaum, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u.a.

13 Hefte. Insgesamt 1.045 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 115,- DM.

hso 3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, Andrè Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczuk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

6 Hefte. Insgesamt 869 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.

hso 4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Osteuropa: Wissenschaft im Transit

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Ludwig Elm, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Wolfgang Knobloch, Irene Lischka, Lothar Mertens, Dieter Voigt, Peter Wicke u.a.

4 Hefte. Je Heft 13,50 DM zzgl. Versand.

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen
2. 1. Jahrgang *hso* 1991/92 DM 100,-
   2. Jahrgang *hso* 1992/93 DM 115,-
   3. Jahrgang *hso* 1993/94 DM 100,-
   zzgl. Versandgebühr
3. .....mal *hochschule ost* im Jahresabonnement (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 80,-
4. .....mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 39,-
5. .....mal *hochschule ost* im Abo für Nichtverdienende (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 28,-
   (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -

   Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....
Name
.....
Adresse
.....

.....
Datum Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Bitte einsenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig